links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

-Sozialstaat im Würgegriff

-Geschlossene Gesellschaft

-Ost-Betriebsräte vor dem Ende?

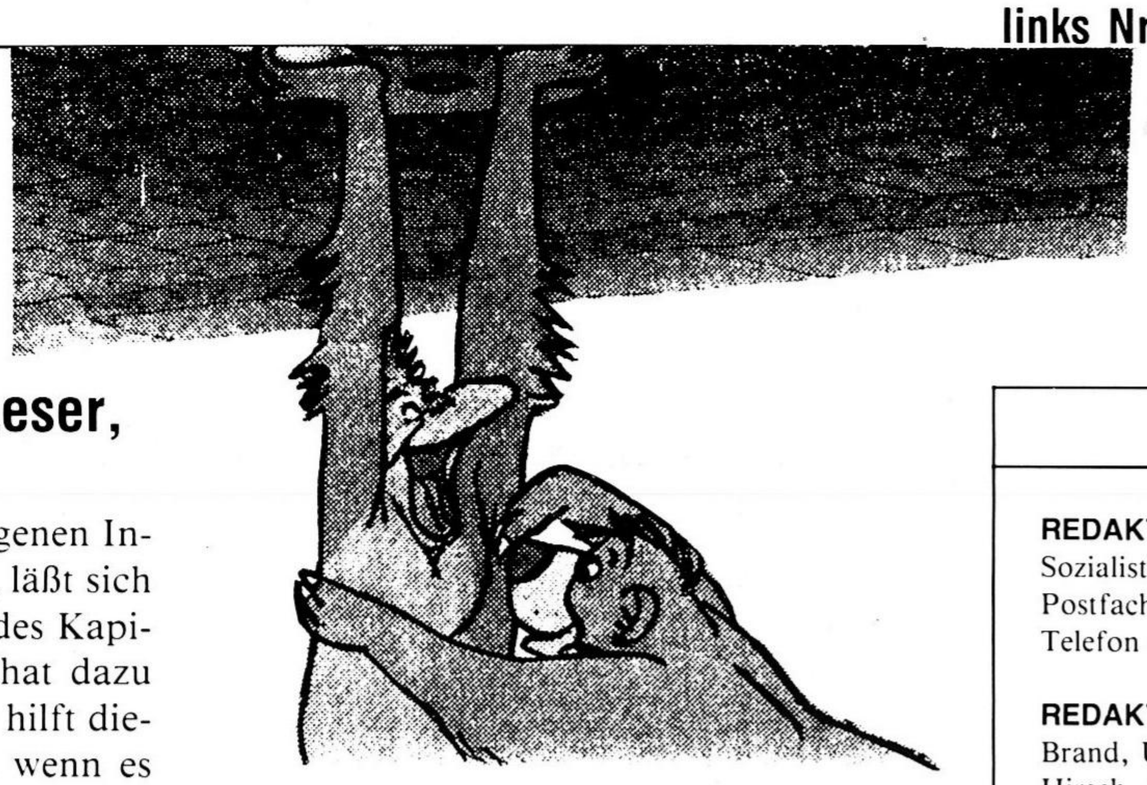
-Grenzenlose Bundeswehreinsätze?

-Neorassistische Ideologie

-Essay: Kapital, Nationalstaat und politischer Universalismus

DER „TAG X" — UND DANACH?

Offenbach Nr. 278/279 25. Jahrgang W: DM 7,—/ O: DM 4,—
JULI/AUGUST 1993



Liebe Leserinnen und Leser,

Daß eine Demokratie durch ihre eigenen Institutionen zugrundegerichtet wird, läßt sich unschwer mit den Widersprüchen des Kapitalismus begründen. Schon Marx hat dazu Bemerkenswertes geschrieben. Nur hilft diese Einsicht auch nicht viel weiter, wenn es dann tatsächlich geschieht. So derzeit hierzulande. Aktueller Hauptakteur ist das Bundesverfassungsgericht. Daß dieses sich anmaßt, unter Berufung auf „Grundwerte", deren Macht- und Interessenbestimmtheit ganz offenkundig ist, breit und intensiv diskutierte und demokratisch zustandegekommene politische Entscheidungen zu kassieren, hat inzwischen schon Tradition, nicht nur im Fall des Paragraphen 218. Der Somalia-Beschluß ist demgegenüber ein Novum: Die „Hüter der Verfassung" haben bestätigt, daß Verfassungsbrüche der Exekutive durch einfache Parlamentsmehrheiten sanktioniert werden können. Was in der medialen Öffentlichkeit fast unisono als Rückverlagerung der politischen Verantwortlichkeit zum Parlament gefeiert wird, bedeutet, daß die Verfassung nun offen zur Disposition der Regierungsmehrheit steht — das Grundgesetz als beliebig handhabbares Spielmaterial der Macht. Die Politik der Regierung, die Anpassung der Verfassung an das „Neue Deutschland" durch schlichtes Schaffen von Fakten zu erzwingen, ist auf der ganzen Linie erfolgreich. Und die SPD spielt mit, weil sie die Inhalte dieser Politik teilt.

Wenn bei der Eingliederung der Ex-DDR noch Hoffnungen auf eine demokratische Verfassungsrevision gehegt wurden, so wird jetzt deutlich, daß es nicht einmal mehr möglich ist, das Grundgesetz in seiner bis dahin bestehenden Form zu verteidigen. Die Demokratie- und Verfassungsdiskussion muß also unter dramatisch veränderten Bedingungen geführt werden, was ein Schwerpunkt des nächsten Heftes sein wird. Bedeutungsvoll ist dabei die Frage, inwieweit die nicht zuletzt auch mit der Globalisierung des Kapitals zusammenhängenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen das Fundament demokratischer Verhältnisse überhaupt und nicht nur hierzulande untergraben. Damit beschäftigt sich der Essay von Joachim Hirsch und sie liegt auch seinen und Christoph Görgs Überlegungen zugrunde, wie es nach dem „Tag X" — den Bonner Aktionen gegen die Abschaffung des Asylrechts — mit der Opposition weiter gehen kann. Dazu dokumentieren wir auch die Bonner Rede von Volker Maria Hügel. Thomas Kunz hingegen macht deutlich, daß die Bonner Aktionen einen ganz anderen Hintergrund hatten, als wir alle geglaubt haben.

Die Schwierigkeiten, oppositionelle Politik unter den gegenwärtigten Bedingungen inhaltlich zu definieren, zeigt die Debatte um die „offenen Grenzen", die nicht zufällig zu einem Dauerbrenner in der *links* geworden ist. Der Beitrag von Rainer Bauböck thematisiert die Dilemmen noch einmal grundsätzlich, während Felix Schneiders Replik deutlich macht, wie kontrovers diese Frage nach wie vor auch in der Redaktion ist.

Das Thema des letzten Heftes, das sich mit den Auswirkungen der veränderten kapitalistischen Welt''ordnung" auf die innere Struktur der Bundesrepublik und insbesondere auf die Politik der Gewerkschaften befaßt hatte, wird mit den Beiträgen von Kurt Hübner und Frieder Schlupp fortgeführt. „Deutschland in der Krise" hat in den letzten Tagen noch einen ganz neuen Aspekt bekommen: Nicht nur wegen des weltweiten ökonomischen Niedergangs, sondern vor allem durch die desaströse Zusammenschlußpolitik der Bundesregierung ist das nationale Symbol der Deutschen, die DM, auf den Devisenmärkten bös ins Rutschen geraten, ganz ohne die Maastrichter Verträge. Eine Folge ist, daß der Urlaub im Ausland teurer wird. Trotz dem und all dem anderen: schöne Ferien!

Die Redaktion

Achtung:

Die Alternative Liste Köln macht darauf aufmerksam, daß das ,,Märchen vom Land ohne Asylanten" vom Kölner Südafrikakomitee stammt. Das Märchen war in links 6/93 dem Artikel der AL Köln vorangestellt.

***

Ebenfalls in links 6/93 hatten wir auf S.6 einen Kasten abgedruckt, dem seltsamerweise die Unterzeile abhanden kam. Es handelt sich um die Ankündigung eines Projektes, das der DGB in seinen ,,Informationen aus Oberursel" 1/93 vorstellt. Das neue Projekt ,,Die ökonomischen Clubs" zeigt die Richtung an, die das Bundesjugendbildungszentrum des DGB ins Auge faßt.

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Felix Schneider, Sigrid Schönecker

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Sylvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELPHOTO: René Magritte, Gaspard de la nuit, Ausschnitt, farbverfremdet

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die September-Ausgabe '93 ist der 19.8.1993

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Eva-Maria Krampe
§ 218 — Anfang und Ende einer Bewegung? **4**

AKTUELL

Martin Jander / Stephan Lutz
Ostdeutsche ,,Betriebsräteinitiative'' vor dem Ende? **5**

TAGUNGSBERICHT

Steffen Becker
Im Schattenreich des 'Prinzips Hoffnung'
Über die gewerkschaftspolitische Tagung von express und links **8**

NEUES DEUTSCHLAND

Frieder Schlupp
Modell Deutschland — Auslauf-Modell oder Schlußverkauf?
Form- oder Formations-Krise? **9**

Wolfgang Scherer
Das Existenzminimum im Würgegriff **11**

AKTUELLE DEBATTE

Rainer Bauböck
Offene Grenzen — Gebot, Weg oder Ziel? **13**

Felix Schneider
,,Moral, das ist wenn man moralisch ist''
Zur links-Diskussion um offene Grenzen **15**

THEMA: Tag X — und danach?

Volker-Maria Hügel
,,Wir haben wieder Lager in Deutschland''
Rede anläßlich des ,,Tag X'' **17**

Joachim Hirsch
Der ,,Tag X'' — und danach? **19**

Christoph Görg
Geschlossene Gesellschaft — und ihre Feinde? **21**

Alex Demirovic
Rechte Schreibtischtäter und neorassistische Ideologie **23**

Thomas Kunz
Denn sie wissen nicht, was sie tun?
Von unpolitischen EinzeltäterInnen und alkoholisierten RandaliererInnen **25**

JUGOSLAWIEN

Luka Radenski
Unser Reisetip: Reise in die Zukunft
10 Tage durchs neue Mitteleuropa **26**

MILITÄRISCHE INTERVENTION

Ludi Lodovico
Politisches Transvestitentum **28**

Bernd Ladwig / Oliver Meier
Grenzenlose Einsätze der Bundeswehr? Eine Intervention der ami-Redaktion **30**

ÖKONOMIE

Kurt Hübner
Strukturveränderung des Kapitalismus und Internationalisierung des Kapitals **34**

ESSAY

Joachim Hirsch
Globalisierung des Kapitals, Nationalstaat und die Krise des politischen Universalismus **37**

REZENSION

Eva-Maria Krampe
Wider die Differenz **42**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Diverses **41**
cosa nostra:
Abonnement **43**

EVA-MARIA KRAMPE

§ 218 — Anfang und Ende einer Bewegung?

Seit mehr als 20 Jahren ist der Kampf gegen den § 218 immer wieder Kristallisationspunkt der zweiten Frauenbewegung gewesen. Die großen Kampagnen für die Streichung dieses Paragraphen führte zu Beginn der 70er Jahre zu einer breiten Politisierung und Solidarisierung von Frauen, die die damals in ihren Anfängen befindliche Frauenbewegung weit über linke, universitäre Zusammenhänge hinaus wachsen ließ. Geballte Frauenpower, in deren Spektrum sich selbst die „Mutter der Nation" Inge Meysel einreihte, konnte zwar nicht die Streichung des § 218 erreichen. Aber die damalige SPD-FDP-Regierung beschloß immerhin die Fristenregelung ohne jegliche weitere Auflagen.

Damit beginnt aber auch die unrühmliche Geschichte des Falles Bundesverfassungsgericht vs Frauenbewegung. Das Gesetz wurde als verfassungswidrig abgewiesen, das bis vor wenigen Wochen gültige Indikationsmodell verabschiedet. Wie liberal oder unliberal dieses umgesetzt wurde, richtete sich nach den politischen Machtverhältnissen des jeweiligen Bundeslandes. CDU/CSU-regierte Frauen waren schlechter dran als ihre Schwestern in SPD-regierten Ländern.

Innerhalb der Frauenbewegung verlor die Abtreibungsdiskussion ihre Brisanz, je mehr andere Themen in den Vordergrund traten. Erst mit dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten, wovon der östlich gelegene über eine uneingeschränkte Fristenlösung verfügte, gab es neue Hoffnung, den § 218 zu liberalisieren. Die im Einigungsvertrag gesetzte Frist einer Neuregelung setzte das nun seit 3 Jahren laufende Gezerre in Gang.

Diese, allem Anschein nach für viele Jahre letzte Diskussion wurde zum überwiegenden Teil von den Parteifrauen im Parlament geführt. Dementsprechend hatte sie sich gewandelt. Auch wenn es unter den ersten Entwürfen noch die Vorschläge zur völligen Streichung von der PDS und der Vertreterin des Unabhängigen Frauenverbandes gab, wurde diese Möglichkeit unverzüglich von der Tagesordnung gestrichen. Nicht durchsetzbar und darum nicht diskussionswürdig, lautete das realpolitische Argument. Schon recht bald plädierte Alice Schwarzer, ebenfalls realpolitisch gewandelt, für die Unterstützung des Aller-Parteien-Frauen-Kompromisses: Immerhin gäbe es jetzt die Fristenlösung, die Sache mit der Beratungspflicht sei eben unumgänglich. Im vorauseilenden Gehorsam gegenüber möglichen Einwänden des Bundesverfassungsgerichts, das ja bereits 1975 das Fürchten gelehrt hatte, und im wundersamen Solidaritätsgefühl, eine Fraueneinheitsfront von grün bis schwarz bilden zu können, entstand das neue Abtreibungsgesetz, das das hohe Gericht nun in einigen Teilen beanstandete. Frau kann es eben nie recht machen.

Der nun, wenn auch gemäßigte Protest gegen diesen Entscheid richtet sich im wesentlichen gegen die bösen Männer in Karlsruhe, die wieder einmal die Herrschaft der Männer über die Frauen festigen mußten. Dabei haben diese ja nicht die Fristenregelung abgelehnt und die bereits im Gesetz vorgesehene Beratungspflicht nur leicht verschärft. Allerdings haben sie den ÄrztInnen eine zusätzliche Beratungspflicht zugeschoben, die Kostenübernahme durch die Krankenkassen verweigert und den spitzfindigen, moralisierenden Unterschied zwischen rechtswidrig und straffrei eingebaut. Damit sind Schranken errichtet, die einkommensschwachen, wenig artikulierten und nicht in Frauenzusammenhänge integrierten Frauen eine Abtreibung auch weiterhin erschwert, das bestehende Recht in dieser Hinsicht also zementiert.

Die Empörung über die erneute Manifestation des patriarchalen Herrschaftsanspruchs auf den weiblichen Körper, insbesondere dessen Reproduktionsfähigkeit, ist — wer will das bestreiten — richtig, aber vor dem Hintergrund der sich innerhalb der Frauenbewegung merklich gewandelten Diskussion um die Abtreibung zugleich ein wenig schlicht. Eine Frauensolidarität, die gebietet, darüber zu schweigen, verhindert anstehende Re-Visionen. Zum einen verweigern in Karlsruhe nicht nur einige wild gewordene Männer den Frauen ihre Rechte, sondern sie betreiben eine aktive Ausheblung demokratischer Instanzen und Entscheidungen. Zum anderen sollte daran erinnert werden, daß das Urteil in Karlsruhe unter Beteiligung einer Frau entstand, wenn nicht gar erst möglich wurde. Im Gegensatz zu drei männlichen Kollegen sah sie offensichtlich keinen Anlaß, gegen die Ablehnung zu stimmen. Eine männer-identifizierte Frau?

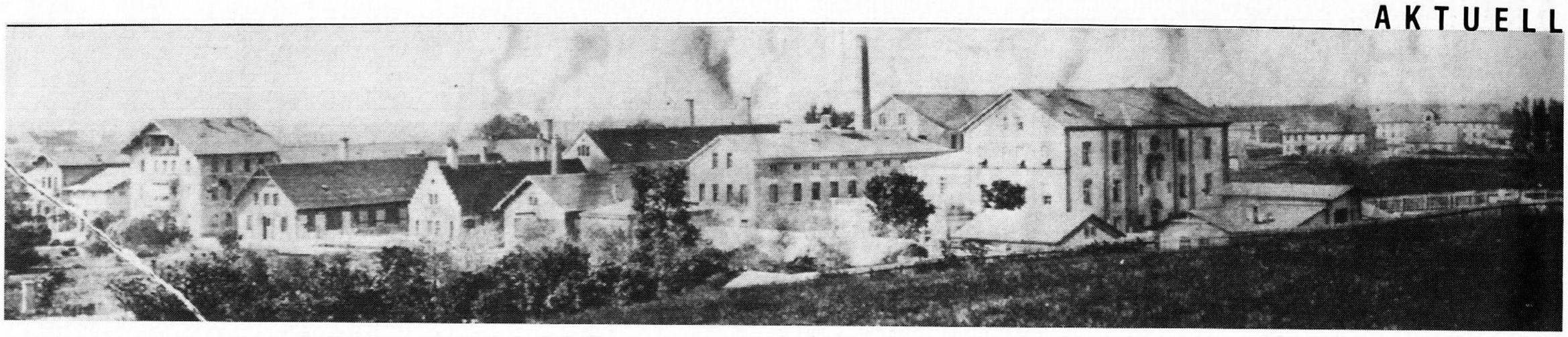
Wenn das auf diese zutrifft, was ist dann mit den Parteifrauen in Bonn? Haben die sich ebenfalls vom männlich dominierten Parteienkalkül leiten lassen? Und wenn das so ist, warum hat dann die überwiegende Mehrheit der Frauen dem zugestimmt oder aber dazu geschwiegen? Wie konnte es dazu kommen, daß in der Diskussion um das neue Gesetz als auch in dem jetzt artikulierten Protest die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen so eng mit der nach dem Schutz des geborenen Lebens, nach einer kinderfreundlichen Umwelt verknüpft wurde? Wie sieht denn ein Selbstbestimmungsrecht der Frau aus, das nur dem vorsorglichen Schutz des Selbstbestimmungsrechtes des Kindes von seiner Empfängnis an dient? Läßt sich nicht aus dieser Verknüpfung der Schluß ableiten, daß Frauen, die dieses Recht für sich in Anspruch nehmen, die wesentlich besseren Lebensschützerinnen sind? So wird das Recht auf Abtreibung mit eben dem Argument begründet, mit dem die Konservativen dies zu verweigern suchen.

Diese Art von fataler Konkurrenz charakterisierte auch die Diskussion der Frauen im Parlament. Auch dort ging es nicht mehr um eine Pro-choice-Regelung, sondern ausschließlich um Pro-life-Argumente. SPD- und Grüne Frauen, die sich daran beteiligten nahmen damit jedoch nur einen Wandel innerhalb der Frauenbewegung auf, die sich mehrheitlich auf ihre nun positiv besetzte Weiblichkeit besonnen hatte.

Die „Entdeckung" der Weiblichkeit, insbesondere des weiblichen Körpers, als das Andere, das Einzigartige und das Subversive führte nicht nur dazu, daß Frauen durch die Betonung und Heraushebung der Differenz ein anderer Platz in der „symbolischen Ordnung" gesichert werden sollte. Vielmehr erstand „Weiblichkeit" im poststrukturalisitischen feministischen Diskurs zu dem Mythos, den patriarchale Herrschaft so perfekt als Repressionsinstrument benutzt hatte. Mit dem feinen Unterschied, daß alles Weibliche jetzt ein positives Vorzeichen bekam.

In der Alltagspraxis von Frauen ließ sich solches Denken schnell umsetzen. Menstruation, Schwangerschaft und Geburt wurden zu geradezu mythischen Ereignissen. Frauenpolitik beschäftigte sich weniger damit, Möglichkeiten zu schaffen, Frauen von ihrer Mehrfachbelastung zu befreien, als damit Arbeits- und Organisationsformen zu finden, die diese Belastung „erträglich" gestalten.

Radikale Veränderung verbot sich schon deshalb, weil sie weiblichen Lebensentwürfen nicht entsprach. So fand denn diese letzte Abtreibungsdebatte nur gemäßigte Resonanz bei den Frauen; das Karlsruher Urteil konnte als „halber Sieg" (A. Schwarzer) hingenommen werden. Daß die andere Hälfte noch eingefordert werden könnte scheint fraglich, angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtigen Reaktionen eher darauf abzielen, Begleitmaßnahmen für das zu erwartende abgeänderte Gesetz zu entwickeln. ●



Maschinenfabrik 1875

MARTIN JANDER / STEPHAN LUTZ

Ostdeutsche „Betriebsräteinitiative“ vor dem Ende?

Fast auf den Tag genau ein Jahr nach ihrem ersten Zusammentreffen, versammelte sich am 19.6.1993 auf Einladung des Arbeitsausschusses der ostdeutschen „Betriebsräteinitiative“ die 3. Konferenz der Betriebs- und Personalräte aus Berlin und den neuen Bundesländern. Die Initiative hatte seit Sommer 1992 in den Medien bei der Treuhand, bei den Gewerkschaften und sogar hinein bis in die Bundestagsfraktionen große Aufmerksamkeit erlangt. Siehe hierzu unsere Artikel im *express* vom September 92 und in der *links* vom November 92. Jetzt steht sie kurz vor der Aufgabe ihrer politischen Autonomie, wenn sie sie nicht schon verloren hat.

Als sich die Teilnehmer zum ersten Mal am 20.6.1992 in der Kongreßhalle am Alexanderplatz zusammengefunden hatten, war man von ca. 1000 Teilnehmern ausgegangen. Anwesend waren nur etwa 150. Allerdings repräsentierten sie eine große Zahl von ehemals bedeutsamen DDR-Betrieben, die sich damals noch in der Verwaltung der Treuhand befanden. Um sie herum eine große Anzahl von Journalisten, Beobachtern und „Avantgarden“ ohne Anhang. Das Echo der Konferenz war riesig. Betriebsräte aus dem Osten Deutschlands galten seitdem auch der Westpresse als besonders hart gebeutelte, sympathische und aufrechte Ost-Männer auf verlorenem Posten. Frauen gab es hier so gut wie keine. Als jetzt zur 3. Konferenz am 19.6.93 von 2500 eingeladenen nur noch knapp 100 Teilnehmer — Beobachter, Gäste, Journalisten und selbsternannte Arbeiterführer miteingerechnet — erschienen, waren die Veranstalter trotzdem froh. Unter den Teilnehmern waren zwar lediglich 44 Betriebsräte aus 30 Betrieben. Man hatte aber mit noch weniger Teilnehmern gerechnet.

Ein großes Echo wird dieses Treffen nicht mehr auslösen. Auch von tapferen Männern wird nicht mehr die Rede sein. In diesem Artikel aber von einem: Eberhard Wagner. „Eberhard der Gerechte“ nennt man ihn spöttisch aber auch anerkennend in seiner Gewerkschaft ÖTV. Ohne ihn läuft in der Initiative inzwischen nichts mehr. Er hat das, was alle anderen wohl nicht haben: er hat keine Probleme mit seiner Geschichte und Identität. Er ist Techniker, kennt sich fachlich also aus, war nie in der SED. Politik hat er in den Bürgerbewegungen seit dem Sommer 1989 gelernt. Er kann reden und es gefällt ihm. Er ist also, was nicht wenige der Anwesenden gerne wären. Wagner, Betriebsrat der Deutschen Seereederei Rostock und Mitglied der neuen Führungscrew von Bündnis 90/Grüne, arbeitet inzwischen entschlossen — aber ziemlich alleine — gegen die Übernahme der Betriebsräteinitiative durch die PDS und die erwähnten „Avantgarden“ (Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands, Bund Sozialistischer Arbeiter, Bündnis Kritischer Gewerkschafter, Komitees für Gerechtigkeit u.a.). Ohne seine Standhaftigkeit wäre sie längst in ihrer Hand. Die Auseinandersetzung am 19.6. 1993 vollzog sich als zäher Sitzungskampf. Streckenweise entfaltete sich der Charme kommunistischer Bündnisverhandlungen aus der Zeit der berühmten K-Gruppen aus dem Westen. Ganz wie damals hielten auch hier alle Beteiligten den Schein einer Betriebsrätekonferenz aufrecht. Die Abarbeitung der vorgesehenen Tagesordnungspunkte (Auswertung des Streiks der IG-Metall, Berichte aus den Betrieben und die weitere Perspektive der Arbeit) geriet zum Schauspiel.

Der Anfang der Konferenz wurde vom Streit über die Haltung zu den Gewerkschaften bestimmt. Es lagen zwei Resolutionsentwürfe zur Bewertung des IG-Metall Streiks vor. Die selbsternannten Avantgarden und Arbeiterführer verurteilten in bekannter Manier die Streikstrategie der Gewerkschaft und das erzielte Ergebnis. Vor allem das nicht eingesetzte Kampfpotential, der frühe Abschluß der Verhandlungen in Dresden und die Inkaufnahme der „Härteklausel“, die unter bestimmten Bedingungen die Aussetzung tariflicher Vereinbarungen zuläßt, bewegten die Diskutanten. Man habe den Unternehmern dadurch ein Milliardengeschenk gemacht, „Lohnraub“ ermöglicht und den Zeitraum für die Angleichung der Ost- an die Westlöhne ungebührlich lange verlängert. Das Ziel der Verteidigung des ursprünglichen Stufentarifvertrages von 1991 sei nicht erreicht worden.

Die PDS dagegen hatte eine moderatere Resolution vorgelegt. Einerseits müsse der IG-Metall vorgeworfen werden, hieß es dort, daß sie es versäumt habe, die gelungene Mobilisierung in einen politischen Streik zu verwandeln. Andererseits sei anzuerkennen, daß der Streik auch zu einem Streit im Arbeitgeberlager geführt habe. Die anvisierten Ziele seien zwar nicht erreicht worden, die Arbeitgeber hätten allerdings die Stärke der IG-Metall anerkennen müssen. Viel wesentlicher als die Verurteilung der IG-Metall sei deshalb der Blick in die Zukunft. Ein Schwerpunkt müsse sein, bei den Versuchen der Unternehmer die Tarife unter Anwendung der „Härteklausel zu un-

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Juli-August-Ausgabe des *express*:

ÖTV-Reform '94 ● Berufskrankenrecht, BG Mafia und Gegenmacht ● Ein Fall sexueller Nötigung in den Gewerkschaften ● gewerkschaftliche Erwerbslosenarbeit ● Wirtschafts- und Armutsentwicklung ● Tarifpolitik im Europa des Wandels, 3. Teil ● Gewerkschaftsbewegung in Rußland ● kritische US-Gewerkschafter treffen sich in Detroit u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
63020 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

terschreiten, die Öffnung der Geschäftsbücher zu erzwingen. Falls dann tatsächlich eine Notlage vorliegen sollte, müßten staatliche Subventionen für Löhne und Gehälter die Arbeitsplätze sichern helfen.

Beide Positionen wurden im Saal etwa gleichgewichtig unterstützt. Betriebsräte sprachen in dieser Auseinandersetzung kaum. Einige wirkten überfordert, manche ordneten sich den Positionen zu, viele enthielten sich. Die meisten nutzten ihren seit der Wende zum Lieblingsspruch erkorenen Satz: „Ich fühle mich verarscht".

Ohne die Intervention Eberhard Wagners, der damit drohte, die Abstimmungsberechtigung der Teilnehmer feststellen zu lassen, bzw. beide Resolutionen nur als Material in die Konferenzdokumentation zu übernehmen, wäre ein Kompromiß nicht zustande gekommen. Die Sekten standen kurz davor, die PDS als reformistische Verräter zu entlarven. Eberhard Wagner wurde unterstützt von Jakob Moneta, dem wohl einzigen noch lebenden Repräsentanten der alten linksradikalen intellektuellen trotzkistischen Arbeiterbewegung, zur Zeit verantwortlich für Gewerkschaftsfragen bei der PDS. Der moderierte die Redaktionsgruppe. Seine Partei sucht ihr Image durch Intervention in allen sozialen Auseinandersetzungen aufzubessern und signalisiert deshalb Offenheit und Integration nach allen Seiten. Vor allem ist ihr an Akzeptanz in den Gewerkschaften gelegen. So suchte Jakob Moneta für seine Partei die schärfsten antigewerkschaftlichen Töne in der Resolution zu kappen, ohne die freischwebenden „Avantgarden" und „Arbeiterführer" zu stark zu disziplinieren. Keiner der Anwesenden konnte sich seinem lebendigen Charme entziehen. Ihm zuliebe ließen sie Teile des Repertoires „Verrat der Gewerkschaftsführung" fallen.

Betriebsräte als Staffage

Bei dieser Struktur der Veranstaltung war es nicht weiter verwunderlich, daß dem folgenden Tagesordnungspunkt (Berichte aus Betrieben) im Saal nur wenig Bedeutung zugemessen wurde. Die tatsächlich dramatische Ankündigung eines Hungerstreiks in einem Ost-Berliner Batteriebetrieb, in dem eine völlig überalterte Belegschaft um ihr Verbleiben auf dem ersten Arbeitsmarkt kämpft und die detaillierte Schilderung der Privatisierung der Seereederei Rostock wurden von den Anwesenden mit dem üblichen Beifall, aber ohne Diskussion gewürdigt.

Eine Ausnahme stellte lediglich der Bericht des Betriebsrates des Kaliwerkes Bischofferode/Eichsfeld dar. Hier konnten romantische Herzen ganz verschiedener Couleur endlich höher schlagen. Das Kaliwerk ist seit dem 7. April des Jahres bei laufender Produktion besetzt. Es geht um die Rettung von 700 verbliebenen Arbeitsplätzen. Mit der zuständigen Gewerkschaft IG Bergbau und Energie befindet man sich im Konflikt, dafür aber hat man christlichen Beistand. Einige Vertreter des Betriebsrats waren darüberhinaus nach einer Rangelei bei einer Protestdemonstration vor der Treuhand unter der Beschuldigung schwerer Körperverletzung vorläufig verhaftet worden. Als einer der verhafteten Kollegen seiner lebendigen Schilderung noch hinzufügte, er wisse nun, was von der neuen Demokratie zu halten sei, gab es donnernden Applaus. Spontan wurde eine Protestresolution verabschiedet.

Richtig munter wurden die Sitzungskämpfer allerdings wieder gegen Ende der Veranstaltung, als es um die Beschlußlage für die weitere Arbeit ging. Eingebracht waren Texte zur regelmäßigen Herausgabe der bisher sporadisch erschienenen Zeitschrift „Ostwind", samt der dafür notwendigen materiellen Voraussetzungen und zur weiteren Arbeit und Positionsbestimmung des Arbeitsausschusses. Alle vom Arbeitsausschuß eingebrachten Resolutionen wurden vom Plenum positiv beschieden. Seine Zukunft blieb jedoch dunkel. Die genaue Ausgestaltung seiner Arbeit, die Finanzierung der Zeitung und andere nicht ganz unwichtige technische Details wie etwa die Ausarbeitung einer Geschäftsordnung wurden von der Versammlung vertrauensvoll dem Arbeitsausschuß selbst übertragen.

Hier freilich liegt der Hase im Pfeffer. Formal war der bisherige Arbeitsausschuß der Betriebsräteinitiative von den jeweiligen Betriebsrätekonferenzen legitimiert. Er tagte öffentlich. Real nahm daher bislang teil, wer teilnehmen mochte. So waren auch die Autoren dieses Artikels sehr oft Gäste der Sitzungen. Der offene Charakter des Arbeitsausschusses führte natürlich dazu, daß jede politische Gruppe, die auch nur einen Betriebsrat, Vertrauensmann oder einfach Gewerkschafter auftreiben konnte, ihn dort plazierte. Da die Sitzungen in Berlin stattfanden, etablierten sich sehr schnell gewerkschaftskritische Betriebsräte und Gewerkschaftsoppositionelle verschiedener Fraktionen aus Ost- und Westberlin in dem Gremium. Sie drängten von Anfang an auf Aktionismus. Dies hat bereits jetzt dazu geführt, daß die pragmatische Absprache und Koordination zwischen den Betriebsräten in Berlin zum Erliegen gekommen ist. Man stolpert von Aktion zu Aktion.

Natürlich wäre ein großer Teil der Arbeit des Ausschusses (Einladungen, Pressekonferenzen, Delegationen, Demonstrationen, Flugblätter, Pressedokumentationen etc.) ohne solche beflissenen „freien Mitarbeiter im Klassenkampf" nicht leistbar gewesen. Die versammelten Betriebsräte hatten so auch trotz erkennbar unterschiedlicher Positionen keine Einwände gegen solcherart Dienstleistungen. Auch die Finanzierung

und medialen Präsentation der Arbeit ist ein kritischer Punkt. Bislang wird sie durch Spenden bestritten. Erkennbar hohe Spenden stammen immer von der PDS und anderen Parteien. Außerdem wird mit abnehmender Bedeutung der Initiative die mediale Präsentation fast ausschließlich vom „Neuen Deutschland" gewährleistet. Die Zeitung veröffentlicht regelmäßig Interviews mit den Sprechern der Initiative und berichtet ausführlich von ihren Aktionen und Konferenzen.

Die Sprecher verschiedener Sekten haben in Berlin bereits angekündigt, wie sie sich die Zukunft der Initiative vorstellen. Sie orientieren auf einen gesamtdeutschen Ausschuß von Gewerkschaftsoppositionellen und gewerkschaftskritischen Betriebsräten. In die gleiche Richtung zielt die PDS-nahe Tageszeitung „Neues Deutschland" in ihrem Kommentar vom 21.6.1993. Unter der Überschrift einer „breiten Mobilisierung mit allen sozialen Bewegungen" sollen faktisch immer mehr Vertreter sogenannter „Massenorganisationen" im Arbeitsausschuß Platz nehmen. Die Initiative würde sich damit in eine Teilgruppe der „Komitees für Gerechtigkeit" verwandeln. Dies wäre das Ende ihrer bislang existierenden politischen Autonomie.

Eberhard Wagner ist offenbar gewillt, solchen Einfluß auf die Arbeit des Arbeitsausschusses jetzt zurückzudrängen. Deutlich war in seinem Antrag, der die Erarbeitung einer Geschäftsordnung und die Kontaktaufnahme mit westlichen Betriebsräten beinhaltete, herauszuhören, daß er mittels dieses Instruments die „Betriebsräteinitiative" wieder zu einer Initiative von Betriebsräten machen will. Wie eine eigene Zeitung dann finanziert werden soll, wer in ihr schreibt, wer das Sekretariat führt etc., das alles hat die Tagung offengelassen. Diese Fragen werden damit wohl nichtöffentlich zwischen PDS und Bündnis 90/Grüne entschieden.

Das Drohpotential wirkt nicht mehr

Daß sich die Betriebsräteinitiative von ihrem Niedergang erholt, ist relativ unwahrscheinlich, aber zu wünschen. Die aktionistischen Kampagnenmacher können nicht zu Unrecht auf einige Erfolge verweisen. Im Sommer 1992, als man sich zum ersten Mal zusammenfand, konnte niemand wissen, ob die versammelten Betriebsräte nicht ein erhebliches Potential unzufriedener Belegschaften und Arbeitsloser repräsentierten. Die Initiative mobilisierte im September 1992 noch 300 Betriebsräte nach Bonn, führte mit allen Bundestagsfraktionen Gespräche, selbst die Chefin der Treuhand und der Bundeskanzler hatten sich mit Abordnungen getroffen und Sorgen, Nöte und Forderungen angehört. Helmut Kohl hatte nach seinem Urlaub gar eine Politik zur Rettung industrieller Kerne im Osten Deutschlands angekündigt. Der Erfolg dieser Mobilisierung beruhte auf der Furcht der Kontrahenten. Die Treuhand fürchtete zwar nicht um den Bestand ihrer Privatisierungspolitik, wohl aber um deren Akzeptanz in den Betrieben. Die Gewerkschaften fürchteten sich vor einer eigenständigen Ost-Gewerkschaft. Der Zusammenschluß von Betriebsräten unabhängig von den Gewerkschaften stellte im Sommer 1992 ein unkalkulierbares politisches Drohpotential dar. Nachdem sich bei verschiedenen regionalen DGB-Betriebsrätekonferenzen im Herbst, der schlecht besuchten 2. Betriebsrätekonferenz der Initiative und einer Demonstration vor der Treuhand im Dezember letzten Jahres herausstellte, daß das Drohpotential kleiner als befürchtet war, wirkte die aktionistische Strategie nicht mehr. Die Initiative blieb eine kleine Anti-Treuhand Protestbewegung.

Damit sind allerdings auch die interessanten Politikansätze, die es in der Initiative gegeben hat, versickert. So dachten z.B. in Berlin Anfang 1992 einige Betriebsräte darüber nach, wie die einzelbetrieblichen Erfahrungen im Umgang mit der Treuhand besser genutzt werden könnten. Eine Koordination schien notwendig, zumal die Gewerkschaften diese nicht erbrachten. Da ging es z.B. um Informationsaustausch und Einschätzungen über Personen und Zuständigkeiten bei der Treuhandanstalt und im Berliner „Politikfilz", um Strategien bei der Pressearbeit, um Einschätzungen von Investoren, Unternehmensberatern und dergleichen mehr.

Eine weitere politische Innovation, die von der Initiative hätte transportiert werden können, war auch der Vorschlag einer der wenigen Betriebsrätinnen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften regionale Wirtschaftsperspektiven zu erarbeiten, um darauf aufbauend entsprechende Strategien für den Um- bzw. Aufbau von Wirtschaftskreisläufen zu entwickeln. Dieser Vorschlag wurde auf der zweiten Konferenz angenommen, um seinen weiteren Verbleib hat sich aber niemand gekümmert. Einerseits erdrückte die Kampagnenpolitik solche Ansätze, andererseits war bei den Gewerkschaften auch keine Bereitschaft zu erkennen, in solchen Zusammenhängen mitzuarbeiten. Sachverstand hätte man sich aber auch anderswo organisieren können. Dies wurde versäumt.

Darüberhinaus transportierte der aktionistische Anti-Treuhand Protest allerdings eher allerlei undemokratische und antihumanitäre Parolen. So hing z.B. am 19.6.93 ein riesiges Transparent an der Wand: „Wer von der Treuhand nicht reden will, der soll von Rostock schweigen!" Keiner der Anwesenden, die unter anderem auch Resolutionen gegen Fremdenfeindlichkeit verabschiedeten, protestierte. Bei kurzem Nachdenken hätte den Teilnehmern klar sein müssen, daß dieser Spruch, der schon zum ersten Mal bei ihrer Demonstration im Dezember 1992 gezeigt worden war, eine glatte Rechtfertigung des Pogroms in Rostock darstellt. Verzweifelte „Avantgarden" ohne Massen und hilflose Betriebsräte scheuen sich offenbar nicht, mit Pogromen zu drohen. ●

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

25

Arbeitslosigkeit – wirtschaftspolitische Alternativen

Transnationalisierung der Arbeitsmärkte, Krise des tertiären Sektors; Geschichte der Arbeitslosigkeit und keynesianische Politik; Strukturpolitik, SGB-Antikrisenprogramm, Arbeitszeitverkürzung; Grüne Wirtschaftspolitik, Teilzeitarbeit – Frauenautonomie

B. Mahnkopf, E. Altvater, K.G. Zinn, B. Degen, S. Gaillard, Ch. Müller, W. Schöni, H. Baumann, A. Rieger, Th. Heilmann, Ch. Eckart, U. Kilchenmann, I. Meier

Diskussion

A. Gorz: Verfall der Arbeitsgesellschaft / Aufstieg post-ökonomischer Werte
P.M.: Lässt sich Angst rationalisieren?
R. Barwinski Fäh: Arbeitslosigkeit macht krank

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

13. Jg./Heft 25 – Juni 1993 Fr. 18.–

208 Seiten, Fr. 18.--
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach 8026 Zürich

STEFFEN BECKER

Im Schattenreich des 'Prinzips Hoffnung'

Über die gewerkschaftspolitische Tagung von 'express' und 'links', 5.6.1993

Wie begegnen die (deutschen) Gewerkschaften den zunehmenden Internationalisierungs- und Regionalisierungsprozessen der Ökonomie? Wie gehen sie mit den Schwierigkeiten einer solidarischen Organisation von betrieblicher und überbetrieblicher Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen um? Welche Konzepte und Strategien lassen sich für Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik aktuell formulieren? Diese und andere Fragen zu Problemen gewerkschaftlicher Politik sollten auf der Tagung diskutiert werden.

Dazu waren für den ersten Teil Birgit Mahnkopf (Redaktion Prokla/Berlin) und Josef Esser (Mitherausgeber *links*) geladen worden.

B. Mahnkopfs Ausführungen mündeten in der These, daß in Deutschland derzeit eine „nachholende Deregulierung" der sozialen und ökonomischen Verhältnisse stattfindet, deren Katalysator der deutsche Vereinigungsprozeß darstellt. Der dadurch erzeugte Problemdruck beschleunigte eine Anpassung der deutschen Sozialstandards an das übrige „westeuropäische Normalniveau". Dies erfolgte im Zuge einer kapitalseitigen Internationalisierung der ökonomischen Produktions- und Austauschprozesse, unter der Dominanz der Geld- und Kreditmärkte, bei gleichzeitiger Dezentralisierung der industriellen Beziehungen, z.B. durch die zunehmende Verbetrieblichung von Tarifregelungen. Im Ergebnis unterhöhlen beide Prozesse fundamental die bisherigen Interessenvertretungsstrukturen und -verfahren der deutschen Gewerkschaften.

Insbesondere durch die von den Kapitalmärkten und der europäischen Währungsunion erzeugte Angleichung der Produktionsbedingungen entstehe ein Zwang zu tiefgreifenden regionalen und branchen-bezogenen Lohndifferenzierungen. Dies dränge die Gewerkschaften verstärkt in eine „Moderatorenrolle" für die Absicherung und Abfederung vorhandener Produktivitätsunterschiede. Eine dem Anspruch sozial ausgleichender und „gleicher" Interessenvertretung aller ArbeitnehmerInnen folgende traditionelle Gewerkschaftspolitik drohe daran zu zerbrechen.

J. Esser setzte seine erste Kritik bereits am Veranstaltungstitel („Gewerkschaften mit dem Rücken an der Wand") an, dem er vorwarf, eine Opferrolle der deutschen Gewerkschaften zu suggerieren. Denn vor dem Hintergrund national und global rapide wachsender sozialer Ausgrenzungs- und Verelendungsprozesse sowie der zu einem großen Teil innerhalb der kapitalistischen Triade erzeugten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, müsse insbesondere den deutschen Gewerkschaften der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich aktiv an einem „nationalen Modernisierungssimperialismus" beteiligen.

Trotz aller Zugeständnisse an die engen Handlungsspielräume der aktuellen Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen sei es keinesfalls zu akzeptieren, daß es zu einem systematischen Abblocken politisch relevanter Fragen komme. Zumal eine Überwindung der hierarchisch-patriarchalischen Organisationsstrukturen nicht ernsthaft angegangen werde.

Esser nannte zentrale Herausforderungen, denen sich die deutschen Gewerkschaften stellen müßten. Im Kern bezog er sich auf die sog. Globalisierung der ökonomischen Strukturen, als deren Hauptakteure er die transnationalen Konzerne identifiziert. Zu betonen sei, daß es sich dabei genauer um eine „Triadisierung" handelt, denn die dominanten wirtschaftlichen Prozesse erfolgen nicht global, sondern überwiegend in und zwischen den kapitalistischen Zentren (Nordamerika — Westeuropa — Japan/Pazifischer Raum), einhergehend mit einer mehr oder weniger selektiven Abkoppelung peripherer Regionen. Obwohl die Gewerkschaften von diesen Entwicklungen in der Tat an die Wand gedrückt würden, dürfe diese Problematik im Diskurs der Interessenvertretung der vergleichsweise privilegierten ArbeitnehmerInnen nicht weiterhin ausgeblendet werden.

In diesem Kontext dürften die Gewerkschaften und Betriebsräte nicht länger bei einem nur verbal kritischen Begleiten des gegenwärtigen ökonomischen Strukturwandels und der in enormem Umfang stattfindenden Deregulierungsprozesse stehenbleiben, wenn sie nicht zur anwachsenden sozialen Segmentierung und Degradierung beitragen wollen. Dies gelte ebenso für die „ökologische Frage", die Geschlechterproblematik und die Entsolidarisierungs- und Individualisierungsprozesse, deren Thematisierung oder gar konkrete Lösungsversuche in der offiziellen Gewerkschaftspolitik allesamt in das „Schattenreich des Prinzips Hoffnung" verbannt würden. Wie heftig solche großteils verdrängten Probleme gar mit selbstbedrohendem Effekt wiederkehren können, zeige sich gerade in den Folgen des deutschen Vereinigungsprozesses, in dem die westlichen Gewerkschaften sträflicherweise davon ausgegangen seien, daß ein weitgehend kritikloses und möglichst schnelles Übertragen des westdeutschen „Wohlstandsmodells" am ehesten zur Verminderung der sozialen Probleme in ganz Deutschland führe.

Zu der Frage nach konkreten Ansatzpunkten gewerkschaftlicher Alternativpolitik blieben die ReferentInnen äußerst vage. So blieben beide dabei, eine bestimmte Handlungsrichtung zu propagieren, bei der es laut Esser darauf ankommt, „die soziale Besitzstandswahrung privilegierter (v.a. männlicher) Arbeitnehmergruppen zu überwinden" und gleichzeitig gewerkschaftspolitisch dafür zu kämpfen, die Macht der transnationalen Konzerne „aufzuknacken".

Wurde sein erster Punkt von B. Mahnkopf geteilt, hielt sie es in ihren strategischen Vorschlägen für wesentlich zentraler, auf die „Finanz- und Kapitalströme des internationalisierten Kasino-Kapitalismus" Einfluß zu nehmen, als zum gesellschaftlichen Machtkampf mit den transnationalen Unternehmen in den Ring zu steigen.

Allerdings waren weder die eine, noch die andere vorgeschlagene Richtung dazu angetan, eine größere Aufbruchstimmung für gewerkschaftspolitisches Engagement zu verbreiten. So mußten sich die ReferentInnen von den praktizierenden KollegInnen fragen lassen, wie sie die vorgetragenen Erkenntnisse sozialwissenschaftlicher Analysen in ihre Interessenvertretungstätigkeit einspeisen könnten. Auch die sicher richtige Forderung, daß sich die Gewerkschaften einem größeren Spektrum von gesellschaftlichen und politischen Gruppen organisatorisch und programmatisch öffnen und sich untereinander in „neuartigen Formen einer europäischen Kommunikation und Kooperation" zusammenschließen müssen, blieb bedauerlich blutleer.

Ohne daß die aus der Analyse abgeleiteten Forderungen falsch würden, birgt ihr enormer Abstraktionsgrad — dem Esser mit dem Ruf nach einem „neuen alternativen Gesellschaftsmodell" noch einen draufsetzte — doch die Gefahr, praktisch in einer gewerkschaftspolitischen Hilfslosigkeit zu verharren, die real nicht über das kritisierte Krisenmanagement hinausgeht. Darin spiegelt sich zweifellos auch die bestehende Kluft zwischen einer Einsicht in die wachsenden Problemlagen und den anscheinend kaum noch greifbaren Ansatzpunkten und Regulationsmöglichkeiten für praktische Alternativen im polit-ökonomischen Prozeß.

Dieses „Vermittlungsproblem" läßt sich sicher auch daran illustrieren, wie ausgrenzend im gewerkschaftsinternen Diskurs mit den unter dem Titel: „Jenseits der Beschlußlage" (1990) veröffentlichten Kritiken und Vorschlägen zu einem Wandel der Interessenvertretung umgegangen wurde — oder, wenn man bedenkt, daß Esser viele seiner auf der Tagung vorgetragenen Kritikpunkte an der bereitwilligen Einbindung der deutschen Gewerkschaften in einen weltmarktorientierten „korporatistischen Modernisierungsblock" bereits vor über zehn Jahren formuliert hat (vgl. J. Esser: Gewerkschaften in der Krise, Ffm 1982), ohne damit die vorherrschende Praxis der Interessenvertretungen beeinflussen zu können.

Ein weiteres Beispiel für das Fehlen von konkreten und tragfähigen Ideen und Strategien für eine, den Problemen angemessene Gewerkschaftspolitik war der zweite Teil der Tagung, wo es darum gehen sollte, Vorschläge und Beispiele für eine „moderne" Interessenvertretungspolitik zu benennen: über die exemplarische und informative Darstellung enorm angewachsener und substantieller politischer und organisatorischer Probleme, mit denen sich die Interessenvertretungen konfrontiert sehen, kam man kaum hinaus.

Aussichtsreiche und konsensfähige praktischere Ansätze, die zumindest schrittweise einen Teil der thematisierten Probleme und Rahmenbedingungen gewerkschaftlichen Handelns grundlegend verändern könnten, sind derzeit also zweifellos Mangelware. Umso wichtiger ist es, dieses Dilemma offen anzusprechen, wozu diese Tagung ein hilfreicher Beitrag war. ●

FRIEDER SCHLUPP

Modell Deutschland —

Auslauf-Modell oder Schlußverkauf? Form- oder Formations-Krise?

Verfolgt mensch die öffentlichen Debatten, so sind nach dem triumphalistischen ,,Ende der Geschichte'' nun harte Krisen-Zeiten angesagt: Wirtschaftskrisen (Konjunktur-, Struktur-, Kosten-, Innovations-, Arbeits- und Beschäftigungskrisen), Politik-Krisen (Verdruß-, Akzeptanz- und Legitimitätskrisen), Gesellschafts- und Kultur-Krisen (Sinn-, Orientierungs-, Mentalitäts- und Kohäsions-Krisen) verdichten und verstärken sich zu einer generalisierten Malaise, die durch die ,,Vereinigungskrise'' noch potenziert wird.

Freilich: Resignation und Katastrophenstimmungen sind keinesfalls opportun: Zeigen Krisen-Zeiten und Krisen-Diskurse doch zugleich auch Krisen-Politik als Politik in der Krise und durch die Krise an. ,,Weil das Land sich ändern muß'', stehen Wende-Zeit und Zeiten-Wende an: Geht nichts mehr wie gehabt, so muß eben alles ganz anders werden.

Berufen sich die einen noch nostalgisch auf die gute alte Zeit der westdeutschen Konsens- und Kompromiß-Republik, die in den letzten 40 Jahren eine Annäherung an Demokratie und sozialen Ausgleich ermöglichte, nun aber Gefahr laufe, durch ,,Arbeitgeberputsch'' und Herrschaftsprojekte der ,,politischen Klasse'' zur Raff- und Zwei-Drittel-Gesellschaft zu verkommen (Franz Steinkühler), fordern andere das Ende des business-as-usual ein: ,,Alle müssen an einem Strang ziehen'' (Edzard Reuter); statt ,,Freiheitsfetischismus'', ,,Einzelegoismen'', ,,übertriebenen Umweltphilosophien'', grassierenden hi-tech-Bedenken und Behinderungen werden harte Arbeit und Disziplin, technischer Fortschritt und Zukunftsoptimismus angeordnet (MdB Glos/CDU).

Anderen kommt die Krise nichts weniger als ,,gottgesandt'' (Konrad Seitz) — sei es, daß ,,das Volk'' erst einmal richtig ,,spüren'' muß, um dann spuren zu können, daß es Problem- und Gefolgschaftsbewußtsein entwickeln muß, um in Denken und Handeln wieder Opfer- und Leistungsbewußtsein zu zeigen (BDI), sei es, daß die ,,Eliten'' und Lei(s)tungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft endlich die ,,dritte industrielle Revolution'' be- und ergreifen, um planvoll und in strategischer Gesamtpolitik nach innen und außen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auf Zukunftstechnologien und das neue Informations- und Gentechnologie-Zeitalter zu programmieren, statt weiter der Rationalisierung oder Modernisierung von Strategien und Strukturen des ,,19. Jahrhunderts'' zu frönen (Konrad Seitz)...

Richten sich da und dort noch Erwartungen auf einen neuen ,,historischen'' (,,Gerechtigkeits-'')Kompromiß, auf eine ,,Reformierung und Zivilisierung'' der sozialen Marktwirtschaft, des Sozialstaates und der solidarischen Bürgergesellschaft in einem erneuerten ,,Modell Deutschland'', in dem die Einbindung ,,des Marktes'' gesellschaftlichen Ausgleich und politischen ,,Konsens'' sichern (Franz Steinkühler), erscheint anderen jenes ,,Modell Deutschland'' als ,,Muster eines sozialpartnerschaftlich regulierten, relativ zivilisierten Kapitalismus, mit einer zwar weltmarktorientierten, aber korporativ abgestützten und an einigen Stellen durchaus auch ökologisch angereicherten Industriepolitik'' nur noch als ,,auslaufendes Modell'' (Eva-Maria Krampe, *links* Nr. 274), dem nun der deutsche Zusammenschluß ,,den endgültigen Garaus beschert'' (Joachim Hirsch, *links* Nr. 274).

Allerdings macht Joachim Hirsch doch zugleich auch noch genügend ,,Spielräume für eine demokratischere und solidarischere Gesellschaftsverfassung'' nach innen und für eine kooperative Hilfs- und Unterstützungspolitik nach außen aus: eine neue, radikal-kritische und zugleich 'realpolitische', innerhalb der herrschenden Bedingungen ,,machbare'' Alternative formulierende APO hätte sich dann der Verantwortung zu stellen, die herrschenden politökonomischen Dynamiken auf den theoretischen und praktischen Begriff, und ,,Liberalität, Weltoffenheit, internationale Kooperation und vor allem allgemeine und gleiche, politische und soziale Menschenrechte'' zur Geltung zu bringen.

Vom ,,Prinzip Hoffnung'' und vom ,,Prinzip Verantwortung'' einmal abgesehen, verbleibt bei derartigen ambivalenten Einschätzungen und widersprüchlichen Rekursen auf die Chiffre des ,,Modell Deutschland'' jedoch in Erkenntnis und Interesse, Theorie wie Praxis aus meiner Sicht vieles allzusehr im Belieben und in Beliebigkeit. Jenseits der Ideologie und des Slogans vom Modell Deutschland droht dabei die Möglichkeit ,,kritische Modell-Deutschland-Konzepte als Basis und Rahmen für eine systematische Formations- und Trans-Formations-Analyse in durchaus praktischer Absicht zu nutzen, allzu schnell und apodiktisch verschüttet zu werden: Unter der Hand gerät das ,,gute alte'' wachstumsstabile, staatlich-korporatistisch gemanagte, politisch-sozial befriedete selbst in der neokonservativen Wendezeit der 80er weiter bestehende Regulationsmuster des ,,fordisti-

Frankfurt 1992 Aus: Arbeiterfotografie 73

Die Ausbeuter ...

schen" Nachkriegs-Kapitalismus zu einer nachgerade apologetisch verklärten, tendenziell aller eminenten Gegensätze und immanenten Widersprüche entkleideten Idylle zu werden.

Dies wäre um so bedauerlicher, als gerade auch in der links seit langem (vgl. zuerst ,,Kurzschlüssige Ratschläge für gewerkschaftliche Strategien", links Juli 1980; ,,Das Modell Deutschland in der Krise", links April 1981 u.v.a. seither...) die Widersprüchlichkeit der Prinzipien, Regeln und Prozeduren konservativer, liberaler und sozial-demokratischer Politiken unterstrichen, die Stabilitäts- und Hegemonie-Dilemma sowie die Krisen-Logiken herausgearbeitet wurden und durchaus der Anspruch eingelöst wurde, perspektivisch und prognostisch polit-ökonomischen Zyklen zu umreißen.

Vor diesem Hintergrund und in solch einem analytischen Rahmen wäre dann erst noch systematisch zu bestimmen, in welchem Maßverhältnis/aktuelle und akute Brüche, den Effekten und Konsequenzen des deutschen Zusammenschlusses oder den ,,alten" Manifestationen und ,,neuen" Latenzen der Formationslogik des (maßstabvergrößerten) Modell Deutschland geschuldet sind.

So zentral dabei auch die manifesten Brüche und latenten Diskontinuitäten erscheinen, so fahrlässig und folgenschwer wäre es, ohne systematischen und historischen Referenzrahmen ein ,,Neues" Deutschland bloß zu postulieren, ex post eine vor-1989-Idylle zu aquarellieren und ansonsten aggressive und repressive, reaktionäre und autoritäre, nationalistische und populistische, militaristische und globalistische Tendenzen und Projekte zu konstatieren.

Solche Reaktionen laufen zum einen darauf hinaus, jene ,,dennoch" postulierten Denk- und Handlungsräume für emanzipatorische Politik vorschnell zu marginalisieren, und sie laufen Gefahr, wenig reflektiert die aktuelle und reale Trans-Formations-Krise als Formations-Ende oder End-Formation zu deklarieren. Jenseits kurzfristiger oder gar kurzschlüssiger Sichtweisen sollten mittel- und langfristige Analyse- und Praxis-Horizonte erhalten und eröffnet werden.

Das Gesamtdeutschland der Jahre 2000 oder 2010 könnte als Wirtschafts-,,Wunder mit Webfehlern" durchaus von ,,normalen", dem (lockeren) Gebrauch von Modell-Deutschland-Begriffen entsprechenden Kontinuitäten konstituiert sein. Von strukturellen und strategischen Modifikationen abgesehen, müßten Basis und Rahmen gängiger Klassen-Kompromisse und herkömmlicher Politik-Mixturen nicht verlassen werden.

Einer solchen — in den Modell-Deutschland-Konzepten angelegten — Formations-,,Normalität" und relativen Kontinuität ist aber weder analytisch noch praktisch kritisch beizukommen, wenn Geschichte und Logik des Modells Deutschland ,,vor 1989" verklärt werden. Es besteht nämlich die Gefahr, daß die Schreckensbilder, die derzeit entworfen werden, die ,,Normalität" der nachhaltig und dauerhaft in Kern und Ränder gespaltenen Gesellschaft als Lösung der liberalen, sozialen und demokratischen Frage erscheinen lassen.

Wenn heute der Rezessions-Zyklus so gerne von der Musik der ,,sozialpolitischen Zeitenwende" (CDU-Wirtschaftsrat) begleitet wird, wenn allüberall Standorts- und Niedergangslamentos ertönen (nur Gauweiler schwadroniert noch markig vom 'deutschen Jahrzehnt'), so sei en passant an die durchaus strategisch angelegten, zyklisch wiederkehrenden ,,Standort"-Konkurrenzfähigkeits-Abstiegs und Niedergangs-Diskurse in der ,,Wende-Zeit" der frühen 80er, und der Neuauflage der Ja-Panik in der zweiten Hälfte der 80er erinnert: Diskurse, wie sie auch jetzt wieder in trauter Gemeinsamkeit und in (relativer) Verschiedenheit partei- und verbands-spezifisch wie übergreifend inszeniert und organisiert werden. (SPD: Projektgruppe ,,Standort Deutschland — Zur Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; CDU: Zukunftsstandort Deutschland; Baden-Württemberg) (CDU/SPD: Zukunftskommission Wirtschaft 2000"...) Selbst das Kieler IfW sieht in der Bundesrepublik (und anderswo) etatistisch-interventionistische, ,,strategisch" angelegte Industrie- und Technologie-, Handels- und Internationalisierungs-Politiken dauerhaft an Bedeutung gewinnen.

So mag sich durchaus (auch mit realo-grüner Teilhabe) ein Wirtschafts-, Politik- und Gesellschafts-Projekt als übergreifendes Herrschafts-Projekt abzeichnen, welches auf die Zukunftsvision einer ,,winning culture" setzt: als Integrations-Ideologie wird der ,,zivile Wirtschaftskrieg" und die ,,friedliche" Systemkonkurrenz zwischen Anglo-Amerikanischem Casino- und Dealer-Kapitalismus, japanisch pazifischem Toyota- und MITI-Kapitalismus und ,,rheinischem" Konsens/Kooperations-Kapitalismus zelebriert; in Partei-, Verbands- und ,,Elite"-Kartellen wird ein Regulations-Regime aus lose verkoppelten institutionalisierten und informellen Handlungs- und Verhandlungs-Netzwerken konstituiert; und über Wiederaufbau- und Modernisierungs-, Verteilungs- und Zukunfts-Diskurse wird Gefolgschaft mobilisiert und aktiviert. ,,Soziale Marktwirtschaft" und ,,Ökologische Dimension", Deregulierung und Privatisierung, Arbeits-,,Flexibilisierung" und ,,schlanke" Administration, ,,Korrekturen" beim ,,kollektiven Luxus der Wohlstandsgesellschaft" und beim Sozialstaat, Subsidiarität und Dezentralisierung, gesellschaftliche Erneuerung etc. pp. finden sich nicht nur in CDU-Zukunftsprogrammen: Auf der Ebene der Programm-Visionen lassen sich erstaunlich konvergente oder komplementäre Kombinationen und Permutationen ermitteln.

Wenn selbst das ,,Projekt eines modernen Sozialismus" sich über einen ,,deal" zwischen ,,Modernisierungsinteressen des Kapitals" und ,,neu gruppierten" sozialen Allianzen ,,der produktiven Kräfte" in einem spezifisch europäischen Gesellschaftsprojekt weitgehend nach Modell-Deutschland-Muster definiert (Uwe Kremer in SPW 69), wenn der künftige große historische (gesamt-deutsche und -europäische) Gesellschafts-Kompromiß in der Formel: Zukunft = Nano/Bio-Technologie + produktive Allianz ,,aufgeht", stünde wohl — wenigstens auf der Programm- und Projekt-Ebene — einer modifizierten und erweiterten relativen ,,Normalität" und ,,Kontinuität" von Modell-Deutschland-Logik und Geschichte bloß noch die gesellschaftliche Dynamik im Wege.

Aber keine Sorge. ,,Jenseits von Stand, Schicht und Klasse", abseits sozialer Lagen, in sozialen Milieus individualisiert und am life-style bastelnd, wird's die Risiko- und Erlebnis-Gesellschaft wohl leiden und schon richten — da ist, gesellschaftlich-theoretisch zumindest, vorgebeugt.

Und praktisch? Da gilt das organische Modell-Deutschland — Motto für Sonn- und Werktage: Die Rezession als Chance. Motivation für einen neuen Schwung (Herman Rappe).

Auslauf-Modell? Schlußverkauf? Modellwechsel? Form- oder Formations-Krise? Die Zukunft hat schon begonnen. ●

Frieder Schlupp ist wissenschaftlicher Mitarbeitert an der Fakultät für Verwaltungswissenschaften der Universität Konstanz.

WOLFGANG SCHERER

Das Existenzminimum im Würgegriff

Seit Oktober 1992 verhandeln die PolitikerInnen in Bonn und in den Ländern über Sparmaßnahmen im Sozialen Bereich — dem Föderalen Konsolidierungsprogramm. Seitdem werden beinahe täglich neue, sich häufig widersprechende Nachrichten an die Öffentlichkeit gegeben. Die Sparabsichten werden immer wieder modifiziert — konstant aber bleibt eine Hetze gegen die ,,Ausbeuter'' des Sozialstaates.

Die Presse arbeitet mit den Schlagzeilen: ,,Deutschlands faulster Gärtner lebt von Sozialhilfe'', ,,Unverschämte Arme — Sie leben in Saus und Braus — auf unsere Kosten'', ,,1 430 Mark Sozialhilfe plus Schwarzarbeit = Mercedes — Wie der schlaue Alfons (28) mit Bauchweh schön lebt.''

Und Fachleute kommen zu den Ergebnissen: ,,Die Ermittlungsverfahren zum Nachweis 'unberechtigten Sozialhilfebezugs' wurden in vielen Kommunen verstärkt. Durch die angestiegene Zahl von grundsätzlich erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern (besonders Jugendlichen) wird häufiger und umfangreicher von den 'Arbeitsverpflichtungen' Gebrauch gemacht — und zwar ohne den geringsten Anlaß zum Zweifel an der Arbeitswilligkeit der Betroffenen. Die Diskriminierung der Sozialhilfeempfänger hat auch auf örtlicher Ebene zugenommen. So wird in zahlreichen Fällen die Streichung oder Kürzung kommunaler Vorhaben mit angeblich immens gestiegenen Sozialhilfeleistungen begründet...''

Diese Sachstandbeschreibung könnte auf die aktuelle Situation zutreffen, ist aber das Ergebnis einer Tagung von SozialhilfebezieherInnen und SozialarbeiterInnen im Jahre 1979. Und die Schlagzeilen stammen aus Presseveröffentlichungen in den Jahren 1977 und 1978. Was wir derzeit bei der Sozialhilfe (und bei den Lohnersatzleistungen) an Diskussion haben, wiederholt sich sporadisch, nämlich immer dann, wenn der Boden für Kürzungen bereitet werden soll.

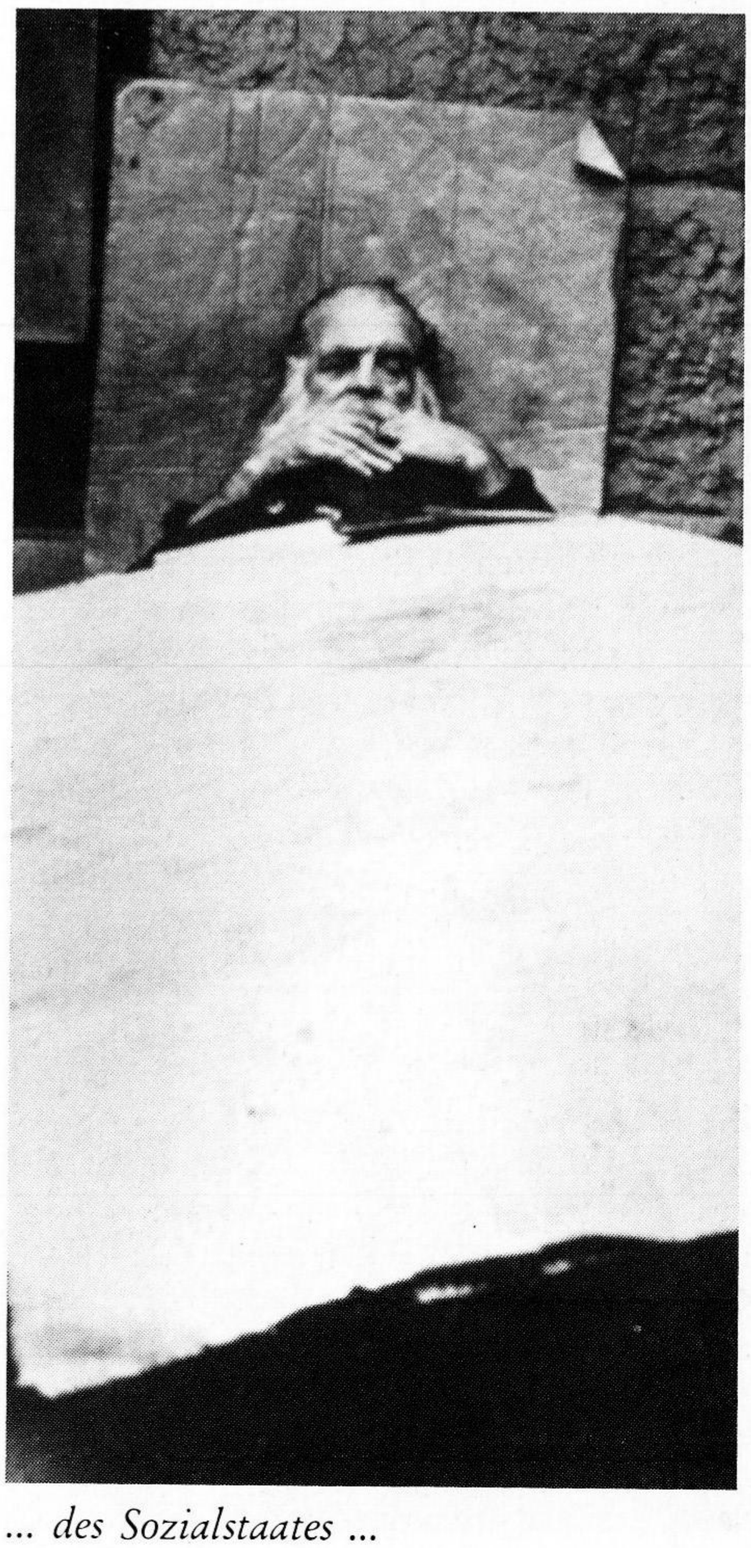
Lauthals beklagen die Kommunen, die Regierungen, die Arbeitgeber, einige Sozialwissenschaftler und Teile der Presse die (gegenüber den Löhnen) zu hohe Sozialhilfe und den mißbräuchlichen Bezug von Sozialhilfeleistungen. Kern dieser Politik ist der umfassende Angriff auf das Existenzminimum, das in dieser Gesellschaft zum materiellen Überleben notwendig ist.

Bislang führte das sozialstaatliche Postulat, demzufolge es möglich sein soll, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht, zu einer (allerdings bei weitem nicht ausreichenden) Sicherung der Lebensgrundlage. Jetzt aber wird postuliert, daß die Armutsbevölkerung ein Leben zu führen habe, das unter den untersten Lohneinkommen liegt. Und wie wir alle bei aufmerksamer Betrachtung feststellen können, sinkt dieses immer weiter ab. Ein Leben unterhalb dieser absinkenden Löhne ist aber nur auf den Müllkippen zu führen, wie wir dies von Bildern aus der sogenannten 3. Welt und neuerdings aus den Staaten des Ostens kennen.

Die Absenkung des Existenzminimums bezweckt vielerlei: Das Absenken des Lohnniveaus soll sozialpolitisch nicht konterkariert werden. Sozialhilfe soll verstärkt einen Strafcharakter erhalten. Öffentliche Kassen sollen der Verlegenheit enthoben werden, umverteilen und umschichten zu müssen. Die gesellschaftliche Teilung von Reich und Arm und (auf einem niedrigeren Niveau) zwischen Arbeitsplatzbesitzern und solchen, die diesen nicht oder nicht sicher haben, soll nicht infrage gestellt werden. Und der Bund will sich seine Pfründe sichern:

Entschied doch das Bundesverfassungsgericht im Oktober letzten Jahres, daß Lohneinkommen unterhalb des staatlich anerkannten Existenzminimums (und das heißt unterhalb des Sozialhilfeniveaus) nicht mehr besteuert werden dürfen. Der Bundesfinanzminister erließ daraufhin eine Anordnung, daß Lohneinkommen unter 12 042 Mark im Jahr ab sofort nicht mehr besteuert werden. Allein durch diese Regelung fallen nach Berechungen des Ministeriums 2 Millionen Haushalte aus der Besteuerung komplett heraus. Deshalb brachte Finanzminister Waigel als erster den Vorschlag, die Sozialhilfe um drei Prozent zu kürzen. Denn durch jede Sozialhilfekürzung kann er wieder mehr Erwerbseinkommen besteuern. Das wird sich vor allem 1996 bemerkbar machen, wenn dieser Steuerfreibetrag bei allen Lohneinkommen anzuwenden ist — es geht dann um Milliardenbeträge. Dabei wurde bereits jetzt das Existenzminimum zu niedrig angesetzt — je nach Berechnung müßte es jährlich zwischen 400 und 2 000 Mark höher liegen.

Über diesen Aspekt der Sparvorhaben spricht kaum jemand — er wird von allen PolitikerInnen bewußt totgeschwiegen. Wovon aber gleichfalls geschwiegen wird, ist der Sachverhalt, daß es im alten Bundesgebiet über 100 000 MillionärInnen gibt. Wobei alleine von den Einkommensmillionären 30 keinerlei Einkommenssteuer zah-



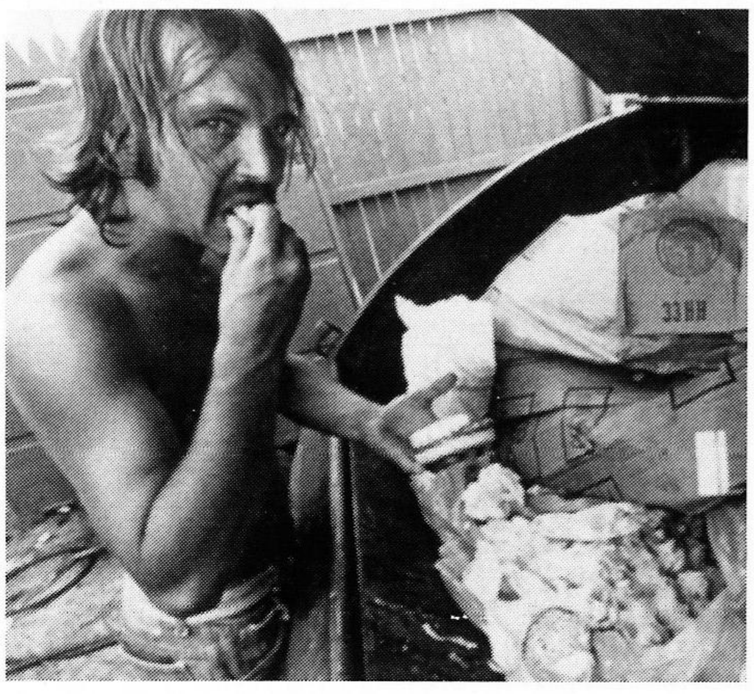
... des Sozialstaates ...

len! Und über die anderen liegen keine Informationen vor. Da, wo Geld ist, wird nichts oder nicht ausreichend geholt — lieber wird es denen genommen oder vorenthalten, die ohnehin nichts haben.

Propagandistisch unterfüttert wird die Sparabsicht mit dem Betrugsvorwurf. Natürlich, so wird beteuert, soll damit nicht der überwiegende Teil der SozialhilfebezieherInnen getroffen werden, aber... Und dann werden Zahlen genannt, die bis zu 40 % der HilfebezieherInnen gehen, die angeblich betrügen (so der Leiter eines Sozialamtes in Berlin) und Summen an erschlichenen Geldern in Höhe mehrerer Milliarden (so ein Forschungsinstitut der Arbeitgeber und ein in Zitier-Mode gekommener Sozialwissenschaftler). Zum Vergleich: Alleine 1/3 der HilfebezieherInnen sind unter 18 Jahren, Tendenz steigend. Weitere etwa 20 % sind über 60 Jahre — deren Möglichkeiten zur Schwarzarbeit oder sonstiger krimineller Aktivitäten dürften, ebenso wie bei den Kindern, nur schwach ausgeprägt oder realisierbar sein. Bleiben also die 50 % Erwachsene — unabhängig von ihrer je individuellen besonderen Situation (alleinerziehend, behindert, krank, erwerbsunfähig oder was auch immer).

Die Argumentationen gehen also dahin, annähernd die Gesamtheit dieser 18- bis 60jährigen des Betrugs zu bezichtigen. Und die Summen, um die es sich handeln soll, gehen in Höhen, die beinahe die Gesamtsumme der Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen erreicht: 1991 wurden 14,5 Milliarden Mark Sozialhilfe an über 3 Millionen Personen außerhalb von Einrichtungen (Heime, Werkstätten usw.) bezahlt. Würden, wie eine Schätzung lautet, 10 Milliarden verpulvert, blieben 4,5 Milliarden übrig — für 3 Millionen BezieherInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt. Bei einem schon jetzt nur verfügbaren statistischen Durchschnitt von 402,— DM monatlicher Sozialhilfe (einschließlich Mietanteile, Heizung usw.) pro Person grenzen alle diese Spekulationen an die Welt des Absurden — hätten sie nicht die makabre Funktion, der staunenden Öffentlichkeit in die Köpfe zu hämmern, daß die Sozialhilfe zu hoch sei, durch kriminelle Machenschaften mißbraucht würde und enorme Sparpotentiale beinhalte.

... leben in Saus und Braus!



Die Mißbrauchsvorwürfe, die ja schon von früheren Sparvorhaben bekannt sind, wurden dieses Mal geschickt eingefädelt: Zuerst wurde vorletztes und letztes Jahr so lange über den Mißbrauch des deutschen (Sozial-)Staats durch Flüchtlinge (Asylbewerber) raisonniert, bis den lodernden Feuern mit allerhand gesetzlichen Verschärfungen scheinbar konstruktives entgegengesetzt wurde. Z.B. mit der Kürzung der Sozialhilfe um 25 %. Nach den Asylanten dann die Sozilanten — die Mißbraucher bei der Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung. Diesen soll mit Kürzungen und Kontrollen der Garaus gemacht werden. Wir dürfen gespannt sein, wen die Regierenden, die Wirtschaftsführer und das gesunde Volksempfinden sich als nächstes Opfer auserwählen werden.

Seit über einem Jahr laufen nun die Überlegungen und Verhandlungen der PolitikerInnen in Sachen Sparen und Umverteilen. Ein umfangreiches Sparpaket in Sachen Sozialhilfe wurde mit dem Gesetz zum Föderalen Konsolidierungsprogramm vorgelegt. Nach der anschließenden Elefantenrunde (Bundesregierung, Ministerpräsidenten der Länder und Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien) schien wieder alles vom Tisch — ,,Keine Kürzungen bei den Sozialleistungen", hieß die Parole, die von der SPD ausgegeben und bei den Gesprächen scheinbar eingelöst worden war. Alles Lüge: Auch vier Wochen nach diesen Verhandlungen ist noch nicht absehbar, wie umfangreich die Kürzungen bei der Sozialhilfe (aber auch im AFG und bei anderen Leistungsgesetzen) sein werden. Hierüber verhandeln seitdem FinanzministerInnen aus den Ländern mit dem Bund. Nur selten wurde so deutlich, wie sehr Sozialpolitik eine Sache der Finanzminister ist.

Die große Linie ist bereits jetzt absehbar: es gibt Verschärfungen bei der Sozialhilfegewährung. Wie schon vor 15 Jahren werden Beihilfen durch die Städte und Landkreise gestrichen oder gemindert. Baden-Württemberg plant eine umfassende Verschlechterung der Sozialhilferichtlinien für die einmaligen Leistungen, Frankfurt/M. reduziert u.a. die Bekleidungspauschale, Aachen und Braunschweig machen den Hilfesuchenden zur Auflage, nachweislich (bei Gefahr der Kürzung oder Streichung der Sozialhilfe) monatlich 30 Bewerbungen zu verfassen, Stuttgart und Wiesbaden erhöhen den Eigenanteil bei den Energiekosten, Hanau setzt GZ-ArbeiterInnen (siehe nächster Absatz) bei der Getrennt-Müll-Sammlung ein, aus allen Städten kommen Berichte, daß ,,einmalige Beihilfen" nur noch gekürzt, unter größten Mühen und manchmal generell nur noch durch Widerspruch zu erhalten sind. In Brandenburg und einigen anderen Bundesländern erhalten AsylbewerberInnen rechtswidrig nur noch die gekürzte Sozialhilfe, in den meisten Bundesländern ohnehin nur noch Sachleistungen.

Ferner wird das Instrumentarium der sogenannten ,,gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeit (GZ-Arbeit)" ausgeweitet. Mit dieser Arbeitspflicht wurde bereits Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre der Abbau von Planstellen im Öffentlichen Dienst flankiert. Die Familienministerin weist deutlich den Weg, den die Kommunen jetzt einschlagen sollen: GZ-ArbeiterInnen sollen in Krankenhäusern, in der Pflege, im ,,Umweltschutz" (und das meint die Reinigung und Pflege von Grünanlagen, Straßen, Müllarbeit usw.) und ähnlichen Bereichen eingesetzt werden. Sie arbeiten dann für die Sozialhilfe plus 2 - 3 DM pro Stunde. Arbeitskleidung wird in der Regel nicht gestellt. Ihnen wird vorenthalten: Eine leistungs- und tarifgemäßige Bezahlung, die Sicherung durch einen Arbeitsvertrag, alle ArbeitnehmerInnenrechte (einschließlich der Vertretung durch Personal- oder Betriebsräte), die Sozialleistungen der Arbeitgeber, die Zahlungen (und damit die Ansprüche) an die Arbeitslosen- und Rentenversicherung u.a.m. Diese Maßnahmen der GZ-Arbeit, die schon jetzt in vielen Landkreisen gang und gäbe ist (und früher auch in den Großstädten, bis sie sich als wenig effizient und praktikabel erwies und zudem wegen der Widerspenstigkeit der GZ-ArbeiterInnen zuviel Ärger verursachte), wird den Kommunen viel Geld bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben sparen und bedeutende Folgen für die Arbeitsmarktentwicklung, speziell in niedrig bezahlten Tätigkeiten, haben. Billiger als über die GZ-Arbeit geht es nicht. Auch hier sollen die AsylbewerberInnen insoweit Beispiel sein, als ihnen nach dem Stand des Asylbewerberleistungsgesetzes die GZ-Arbeit als Arbeitspflicht für alle aufgezwungen wird.

Und schließlich zeichnen sich auf der Gesetzesebene folgende Tendenzen ab: Die SPD-regierten Länder stimmen einer Kürzung einiger ,,Mehrbedarfszuschläge" (das sind prozentuale Zusatzzahlungen bei bestimmten Lebenssituationen) zu, sie sind gleichfalls für eine Absenkung der Sozialhilfe gegenüber den niedrigen Lohneinkommen. Hier übt sich die SPD im Spagat, der ihr nicht bekommt: Die Bundestagsfraktion ist gegen Kürzungen, die Länder sind dafür. Ein offenes Ende hat bislang die Auseinandersetzung über die Sozialhilfeerhöhung zum 1.7.93. Der Bundesfinanzminister will die Erhöhung niedrig halten — und das heißt vermutlich bei 2 %, die Länder stimmen dem bislang nicht zu. Die Preissteigerung beim Sozialhilfe-Warenkorb lag Ende '92 bereits bei 3,5 %. Die Absicht des Bundesfinanzministers ist unübersehbar: Ihm geht es alleine um die Absenkung des Existenzminimums in Hinblick auf die Steuerfreibeträge. Und damit geht die Entwicklung der Sozialhilfe alle an — ob LeistungsbezieherInnen oder Erwerbstätige. ●

Wolfgang Scherer ist Mitarbeiter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.

RAINER BAUBÖCK

Offene Grenzen — Gebot, Weg oder Ziel?

Im April eröffneten wir diese Debatte um die Forderung nach Offenen Grenzen. Sie wird mit den beiden nachfolgenden Beiträgen fortgesetzt.

Für Orientierungssuchende sieht die politische Landschaft ungefähr so aus: Ganz links gibt es offenbar starke Argumente für die offenen Grenzen. (Wir werden noch sehen, wie stark sie sind). Etwas rechts davon, aber von der Mitte aus gesehen noch immer links, stehen traditionelle ArbeiterInnenorganisationen wie die meisten Gewerkschaften, doch zweifellos auch die große Mehrheit der in- und ausländischen ArbeiterInnen selbst: Die wollen strikte Kontrolle der Neuzuwanderung. In der Mitte und rechts davon treffen sie auf großes Verständnis. Für moderate Konservative ist das Recht des Staates, die Einwanderung zu kontrollieren völlig unbestritten — das ist für sie geradezu ein Wesensmerkmal nationalstaatlicher Souveränität. Und sie sehen alle möglichen Gründe, die Zahl der ImmigrantInnen zu begrenzen und die Zugelassenen strikt auszuwählen: die Erhaltung der nationalen Kulturgemeinschaft, die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit, die Selektion der am besten Qualifizierten. In einer anderen Ecke des rechten Randes findet sich jedoch die Gegenopposition wieder: Radikale Neoliberale machen sich für die offenen Grenzen stark. Sie sehen in Einwanderungsbeschränkungen einen staatlichen Eingriff in den Arbeitsmarkt und wünschen sich, daß nicht nur Geld und Waren, sondern auch Menschen in Zukunft frei (das heißt entsprechend ihrer Nachfrage) über Grenzen wandern können. Links pro — links kontra — rechts kontra — rechts pro — zwei zu zwei unentschieden. Wohin soll'n wir uns wenden?

Ich finde linksliberale Mischungen in der Regel schmackhafter als linkskonservative. Daher gehe ich einmal von der für mich attraktiveren Vision der offenen Grenzen aus und versuche eine Selbstkritik meiner spontanen Zuneigung. Wenn ich richtig hingehört habe, gibt es drei verschiedene Argumente für die unbedingte Einwanderungsfreiheit: erstens als moralisches Gebot, zweitens als politische Strategie und drittens als an sich erstrebenswertes Ziel. Ich bin unbedingt für das Ziel, fürchte aber, daß es kaum erreicht werden kann, wenn wir es mit einem Gebotsschild am Beginn des Wegs oder mit der Beschreibung des Wegs selbst verwechseln.

Das Gebot

Das Gebot lautet: Du sollst nicht zwischen In- und AusländerInnen unterscheiden! Egal ob sie sich im Land oder draußen befinden. Das sei nämlich rassistisch.

Ich will hier nicht die feine Klinge schwingen und lange ausführen, daß die Inflation eines Begriffes wie Rassismus ihn jeder Schärfe beraubt, wenn er wirklich stechen soll. Rassismus ist nicht genau dasselbe wie Xenophobie (1) und diese wieder nicht dasselbe wie rechtliche Diskriminierung von AusländerInnen, obwohl es natürlich zwischen all dem Zusammenhänge gibt. Ich gebe einfach folgendes zu bedenken: Was es bisher so an Demokratie gibt und was ja auch die Lebensluft zwar nicht für hartgesottene Kaderparteien aber für alle breiteren Emanzipationsbewegungen ist, das gibt es fast nur innerhalb von Staaten und kaum darüber hinaus. Nehmen wir einmal an, die Unterscheidung zwischen denen, die hier sind und denen, die hereinwollen, sei nichts weiter als die Feststellung, wer (bereits) Mitglied einer solchen Gesellschaft ist und wer (noch) nicht. Daraus würde erstens folgen, daß innerhalb dieser Gesellschaft keine solche Unterscheidung akzeptiert werden kann, weil sie zwei Klassen von BürgerInnen schüfe und mit dem demokratischen *Anspruch* schlicht unvereinbar wäre. Für die draußen hieße es, daß ihre Anträge auf Annahme wohlwollend geprüft werden müßten. Alle, die sich darauf berufen können, daß die Anerkennung demokratischer Normen auch ihre Zulassung verlange, müßten auch wirklich herein gelassen werden. Das einzig zulässige Argument, um den Rest einer Kontrolle zu unterwerfen, ist nicht die Verteidigung des einheimischen Wohlstands, sondern jener sozialen Rechte, ohne welche repräsentative Demokratie nur Augenwischerei wäre. Soziale Rechte werden *erkämpft* von sozialen Bewegungen, aber *stabilisiert* durch staatlich regulierte Arbeitsmärkte. Die Rückkehr des Frühkapitalismus ist weder im Interesse der einheimischen noch der einwandernden Lohnabhängigen.

Selbst wer das für ganz abwegig hält, sollte nicht gleich Rassismus schreien. Denn was dieser Begriff bezeichnet, ist doch der *dauerhafte* Ausschluß einer sozialen Gruppe aufgrund von (zugeschriebenen) Merkmalen, die als *unveränderbar* gedacht werden. (So wird heute nicht nur über die Dunkelhäutigen und die unsichtbare „jüdische Rasse" gedacht und geredet, sondern auch über die „eingeborene" Religion Islam). Rassismus ist daher die Selektion von EinwanderInnen nach einer Herkunft, „die man ihnen ansieht". Auch wenn die inländische Staatsbürgerschaft über *Abstammung* automatisch erworben wird, kann man wohl rassistische Hintergründe vermuten. Wenn es jedoch faire Verfahren gibt, wie aus AusländerInnen Einwanderer werden können und aus Einwanderern InländerInnen, dann ist die bloße Begrenzung des Umfangs der Immigration noch nicht rassistisch, weil es dann eben keine *dauerhafte* Ausgrenzung gibt, gegen die der/die einzelne keine Berufung einlegen kann.

Wer offene Grenzen als moralisches Gebot des Antirassismus begründet, muß bedingungslos bereit sein, etwaige negative Folgen dieser Politik in Kauf zu nehmen. Der Sinn eines solchen Gebots ist es, ökonomische Kosten-Nutzen Kalküle und politische Strategien durch ein Tabu außer Kraft zu setzen. Die Frage, ob die Durchsetzung des Gebots zu einer besseren sozialen Situation führt, ist dann ebenso irrelevant wie für die katholische Kirche die Frage, ob das Verbot von Empfängnisverhütung zu Überbevölkerung und Verarmung beitragen kann. Damit wir uns nicht mißverstehen: Ich bin *für* die Priorität einer demokratisch-sozialistischen Moral vor einer demokratisch-sozialistischen Strategie. Und die Ächtung des Rassismus steht für mich ganz oben auf der Liste der Gebote, die durch keine Nützlichkeitserwägung außer Kraft gesetzt werden dürfen. Aber wenn wir *alle* erst zu klärenden Probleme schon vorweg durch ausufernde Interpretation unserer Moral beantworten, dann bleibt für Politik im eigent-

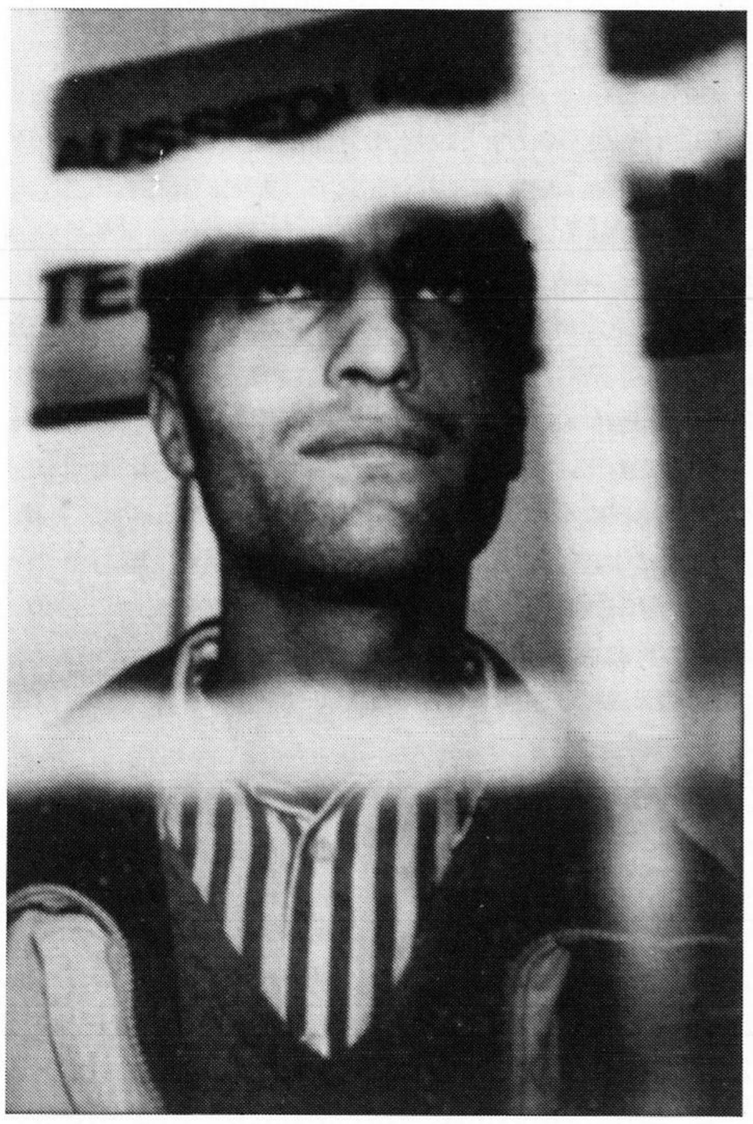
lichen Sinn des Wortes kein Spielraum mehr übrig. Solange niemand mit vernünftigen Argumenten zeigen kann, daß *jede* Einwanderungsregulierung tatsächlich rassistisch ist, sollten wir dies als eine Frage von Weg und Ziel betrachten, bei der es um die besseren Vorschläge und nicht um sauberere Westen geht.

Der Weg

Ist die Öffnung von Grenzen für freie Einwanderung eine gute *Strategie?* Als Begründung dafür wird meist auf das weltweite Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd und jetzt in Europa auch zwischen Ost und West verwiesen. Wenn die reichen Staaten schon nicht bereit sind, „Entwicklungshilfe" zu leisten, dann soll die Umverteilung auf ihre Kosten eben durch die Zuwanderung der Armen erreicht werden. Nun wissen aber alle, die sich mit der Funktionsweise der kapitalistischen Weltmärkte befassen, daß freie Wanderung in diesem System keineswegs eine solche Wirkung haben wird. Im Gegenteil: Offene Grenzen würden die *ökonomisch* bedingte Wanderung verstärken. Die größten Chancen, sich bis in die Aufnahmestaaten durchzuschlagen, haben dann jene, die jung und initiativ sind oder Geld haben oder Qualifikationen, welche in den Herkunftsländern nicht einsetzbar sind. Wir erleben ja heute schon längst nicht mehr nur spontanen Brain-drain, in dem übrigens „Humankapital" verschleudert wird, weil Qualifikationen in den Einwanderungsstaaten nicht anerkannt werden, sondern auch eine direkt exportorientierte Produktion von Ausbildung für die westlichen Industriestaaten in den Auswanderungsländern — philippinische Krankenschwestern sind nur das bekannteste Beispiel. In den Immigrationsstaaten bedeutet freie Zuwanderung eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und öffnet die Schere zwischen arm und reich, qualifiziert und unqualifiziert, Kapital und Arbeit. Schließlich ist nicht einmal sicher, daß die ImmigrantInnen selbst immer von der freien Wanderung profitieren. Viele, die gekommen sind um ihre ökonomische Lage zu verbessern, müssen nach Jahren feststellen, daß ihre Erwartungen enttäuscht wurden. Manche finden sich sogar in einer Schuldenfalle, die ihnen den Rückweg versperrt.

Die Schlußfolgerung ist einfach die: Freie Wanderung und weltweite Umverteilung verhalten sich zueinander nicht wie Mittel und Ziel. Es ist gerade umgekehrt: erst wenn sich das Wohlstandsgefälle zu verringern beginnt, wird auch die völlig freie Einwanderung den Erfolg einer solchen Politik nicht mehr gefährden können. Da jedoch ersteres sicher kein bloßes Mittel für letzteres ist, plädiere ich dafür, beide als zwei voneinander unabhängige Ziele zu definieren, die auch zwei voneinander unabhängige Strategien verlangen.

Christof Pamreiter hat noch ein anderes Argument für Wanderungsfreiheit als Strategie zur Umverteilung vorgetragen (2): Er ist sich bewußt, daß *„geöffnete Grenzen zu einer Zuspitzung der Situation in den Industrieländern führen (werden)"*. Aber könnte nicht gerade das eine positive Wende auslösen? *„Offene Grenzen machen die Anerkennung der (Mit)Verantwortung der Industriestaaten für die weltweiten Migrationen unumgänglich... Wenn die Dritte Welt zur Realität der Ersten geworden ist, dann wird auch die Bereitschaft und der Druck zu einem grundsätzlichen Wandel in Wirtschaft und Politik zunehmen."* Ich kenne kein historisches Beispiel, in dem eine linke Strategie des 'Je schlimmer — je lieber' etwas Positives erreicht hätte. Wenn jene, die im



Im Kölner Flüchtlingslager 1992
Aus: Arbeiterfotografie 73

eigenen Land für die eigenen Ziele gewonnen werden müssen, eine Politik als unmittelbar *gegen* ihre Interessen gerichtet sehen, dann bewirkt das tatsächlich eine Bewußtseinsveränderung: Sie werden für reaktionäre Ideen empfänglicher.

Schließlich bleibt noch ein drittes Argument für offene Grenzen als Strategie zu prüfen. Wenn sie schon nicht als Weg zur Umverteilung des Reichtums führt, so könnte die freie Einwanderung doch zumindest die dringendsten Probleme von MigrantInnen selbst lösen? Würde das nicht die Chancen von Flüchtlingen verbessern? Könnten dann Familienangehörige nicht endlich ohne schikanöse Wartezeiten nachkommen? Dürfen wir denn den Behörden der Industriestaaten die Entscheidung überlassen, wer ein *Recht* darauf hat, aufgenommen zu werden? Nein, dürfen wir nicht, und gerade deshalb müssen wir eine starke Verankerung von Einwanderungsrechten für diese Gruppen fordern. Dazu sind getrennte Verfahren und eigene Gesetze notwendig. Solche Vorrangregeln für den dringendsten Einwanderungsbedarf richten sich einerseits gegen die Möglichkeit staatlicher Willkürentscheidungen. Es sind Rechte der Einwanderer *gegen* das Recht des Aufnahmestaates auf Ausgrenzung. Andererseits sind sie aber auch Vorrangrechte gegen den wirtschaftlichen Bedarf im Inland. Denn wenn dieser alleine ausschlaggebend dafür ist, wer von denen, die frei hereinkönnen, auch tatsächlich Fuß fassen kann, dann haben Flüchtlinge (und vor allem Kollektivflüchtlinge) die geringsten Chancen. Flüchtlinge brauchen auch mehr als bloß freien Zugang zum Territorium: nämlich Unterkunft, Essen, Sprachkurse, Ausbildung. Wenn wir uns nicht ausschließlich auf private Wohltätigkeit verlassen wollen, erfordert das alles *staatliche* Hilfsprogramme. Und Elends- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die nicht unter die Genfer Konvention fallen, benötigen noch viel mehr als das: nämlich internationale Kontingentvereinbarungen, die ihnen helfen, überhaupt aus ihren Ländern herauszukommen. Freien Zugang an den Grenzen des Aufnahmestaates ist keine Lösung für ihre Probleme. Sie *brauchen* staatliche Regelung!

Das Ziel

Was bleibt, ist die Forderung nach offenen Grenzen als Ziel. Die unterstütze ich vorbehaltlos. Meiner Meinung nach ist der beste und auch der einzig realistische Weg dorthin eine Politik der Erweiterung von Einwanderungsrechten bei gleichzeitiger (nicht-diskriminierender) Kontrolle jener Wanderungsbewegungen, die nicht unter gut begründete Rechte fallen. Diese Kontrolle kann nur eine in den Einwanderungsländern sein. Jede Beschränkung der freien *Auswanderung* ist in ihren Konsequenzen diktatorisch. Sowohl jene, die von den dortigen Regimes verfügt wird, als auch die derzeitige Praxis westlicher Asylstaaten, Fluggesellschaften zu zwingen, Passagiere ohne gültige Reisedokumente zurückzuweisen. Kosten und Nutzen einer Auswanderungssperre (etwa um den Brain-Drain zu stoppen) sind irrelevant. Ohne Auswanderungsrecht keine Demokratie. Das hat Vorrang.

Warum ist freie Auswanderung eine notwendige Voraussetzung für Demokratie, freie Einwanderung aber nicht? Ganz einfach deshalb, weil Wanderung immer einen bestimmten Ausgangspunkt hat, aber nicht immer nur *ein* mögliches Ziel. Kein einzelner Aufnahmestaat hat eine ebenso konkrete Verpflichtung einen bestimmten Menschen aufzunehmen, wie es die Verpflichtung des Herkunftsstaates ist, ihn gehen zu lassen, weil dieser Mensch sein/e BürgerIn

ist. Wenn das anders wäre, dann und nur dann *bedingte* die Freiheit der Auswanderung auch die Freiheit der Einwanderung. Gäbe es nur zwei Staaten auf der Welt, müßte jeder von beiden seine Grenzen öffnen, wenn die Auswanderungsfreiheit im anderen nicht bloß eine Farce sein soll. Flüchtlinge werden manchmal in eine solche Welt geschleudert, in der es tatsächlich nur zwei Staaten gibt; der, aus dem sie kommen und jener einzige andere, in den sie fliehen könnten. Für sie muß das Einwanderungsrecht ein unbedingtes sein.

In abgeschwächter Form könnte dieses Argument aber auch für andere Wanderungsströme vorgebracht werden. Haben Ex-Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich oder die Niederlande nicht eine Verpflichtung, den Bewohnern ihrer früheren Kolonien Immigrationsrechte einzuräumen? Das kann nicht nur moralisch mit Wiedergutmachtung begründet werden. Ein viel triftigeres Argument sind die andauernden strukturellen Verbindungen zwischen Staaten, die durch die koloniale Situation geschaffen wurden. Nur als Beispiel: Auf den früher britischen Karibikinseln herrscht ein durch und durch britisches Schulsystem. Wer das hinter sich hat, ist in Kultur und Qualifikation auf Britannien orientiert und findet in der Heimat zudem den Aufstieg in höhere Etagen blockiert. Und was ist mit einem Staat wie Österreich, der seine Binnenkolonien schon 1918 verloren hat, dafür aber seit Ende der 60er Jahre fleißig „Gastarbeiter" rekrutiert hat? Kann der bisherige Wanderungsstrom aus der Türkei und Jugoslawien einfach abgestellt werden, um nun Osteuropäer anzuheuern? Oder schaffen nicht lange anhaltende Wanderungen transnationale Arbeitsmärkte, in denen ein gut begründeter Bedarf nach erweiterter Freizügigkeit entsteht?

So viele Fragen und bisher so wenige Antworten. Wer sich der bedingungslosen Öffnung der Grenzen verschreibt, wird nicht nur Antworten schuldig bleiben, sondern nicht einmal die Fragen hören. Das schwierigste der offenen Probleme deute ich hier nur an: Welche Konsequenzen hat die Kontrolle? Welche Formen der Zurückweisung Einwanderungswilliger sind denn mit interner Demokratie vereinbar? Gibt es auch andere wirksame Mittel als den Polizeistaat an den Grenzen und im Innern? Haben illegale Einwanderer keine Rechte? Darüber können wir uns ernsthaft auseinandersetzen, sobald die grundsätzliche Frage geklärt ist: Halten wir staatliche Kontrolle der Immigration in *jeder* Form für illegitim oder könnten wir eine andere, demokratisch begründete Regulierung akzeptieren? ●

R. Bauböck ist wis. Mitarbeiter am Institut für Höhere Studien, Abt. Politikwissenschaft in Wien.

1) Ein paar nützliche Überlegungen dazu hat Uli Bielefeld in der bundesdeutschen Zeitschrift „links" Nr. 2/92 angestellt.

2) Seine Thesen erschienen im April 92 in der Broschüre Achtung Staatsgrenze. Zu bestellen bei der ARGE Wehrdienstverweigerung, Schottengasse 3A/1/59, 1010 Wien.

FELIX SCHNEIDER

„Moral, das ist wenn man moralisch ist"

Zur „links"-Diskussion um offene Grenzen

Unzeitgemäß mutet unsere Diskussion über die Forderung nach offenen Grenzen in der *links* an. Weder gibt es eine politische Kraft, die diese Forderung auf die politische Tagesordnung setzen könnte, noch geht es nach den Konferenzen von Schengen und London in erster Linie um die Grenzen der BRD. Warum bloß halten einige Grüne, Autonome und Linke so zäh und so emotional nicht etwa am Ziel einer Welt, in der die Grenzen bedeutungslos geworden sind — diesbezüglich gibt es ja, mit mir jedenfalls, keine Differenzen —, sondern an der tagespolitischen Forderung nach offenen Grenzen fest? Weil ihnen diese Forderung die Möglichkeit gibt, die problematische Wirklichkeit zu verleugnen, zu verdrängen, zu negieren. Es gibt in Deutschland eine tief in der Geschichte verwurzelte Tradition, die Tatsache der Migration schlicht zu verleugnen. „Deutschland ist kein Einwanderungsland" und „Wir sind ein ausländerfreundliches Land" heißen heute die salvatorischen Klauseln, die diesen Veleugnungsprozeß decken. Aus dieser Tradition hat sich die Forderung nach offenen Grenzen nur halb herausgearbeitet. Sie anerkennt die Tatsache der Migration, tabuisiert aber nach wie vor die doch evidente Notwendigkeit, daß dieser Staat sein Selbstverständnis ändert und endlich eine aktive Flüchtlings- und Ausländerpolitik ausbildet, die mehr und anderes ist als eine Politik gegen Flüchtlinge und Ausländer.

In allen drei Antworten auf meine Polemik (*links* 4/93) wird die Forderung nach offenen Grenzen streng moralisch begründet. „Das Recht der „Opfer" zu den „Tätern" kommen zu können, und sie mit ihrer Existenz zu konfrontieren, ist eine elementare humanistische Selbstverständlichkeit" (Alternative Liste Köln, *links* 6/93). Die meisten Zweifel hegt noch Jörg Lauterbach (*links* 5/93). Er sieht den Widerspruch zwischen der „humansten Forderung" nach offenen Grenzen und den (von ihm selbst als ziemlich desaströs geschilderten) Folgen ihrer Erfüllung unter den heute gegebenen Bedingungen — um sich dann resolut für die Moral und gegen die Wirklichkeit zu entscheiden. Ob aber die Entscheidung für die Moral noch moralisch ist, wenn sie derart unmoralische Folgen zeitigt, wie sie Jörg Lauterbach selbst zugesteht und wie sie Reiner Bauböck in dieser *links* mit dem Stichwort „Rückkehr zum Frühkapitalismus" bezeichnet — diese Frage wird noch nicht einmal gestellt. „Moral das ist wenn man moralisch ist, versteht Er." (Der Hauptmann in Georg Büchners „Woyzeck")

Am einfachsten ist es natürlich, wenn man die wirklichen Probleme zu bloßen Sprachproblemen erklärt und mit Sprachregelungen löst. Dies tut Thomas Kunz (*links* 5/93). Von Massenmigration und deren Folgen darf nicht gesprochen werden, darauf laufen seine Bemerkungen hinaus. Bei ihm ist der Vedrängungsprozeß nun wirklich mit Händen zu greifen. Er empfindet schon das Wort „Masse" als Negativbegriff und will ihn für alle tabuisieren. Und so fährt er fort: Ruin des Sozialstaates, Ende geregelter Arbeitsverhältnisse, desaströse politische Folgen — darf alles nicht gesagt, darf nicht gedacht werden. Individuelle Empfindungen und Hobbys in Ehren, aber Sprache ist niemandes Privatbesitz. „Massenpsychologie und Ich-Analyse" — denunziatorisch? Oder: Die Unterscheidung zwischen antifaschistischer Emigration und (jüdischer) Massenemigration für die Zeit des Exils ab 1933 — denunziatorisch?

Apropos Sprache: Seltsam oft kommt das Wort „intellektuell" oder „linksintellektuell" als Vorwurf daher, bei Thomas Kunz vor allem, aber nicht nur. Wir leben

einem sogenannten ,,sicheren" Herkunftsland kommt, wessen Reisedokumente fehlen oder gefälscht sind, kann in diesen Lagern bis zu drei Wochen festgehalten werden. Für diese Flüchtlinge gelten dann nochmals verschärfte Sonderregelungen. Über sie wird im Schnellverfahren über Asylantrag und Einreise — bei Rechtsmittelfristen von nur immerhin noch 72 Stunden — entschieden.

Klar, alle Flüchtlinge sprechen ja Deutsch, alle können sich Anwälte leisten, die Versorgung im Flughafenlager wird den Strapazen der Flucht entsprechend fürsorglich sein???

Daß das nicht so sein wird, garantiert uns schon das geplante Asylbewerberleistungsgesetz. Dieser Teil des Parteienkompromisses wird gerne übersehen und hat kaum die Öffentlichkeit bewegt, obwohl auch hier die Eingriffe in das Sozialstaatsprinzip ungeheuerlich sind. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird eine Personengruppe, die Anspruch auf Sozialleistungen hat, aus dem BSHG und dem Sozialgesetzbuch hinaus gesetzesentwürfelt. Damit sind Gleichheitsprinzip und die vorgeschriebene Orientierung an der Menschenwürde für Flüchtlinge endgültig weggefallen. Im Einzelnen bedeutet das: Für Flüchtlinge gilt durchgängig das Sachleistungsprinzip bei noch niedrigeren Ansprüchen. Gemeinschaftsessen und 80,— DM Barleistung im Monat. Wegfall aller Mehrbedarfsleistungen. Dazu gibt es — zur Freude der Betreibergesellschaften der Aufnahmelager von DRK, AWO und Malteser Hilfswerk — Zwangsarbeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes im Lager für DM 2,— die Stunde und das, obwohl wir seit dem 1.4. dieses Jahres ja wieder ein Arbeitsverbot für Flüchtlinge haben. Herr Blüm hatte sich ja schon im März beeilt festzulegen, daß Flüchtlinge erst dann einen Arbeitsplatz annehmen dürfen, wenn sich die Arbeitsämter vier Wochen vergeblich um eine deutsche oder EG-Arbeitskraft bemüht haben.

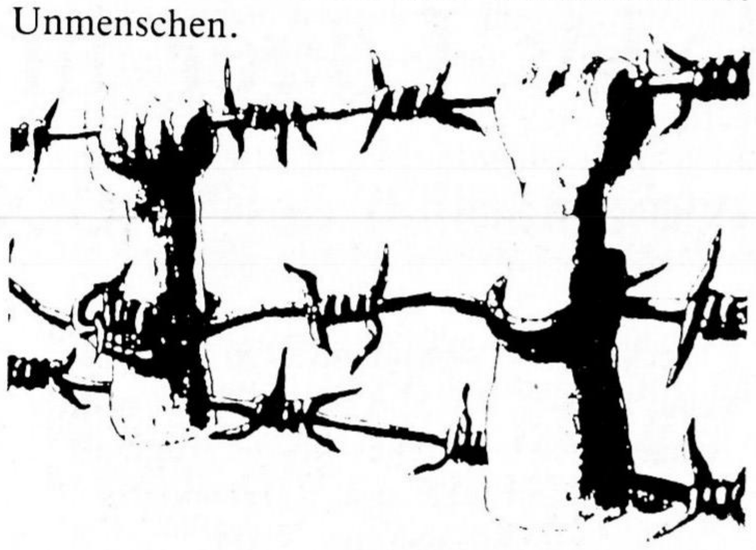
Aber was bedeutet das für uns, für die zukünftige Arbeit mit Flüchtlingen? Wir müssen neue Wege einschlagen. Galt es bislang, bei Flüchtlingen die Menschenrechte, orientiert am Art. 1 unseres Grundgesetzes einzufordern, galt bislang, daß die Verhinderung von Abschiebungen auf gesetzlichen Grundlagen stand: auf dem Grundgesetz, der Genfer Friedenskonvention, der EMRK und dem Ausländergesetz, so ist dies wohl in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es nicht nur bei Flüchtlingen immer schwerer wird, einen Aufenthalt von Nicht-EG-Staatsangehörigen zu verfestigen. Die Abschiebungsschutzregelungen wurden immer durchlässiger und fehlen in Zukunft für einen großen Teil der Flüchtlinge ganz.

Die ,,normative Kraft des Faktischen" sowie die immer dreisteren Versuche der Verwaltungen, Abschiebungen als gerechtfertigt und rechtmäßig einzustufen, bringen Flüchtlinge (vor allem Roma haben das am eigenen Leibe zu Hunderten erfahren müssen) und die sie Unterstützenden in immer ausweglosere Situationen.

Der stetig wachsenden Hilflosigkeit und Angst auf Seiten der Flüchtlinge steht ein kaum noch funktionierender Katalog an Abschiebungsmaßnahmen gegenüber. In den Initiativen, Beratungsstellen und bei den Rechtsanwälten gibt es oft nur noch die legale Möglichkeit der ,,freiwilligen" Rückkehr oder des Untertauchens, da die rechtlichen Abschiebungsverhinderungsmöglichkeiten fast völlig fehlen. Nicht umsonst wird Kirchenasyl immer häufiger als letzter Ausweg praktiziert.

Die Kernfrage für die Zukunft lautet: Tun wir etwas gegen anstehende Abschiebungen, ja oder nein? Zu bedenken ist auch: Läßt es sich mit unserem Menschenbild vereinbaren, Menschen gegen ihren Willen irgendwohin abzuschieben? Abschiebung! Ein bedenkenswertes Wort; klingt nach Stückgut! Stammt bestimmt aus dem Wörterbuch des Unmenschen.



Und was können wir tun? Kirchenasyl ist zuallererst ein gesellschaftspolitisches Signal, denn die Zahl der zu erwartenden Illegalen — als Folge des neuen Art. 16 a — steht in keinem Verhältnis zu den vorhandenen Plätzen. Obwohl, wenn ich es recht bedenke — es gibt ja doch schon einige Kirchen in Deutschland — und wenn die dann alle...?

Bis das passiert, lautet meine Forderung an uns alle: Wenn die Politik die Menschenrechte für Flüchtlinge aushebelt, werden wir mit dem Praktizieren des Menschenrechtes auf Asyl antworten. Das Kölner und andere Beispiele mutigen Versteckens sind eine der denkbaren Antworten. Wir können und dürfen es nicht zulassen, daß von Deutschland aus weiterhin deportiert und abgeschoben wird.

Die brutale Gewalt in den Gesetzen, von der Verwaltung umgesetzt, in die wir Flüchtlinge zwingen, erfordert mehr als diese Demo, sie benötigt unseren Widerstand und unser Engagement. Und denjenigen, die glauben, es wäre schon genug Einsatz heute hier zu sein, bescheinige ich gerne, daß sie sich so billig nicht aus ihrer Verantwortung als Menschen herausstehlen können.

Und während wir hier in Bonn am Kunstmuseum stehen — natürlich mächtig betroffen — sitzen Zehntausende von Flüchtlingen überall im Lande bei gesundem deutschen Gemeinschaftsessen und genießen in komfortablen Mehrbettzimmern mit DM 2,30 pro Tag die Annehmlichkeiten im Wohlstandsdeutschland.

Ein kleiner, sicherlich *unbeabsichtigter* Nebeneffekt: durch Gutscheinregelung und Gemeinschaftsverpflegung wird es Flüchtlingen unmöglich gemacht, sich im Dickicht des Asylverfahrens zu behaupten, denn Anwälte können sie ja nicht mehr bezahlen...

Ausgrenzen und kasernieren, Gemeinschaftsverpflegung vorschreiben und Gutscheine anordnen, ihre Fluchtgründe ignorieren und rigoros abschieben — aber natürlich gleichzeitig betonen, daß man selbstverständlich gegen Fremdenhaß ist. Das ist generöse und humane Asylpolitik im Jahr 1993.

Sind wir denn aber bereit, gleichberechtigt mit ZuwanderInnen und Flüchtlingen zu leben und von unseren Privilegien abzugeben? Ein eindeutiges ,,Kommt darauf an" wäre bei den meisten von uns wohl die ehrlichste Antwort. Ich sage es ungern, aber es war auch für mich ein bitterer Lernprozeß zu erkennen, daß ich ein Rassist bin. Aber ich sage auch: ich will den Rassismus bekämpfen, weil ich das gleichberechtigte Zusammenleben mit Menschen anderer Kulturen und Nationalitäten will. Ich glaube daran, daß wir dem — von mir nur in Ansätzen skizzierten Unrecht — nur gemeinsam begegnen können. Wir in der Flüchtlingsbewegung werden, da Gesetze und Verordnungen die Menschenwürde und -rechte der Flüchtlinge aktiv und permanent verletzen, mit zivilem Ungehorsam reagieren.

Wir werden Flüchtlinge besuchen, sie beraten, wir werden Gutscheine umtauschen und sie bei ihren Protesten unterstützen, wir werden mit allen juristischen Mitteln für ihren legalen Aufenthalt kämpfen und werden sie notfalls verstecken — aber stets mit dem Ziel, ihnen einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen, obwohl wir erst lernen müssen, wie wir mit den, nach dem Tag X zu erwartenden zahllosen, chancenlosen, durch die Bundesregierung in die Illegalität getriebenen Flüchtlinge umgehen werden. Vielleicht kann da mal zur Abwechslung was Gutes aus den USA importiert werden: die Sanctuary-Movement mit ihrem phantastischen — über das ganze Land ausgedehnte Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen und Illegalen.

Mit Zorn, Wut und Hoffnung sage ich: falls der gute alte Art. 16 heute fällt, muß die Losung gelten: Art. 16 zurück in die Verfassung — und zwar um *unseretwillen*, für eine Gesellschaft, deren Qualität an der praktizierten Humanität und unserer Partizipationsbereitschaft mit Flüchtlingen und MigrantInnen ablesbar ist.

Ergo liebe Freundinnen und Freunde: Jetzt dürfen wir erst recht nicht aufgeben! Laßt uns gemeinsam eintreten und weiterkämpfen für Menschenrechte, Gleichberechtigung, Demokratie, Frieden und... die Liebe. ●

JOACHIM HIRSCH

Der „Tag X“ — und danach?

Daß am 26. Mai über 10000 Menschen nach Bonn gekommen waren, um gegen die Beseitigung des Asylgrundrechts zu demonstrieren, ist ein Erfolg. Nicht zuletzt wenn man bedenkt, daß es ein Werktag war, daß das Hin und Her der Termine viele Pläne durcheinandergebracht hatte, daß die Aktion von der Presse systematisch totgeschwiegen wurde und daß von vornherein feststand, daß an der Mehrheit für die Verfassungsänderung nicht mehr zu rütteln war. Zudem ging es keineswegs um eine unverbindliche Lichterkettenidylle, sondern es waren harte Auseinandersetzungen und illegale Aktionen zu erwarten. Wer für in welchem Sinne auch immer „offene Grenzen“ demonstriert hat, tat dies nicht nur gegen die demoskopische Bevölkerungsmehrheit, sondern auch gegen die unmittelbaren eigenen materiellen Interessen.

Es bleibt dennoch festzuhalten, daß eine Opposition, die diesen Namen verdient, hierzulande wieder deutlich eine kleine außerparlamentarische Minderheit darstellt. Allerdings auch eine immer noch einigermaßen aktive und kräftige. Die unerwartet große Zahl der DemonstrantInnen hat die Polizei gezwungen, sich auf den Schutz des Bundestags zu beschränken und damit das zu tun, was diese beabsichtigt hatten: das Parlament zu blockieren. Sonst hätte sie eine international schlechte Presse riskiert. Daß angesichts dieser Kräfteverhältnisse und der bemerkenswert flexiblen Polizeitaktik die geplanten Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ zum Teil ins Leere liefen, hat nicht geschadet. Ausschlaggebend bleibt, daß die Mobilisierung dafür erfolgreicher war, als die Initiatoren erwartet hatten. Daß kleine Grüppchen aus der autonomen Szene ihr inzwischen bewährtes Zusammenspiel mit der Polizei und den Medien praktiziert haben, war weniger bedeutungsvoll. Auch nicht, daß die Gottesdienst-Christen am Ende doch noch kalte Füße bekamen und sich auf den zivilen Gehorsam zurückbesannen.

Für den bundesrepublikanischen Parlamentarismus war der Tag ein politisches und moralisches Desaster. Kaum jemals hat eine herrschende Politikerkaste so unverblümt demonstriert, wie schnuppe ihr selbst die fundamentalsten „demokratischen Werte“ und Menschenrechtsprinzipien sind, wenn's um die Wurst geht. Der „Tag X“ war auch der Triumph eines mit subalternem Populismus verschwägerten Zynismus der Macht und eines gnadenlos ausgespielten Interessenkalküls der ökonomischen und politischen Machteliten. Die SPD hat gezeigt, daß sie nur noch als deren Stimmvieh taugt und daß man ihr eine große Koalition nicht einmal mehr anzudienen braucht. Die unsäglichen Betroffenheitsreden und Selbstentschuldigungen ihrer Mandatsträger waren der abschließende Offenbarungseid einer traditionsreichen Partei. Das Bündnis 90 steht allerdings auch nicht viel besser da.

„Daß eine der wenigen juristischen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus aus der Verfassung getilgt wurde, ist mehr als Normalisierung der deutschen Geschichte. Es ist ein politisches Programm.“

Wenn Konrad Weiß die Demonstranten in den Kindergarten gewünscht hat, so beweist er nicht nur eine die Grenze zum Infantilismus überschreitende Naivität, sondern zeugt auch dafür, wie schnell ein Amt den Verstand verdirbt. Der Fehler der parlamentarischen Minderheit liegt darin, daß sie das Spiel der Grundrechtsdemontage mitbetrieben hat, statt wegzubleiben und selbst auf die Straße zu gehen.

Faktum ist, daß die Verfassungsänderung den Weg zu einer nach innen wie außen aggressiven Großmacht Deutschland weiter geebnet hat. Daß eine der wenigen juristischen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus aus der Verfassung getilgt wurde, ist mehr als Normalisierung der deutschen Geschichte. Es ist ein politisches Programm. gramm. Nicht nur, daß die nächsten Verschärfungen des Asylrechts schon in Planung sind. Der „Solidarparkt“ der Herrschenden und Privilegierten gegen die Armen ist in Kraft und wird fortschreitend weiter komplettiert. Die globalen Bundeswehreinsätze finden statt, ohne daß eine Verfassungsänderung auch nur noch für nötig gehalten wird und der Sicherheitsstaat rüstet weiter auf, auch wenn der „große Lauschangriff“ noch etwas mehr Vorbereitungszeit bedarf. Wer vom Verfassungsgericht Einhalt erwartet hatte, wurde schon zwei Tage später eines Besseren belehrt. Mit dem Kippen der 218-Reform haben die alten Männer (mit Dame) in Karlsruhe wieder einmal bewiesen, daß sie im Zweifel immer auf der Seite der HERRschenden stehen. Mit dem Somalia-Beschluß haben sie wenig später noch eins draufgesetzt: über Verfassungsbrüche entscheidet nun die einfache Bundestagsmehrheit. So einfach kippt die „rechtsstaatliche Demokratie“, wenn es um Staatsräson geht. Was der Asylbeschluß für das politische Klima der Republik bedeutet, wurde unmittelbar danach deutlich. Die wieder einsetzende Anschlagserie mit den Solinger Morden als Höhepunkt ist die Folge davon, daß die Ausländerhatz nun auch noch Verfassungsrang bekommen hat. Darüber kann das dummdreiste Leugnen der Politiker und ihrer dienstbaren Medien nicht mehr hinwegtäuschen.

Die Zukunftsaussichten für dieses Land könnten kaum noch düsterer sein. Positiv ist, daß es immer noch viele Menschen gibt, die sich gegen die herrschende Katastrophenpolitik wenden und dabei auch einiges riskieren. Es war ja nicht nur eine große Zahl nach Bonn gekommen, sondern viele hatten

die Aktionen finanziell unterstützt oder einen immerhin strafbaren Aufruf dazu unterzeichnet. Der vom „Netzwerk Friedenskooperative" organisatorisch unterstützte Trägerkreis hat eine insgesamt gute Vorbereitungs- und Informationarbeit geleistet. Die erstaunliche Spendenbereitschaft von sehr vielen Menschen hat es ermöglicht, mittels bezahlter Anzeigen den Medienboykott für die Aktion zu durchbrechen und ständig Informationen zu verschicken. Die monatelange Vorbereitungszeit hat nicht nur gestreßt, sondern auch politische Strukturen und Zusammenhänge gefestigt. Wichtig ist nicht zuletzt, daß es gelungen ist, über traditionelle politische Grenzen hinweg, von „Autonomen" über Traditionslinke bis hin zu Menschenrechtsgruppen, gemeinsam zu handeln. Nachdem die alten Bewegungsmilieus sich immer mehr zersplittert und entpolitisiert haben und viele ehemalige Oppositionelle ihre staatstragende Identität wiederfanden, könnte sich durchaus so etwas wie eine neue alternative politische Struktur herausbilden, offener, flexibler, unkonventioneller und mit neuen politischen Konzepten. Es ist deutlich geworden, daß Demokratie, Freiheit und kompromißloser Kampf für Menschenrechte eine gemeinsame politische Grundlage bilden können. Die Bonner Aktion hat auch bewiesen, daß dafür immer noch halbwegs funktionsfähige Kommunikationszusammenhänge, Öffentlichkeiten und Organisationsressourcen vorhanden sind. Aber dies ist eine Möglichkeit, nicht mehr.

Auch wenn sie sich wieder kräftigen sollte, ist die Opposition gegenüber den herrschenden Apparaten, den Parteien, Medienfilzen und der Nation-als-Stammtisch mehr als in den Jahren zuvor auf den Status einer vergleichsweise kleinen und marginalisierten Minderheit zurückgeworfen. Das wäre an sich nicht so schlimm, weil die Gesellschaft immer von Minderheiten bewegt und manchmal sogar zur Vernunft gebracht wird. Im Vergleich zu den sechziger Jahren, wo dies ganz ähnlich war, ist die Situation heute allerdings sehr viel kritischer: während es damals um die autoritär zementierte und zugleich international kontrollierte Adenauerdemokratie ging und die Bundesrepublik auf die Rolle eines imperialistischen Hilfskärrners beschränkt blieb, haben wir es heute mit einem Land zu tun, das Großmachtansprüche weltweit mit militärischer Gewalt durchzusetzen bereit ist, in dem die „Solidarität der Demokraten" sich als aggressiver Wohlstandschauvinismus nach innen und außen entpuppt und in dem die Demokratie kaum mehr als Spielregel funktioniert.

Einiges spricht dafür, daß sich der Asylbeschluß als entscheidender Markstein auf dem Weg zum Ende der SPD erweisen wird. Zum schon verspielten politischen Kredit gesellt sich nämlich nun noch der moralische Bankrott. Das parteidemokratisch gewählte Kohl-Imitat Scharping markiert in eben dieser Hinsicht nicht einmal die Spur des Neuanfangs, zu dem er derzeit hochgejubelt wird. Mag sein, daß auch diese staatsfinanzierte Partei sich im herrschenden Geflecht der Filze noch einige Zeit halten wird. Ein schnelles Ende wäre aber allemal besser. Die bestehende Schrumpfform der Demokratie ist auf institutioneller Ebene nichts anderes als die Herrschaft einiger Cliquen und ihrer Wasserträger, denen es — zwischen Wählerfang einerseits, den von den wirklich Herrschenden gesetzten „Sachzwängen" andererseits hin und her schwankend — nur noch um gegenseitige Pfründensicherung geht. Innerhalb eines solchen Systems lassen sich die Kosten für eine Opposition problemlos einsparen: lean parlamentarism.

Für die außerparlamentarische Opposition wird es dadurch allerdings noch schwerer. Klar ist, daß eine Entwicklung zu mehr Demokratie, Liberalität, Freiheit und Selbstbestimmung immer nur von ihr ausgehen kann, von denen, die sich außerhalb der institutionalisierten Staats- und Machträson bewegen. Aber ihre politische Wirksamkeit war und ist daran gebunden, daß sie innerhalb der Apparate, in den Medien, in der politischen Öffentlichkeit Wirkungen erzielen, Konflikte provozieren, Prozesse in Gang setzen kann. Daß sich Bundestag und Bundesregierung am 26. Mai hinter einem Polizeikordon verstecken mußten, symbolisiert deshalb auch durchaus Problematisches: eine in die absolute Defensive geratene Herrschaftsclique, die als letztes Mittel nur den Staat, die Freiheitsbeschränkung, die Zensur und die Gewalt hat.

Wenn Kohl angesichts der Solinger Morde von einem „unfaßlichen Maß an sittlicher Verrohung" der Gesellschaft spricht, dann vergißt er, daß eben dies die Folge einer auf rücksichtslose und aggressive Interessendurchsetzung zielenden neoliberalen Politik ist, zu der auch die Abschaffung des Asylrechts gehört. Daß Morden zur Freizeitbeschäftigung sogenannter „unpolitischer" — weil nicht in straff organisierten rechtsradikalen Zusammenhängen stehender — „Normalbürger" geworden ist, bezeichnet den wirklichen Zustand dieses Landes, für das das Etikett „zivil" immer offener zum Hohn wird. Wenn weder in den politischen Apparaten noch in der Bevölkerung ein Mindestbestand an demokratisch-„zivilgesellschaftlichen" Normen und Verhaltensweisen vorhanden ist, gerät die institutionell ausgegrenzte und minoritäre Opposition in ein höchst kompliziertes Dilemma. Der sich für revolutionär haltende Kampf gegen eine real immer weniger existierende „bürgerliche" Demokratie wird da ganz schnell zum politischen Eigentor. Wenn es nicht mehr darum geht, wenigstens ansatzweise vorhandene demokratische Zustände zu verteidigen und zu erweitern, sondern wenn die Fundamente demokratischer Politik zerbröseln, dann haben wir es mit einer tatsächlich historisch veränderten Situation zu tun. Die geschichtlichen Parallelen liegen nicht mehr im Jahr 1968, sondern in der Zeit vor 1933. Jetzt zeigt sich, auf welch tönernen Füßen die angeblich so stabile deutsche Nachkriegsdemokratie gestanden hat und wie prekär die Demokratisierungserfolge sind, die die außerparlamentarischen Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre gehabt haben.

Unter Experten gab es vor langen Jahren eine Diskussion darüber, ob die Bundesrepublik eine „Schönwetterdemokratie" sei, d.h. inwieweit das lange Jahre relativ glatte Funktionieren der demokratischen Institutionen an bestimmte, vor allem ökonomische Bedingungen geknüpft sei. Jetzt erleben wir den Testfall. Zu dem inneren ökonomischen und sozialen Desaster, für das die gescheiterte Vereinigungspolitik hauptverantwortlich ist, kommt das Chaos einer zusammenbrechenden „Weltordnung". Ob die bundesrepublikanische — gewiß „bürgerliche" Demokratie — diesen Test besteht, darauf möchte man inzwischen nicht mehr allzu hoch wetten.

Nur ist das kein Spiel. Der Ernst der Lage verbietet das Zuschauen. Wenn man allerdings noch einmal die ganze Geschichte der sogenannten „Asyldebatte", die ständigen Lügen, die Verschleierungen, den systematisch produzierten Rassismus, das arrogante Herumtrampeln auf fundamentalen Menschenrechten Revue passieren läßt, dann wird Resignation verständlich. Nur hilft „nie wieder Deutschland" auch nicht viel, so schön das wäre. Dieses immer schrecklicher werdende Land ist eine Realität. Dagegen stehen nur kleine Hoffnungen und bescheidene Ansätze, wie sie sich z.B. in Bonn, aber nicht nur da gezeigt haben. Stärken wir uns mit diesen Erfahrungen und arbeiten wir halt weiter und wenn möglich auch besser. An Gelegenheiten zu Widerstand, Protest und Gegenaktivitäten wird es nicht mangeln. Es werden leider jeden Tag mehr. Beim Protest wird es aber nicht bleiben können. Not tut eine grundsätzliche Verständigung über die veränderten Bedingungen und Perspektiven oppositioneller Politik über die existierenden Gruppen und Szenen hinweg. Wenn es doch noch ein anderes Deutschland, ein freies, humanes, international kooperatives geben sollte, dann erwächst es aus dem, was sich am 26. Mai um den Bundestag herum und in den Demonstrationen gegen ihn manifestiert hat.

Der „Trägerkreis Aktion Asylrecht" hat auf seiner Sitzung am 18.6.93 beschlossen, sich vorerst nicht aufzulösen, sondern in eine Diskussion über weitere organisatorische und politische Perspektiven einzutreten. Dabei wird es darum gehen, über den „Tag X" hinaus den Rahmen und die Ansatzpunkte außerparlamentarischer oppositioneller Politik unter den Bedingungen des „Neuen Deutschland" abzustecken. Das wird ein schwieriger und kontroverser Prozeß sein, aber es wäre gut, wenn sich viele daran beteiligten. ●

CHRISTOPH GÖRG

Geschlossene Gesellschaft — und ihre Feinde?

Drastischer hätte niemand die Ohnmacht einer Opposition zum Ausdruck bringen können. Noch am 'Tag X' hatten immerhin eine beachtliche Zahl von Demonstranten den Politikern am eigenen Leib erfahrbar zu machen versucht, worauf die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl praktisch hinausläuft — auf eine massive Abschottung, symbolisch vorgeführt am Bundestag, und doppelt angelegt durch das gute Zusammenspiel von Blockierern und Polizei — und trotzdem so wenig erfolgreich, wie es die in der Wirklichkeit geplante sein dürfte. Schon zwei Tage später wurde klar, daß selbst noch der Kampf um Verfassungsgrundsätze an der Wirklichkeit und den Machtverhältnissen der Bundesrepublik vorbeigeht. Da kassierte das Verfassungsgericht, einstmals apostrophiert als 'Hüter der Verfassung', zum zweitenmal einen Versuch, die Gesetze der Bundesrepublik mit dem demokratischen Willen der überwiegenden Mehrheit wenigstens etwas mehr in Übereinstimmung zu bringen. Deutlicher kann man nicht kenntlich machen, daß Verfassungsfragen eben immer auch Machtfragen sind, daß eben im einen Fall geht, was im anderen juristische Eiertänze um Rechtswidrigkeit aber Straffreiheit, Fristenlösung aber ohne Versicherungsschutz u.ä.m. auslöst. Nicht so beim Thema Asyl: Grundrechte von elementarer Bedeutung müssen der ungeschriebenen Verfassung, dem Prinzip des Wohlstandschauvinismus untergeordnet werden. Dieser läßt sich bestens mit einer leicht variierten Fassung des alten Kohlschen Bonmots umschreiben, das schon damals wohl in Wirklichkeit auf den Westen Deutschlands adressiert war: Keinem (im eigenen Land) soll es schlechter gehen (zumindest als unbedingt nötig — denn die Volksgemeinschaft verlangt dann natürlich auch ihre Opfer)!

Doch das war erst der Auftakt. Sollte es wirklich jemand im Bundestag oder außerhalb gegeben haben, der der Demagogie der Seiters, Schäubles und Kloses, die Abschaffung des Asyls verhindere den Bürgerkrieg in Deutschland, geglaubt hat, dann müßte ihm spätestens am Samstag drauf die grausige Wahrheit gedämmert haben. Die Grundgesetzänderung war nur ein erster Schritt in die Definition des Ausnahmezustands, ein erster Schritt in den noch versteckten oder schon offenen Krieg um die Pfründe. Denn dieser deutet sich an, nicht obwohl, sondern *weil* das Asyl abgeschafft, weil damit ein Anfang gemacht wurde in der Anpassung moralischer, aus der Geschichte sich herleitender Grundsätze an die 'harten Realitäten' nationalstaatlicher 'Interessenwahrung'. In diesem Punkt treffen sich die Brandstifter aller Couleur. Nur daß die, die dabei die allgemein als Unschuldige bezeichneten Frauen und Kinder in Solingen ermordeten, — als wären Flüchtlinge in den meisten Fällen nicht ebenfalls unschuldig — für Viele doch zu weit gehen. Immerhin gibt es noch „gute Ausländer"...

Wer es von den Politikern ernst meinte mit seiner nach außen gezeigten, vielleicht aber auch nur zur Schau gestellten Betroffenheit, der würde jetzt wenigstens versuchen, praktisch ein Zeichen zu setzen gegen derlei Tendenzen, gegen den Glauben der Brandstifter, den Willen der schweigenden Mehrheit auszuführen. Dazu gehört, die haltlose Konstruktion zu beseitigen, daß hier geborene, inzwischen z.T. erwachsene Frauen und Männer, Ausländer bleiben, ohne Wahl- und andere Rechte. Ein solches Zeichen nützt zwar in der Tat gegenüber den Rechtsradikalen direkt wenig, würde aber wenigstens den Bedrohten Schutz versprechen, nicht eines Tages doch vom Ausländer zum Ausgegrenzten, zum Ausgewiesenen oder Vertriebenen zu werden. Den Opfern von Solingen, Hünxe und Mölln wäre auch damit nicht mehr zu helfen. Doch würde der Tendenz entgegengearbeitet, daß staatliche Gewalt und die Gewalt auf der Straße Schritt für Schritt zusammenarbeiten in der nationalistischen Formierung dieser Gesellschaft.

Daß selbst für dieses Zeichen wenig Hoffnung ist, hängt von vielen Faktoren ab. Die Krise des politischen Systems ist der hier wichtigste. In den Institutionen fehlt inzwischen das absolute Minimum für eine rationale Politik, nämlich die Fähigkeit, wirkliche gesellschaftliche Probleme mit wirklicher Politik zu beantworten. Weder für die gesellschaftliche Integration zwischen Ost und West, noch für internationale Ungleichheiten und ökologische Problemlagen gibt es erkennbar adäquate Beschreibungen oder gar Lösungswege. Diesem Staat und seinen Repräsentanten scheint in ihrer überwiegenden Mehrheit nichts mehr einzufallen, als nur noch Sündenböcke zu erfinden — und hinterher dann Krokodilstränen zu vergießen. So war es beim Thema Asyl, einst von Schreibtischtätern wie Rühe, Stoiber, Wedemeier oder Kronawitter als Wahlkampfthema aufgebaut, jetzt, nicht nur beim Grundgesetz, „erfolgreich" zum Abschluß gebracht: Vor Deutschland muß man wieder Angst haben...

Trauerfeier für die Mölln er Ermordeten Aus: Arbeiterfotografie 73

Doch es wäre eine Verharmlosung, wollte man das Problem nur auf die falschen Personen zurückführen. Selbst die Krise der Politik wird mit der gängigen Formel vom Versagen des „Steuerungsanspruchs der Politik" — als wäre dieser jemals so Realität gewesen — mehr verkannt als begriffen. Hinter dieser Krise steckt eine tiefergehende, eine soziale und kulturelle Krise, die sich mit der sich verschärfenden ökonomischen verbindet. Die Strategie der Schreibtischtäter wäre nicht aufgegangen, würde nicht ihrer Demagogie etwas aus der Bevölkerung heraus entgegenkommen. Wo dies von linker Seite mit der Unterstellung eines quasi-ontologischen Rassismus zu erklären versucht wird, wird jedoch das Problem nur spiegelbildlich verfehlt. Fatal ist es, die subjektive Seite, die Bedeutung und die destruktive Macht der Ängste zu unterschätzen, die von Mitte-Rechts bis Ganz-Rechts in populistischer Manier ausgeschlachtet werden. Diese subjektive Seite verweist auf einen Zustand der Gesellschaft, in der die Angst, aus dem sozialen Gefüge herauszufallen, angesichts einer immer irrationaleren Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht, buchstäblich überwältigend wird. Nur so läßt sich vielleicht dem Phänomen auf die Spur kommen, daß die neuen Feindbilder und die dahinter stehenden Bedrohungsvorstellungen so leicht aufgegriffen werden und in allen Medien ihre Spuren hinterlassen.

Bonn, 26.5.93

Diese Ängste lassen sich an ihrem Gegenbild illustrieren, am Bild der offenen Gesellschaft. Gegründet auf die Freiheit der Marktindividuen und abgesichert durch demokratische Institutionen bündelte sie die Hoffnungen nicht nur von ihrem „Erfinder" Karl Popper auf eine rationalere Einrichtung der Gesellschaft. Doch diese Hoffnungen auf die Offenheit der Verhältnisse, selbst noch im modischen Diskurs der Postmoderne aufzuspüren, haben sich ins Gegenteil verkehrt: Zu beobachten ist die Formierung einer geschlossenen Gesellschaft. Sie ist in dieser Form wohl von kaum jemand beabsichtigt, trotzdem Produkt der vielen kleinen Tendenzen zum Abschließen gegenüber dem Anderen, durchgeführt von denen, die etwas zu verteidigen haben, aber auch von denen, die vordringlich Angst haben, dazu genau nicht mehr zu gehören. Geschlossenheit nach Innen und Außen, aus Angst vor dem Anderen und als Abschluß gegen das als bedrohlich empfundene, ist längst nicht nur das Prinzip der Neuordnung Osteuropas. Gegen das, was sich in der Bundesrepublik abzeichnet, dürfte selbst noch die 'formierte Gesellschaft' der 50er Jahre eine Schrebergartenidylle gewesen sein. Heute wird wieder die Besitzstandswahrung zum System erhoben, aber anders als zu Zeiten eines funktionierenden 'Modells Deutschland' ist das angesichts einer sich zuspitzenden ökonomischen Krise eine phobienträchtige Konstellation.

Überdeutlich ist die Mitschuld von Staat und Parteien an der Stimmung, die die Mehrheit der Bevölkerung auszeichnet, und die von einer Minderheit, mögen es sogar Einzelne sein, bloß ausgeführt wird. Diese Stimmung fiel keineswegs vom Himmel, wurde aktiv vorbereitet und geschürt, und niemals wurde konsequent gegengesteuert. Der Bezug zur deutschen Geschichte wurde schon oft erwähnt — die Vorbereitung im Zeichen des Historikerstreits, ein erster symbolischer Höhepunkt in Bitburg, dann der Generalangriff mit dem Ziel 'Normalisierung' seit dem Herbst 1989. Dies alles bündelt sich im Konflikt um das Asylrecht wie in einem Brennglas — und deswegen sind wir heute über diesen Punkt auch schon wie-

der hinaus. Judenverfolgung und Auschwitz, deutsche Schuld und Verantwortung gegenüber der Geschichte (statt der Pseudoverantwortung gegenüber den militärischen Verbündeten) sind seit dem 26.5.93 kein Markstein mehr für die Politik — das ist die Lehre dieses Tages. Die Koordinaten haben sich verschoben. Und auch darin drückt sich die soziokulturelle Krise aus.

Aus diesem Grund mutet inzwischen selbst die Frage nach den Bedingungen einer linken Opposition wie die (postmodern verkleidete) Wiederkehr der 'grimmigen Scherzfrage' nach dem Proletariat (Adorno) an. Das Problem ist weniger (aber auch) ein Problem der Zahl. Wichtiger dürfte sein, daß selbst z.T. erfolgreiche oder wenigstens richtig angesetzte Aktionen wie am 'Tag X' nur zur Verfestigung der Verhältnisse beitragen, an denen sie rütteln wollen. Die moralische Diskreditierung des Parlaments am 'Tag X' war überdeutlich, wurde auch von vielen Medien bemerkt. Aber selbst dies trägt letztlich nur zur Verfestigung der Krise des politischen Systems bei. Anders als früher gibt es keine politische Kraft, die aus der Niederlage Nutzen ziehen könnte. Nicht die Grünen, und ganz bestimmt nicht die SPD. Aber auch außerhalb des Parlaments ist die Hilflosigkeit kaum geringer als innerhalb. Wer ist schon in der Lage, praktische gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln? Man denke nur an die Verwirrung der Positionen in der ehemaligen außerparlamentarischen Linken zu nahezu allen strittigen Fragen — von der Wiedervereinigung über den Bundeswehreinsatz bis zu den offenen Grenzen.

Das alles sind keine rein subjektiven Verirrungen. Wenn sich die Koordinaten politischer Auseinandersetzungen, die Richtwerte, an denen sich politische Konflikte orientieren, derart verschoben haben, dann sollte dies besser als Ausdruck der sozialen Krise verstanden werden. Für die einen wird ohne die Forderung nach offenen Grenzen nur der institutionelle Rassismus der bundesdeutschen Gesellschaft unterstützt. Wer weiß aber, ob wir *mit* dieser Forderung nicht nur die Tendenzen zur Deregulierung kapitalistischer Verhältnisse (und damit auch die Ängste der Menschen) verschärfen? Von daher kann ich in der Bonner Demonstration, wie richtig und wie erfolgreich sie auch vordergründig war, kaum positive Anhaltspunkte für eine außerparlamentarische Opposition sehen. Nur zu überdeutlich ist, daß der Widerstand gegen die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl viele zusammengeführt hat, die ansonsten kaum noch gemeinsame Forderungen haben. Und anders als sonst ist hier die Vielfalt keine Stärke. Ein Redebeitrag aus dem autonomen Spektrum brachte die Sache auf den Punkt: Für die eigene Befindlichkeit scheint es das wichtigste zu sein, die Mitdemonstranten mit in die rassistisch denkende „legale Mitte" der Gesellschaft einzuordnen, so daß man allein als wahrer Antirassist übrig bleibt. Auch dies eher ein Symptom der geschlossenen Gesellschaft denn eine Perspektive zu ihrer Überwindung.

Bei vielen Gruppen, die sich noch nicht dem staatsmännischen Tenor der Politik angeschlossen haben, überwiegt die Tendenz zur Selbstmarginalisierung. Sie übersehen, daß die angeschnittenen Probleme einer Antwort bedürfen, wenn wirkliche Opposition geleistet werden soll, daß noch die radikalste Position von einigermaßen „zivilen Verhältnissen" abhängig ist. Wer wollte die aber noch garantieren wollen? Anders als in den 60er Jahren reicht es eben nicht mehr aus, die soziokulturellen Grundlagen der Gesellschaft zu „modernisieren", die im politischen Selbstverständnis angelegten Potentiale gegen ihre Halbierungen einzuklagen und dadurch die individuellen Freiheitsspielräume und die Demokratie zu erweitern. In der gegenwärtigen Krise bedarf es neuer Vorstellungen, was gesellschaftliches Zusammenleben angesichts ökologischer Bedrohungen, internationaler Verflechtungen und der Tendenz zur partikularistischen Abschließung überhaupt bedeuten könnte. Aber von welcher politischen Kraft sind solche Antworten noch zu erwarten? Die geschlossene Gesellschaft hat ihre Feinde noch nicht gefunden. ●

ALEX DEMIROVIC

Rechte Schreibtischtäter und neorassistische Ideologie

Die rechte Jugendgewalt, die Mordanschläge von Mölln und Solingen haben eine Vielzahl von Erklärungsversuchen provoziert. Die Bannbreite reicht weit von Verschwörungstheorien, die darin eine abgesprochene Strategie rechter Zirkel sehen, die die NSDAP wieder aufbauen wollen, bis zur Einzeltäterthese, die vor allem die ersten Reaktionen der Bundesregierung bestimmte.

Danach gelten die rechtsradikalen Gewalttäter als irregeleitete Einzeltäter, als debil, als ewig Gestrige, ihre Gewalt als diffus, als asoziale Gewalttätigkeit, die es überall gibt. Die Gewalt kann als Ergebnis der mangelnden Bereitschaft der SPD gelten, den Asylrechtsparagraphen zu verändern, oder als Folge der Werteerosion, die sich aus einem antiautoritären Erziehungsstil ergeben habe.

Erklärungsversuche dieser Art weisen auf die mangelnde Bereitschaft konservativer und rechter Politiker, Journalisten und Wissenschaftler hin, sich selbstkritisch zu fragen, wieweit sie mit ihrer Rede von den Scheinasylanten, der Überflutung durch Ausländer, der Belastungsgrenze, der kulturellen Überfremdung, der Durchrassung, zur Selbstradikalisierung rechter Jugendlicher und Akzeptanz dieser Gewalt in der Bevölkerung beigetragen haben. Auf diese Verantwortung von Zeitungen wie FAZ und Spiegel hat Klaus Bednarz in einem Kommentar im WDR hingewiesen (vgl. taz, 8.6. 1993). Handelt es sich um Schreibtischtäter in den Redaktionen und Brandstifter in Bonn, die ursächlich Schuld an den Mordhandlungen haben? Dieses Erklärungsmuster läßt sich auch noch auf die Rolle rechtsextremer Parteien und neurechter Intellektueller ausdehnen, die für die Gewalt rechtsextremer Jugendlicher verantwortlich gemacht werden. An dieser Art Erklärung ist heikel, daß sie mit rechtsextremer Gewalt verfährt, wie konservative Erklärungen mit dem linken Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre, der als Konsequenz der Theorien und Positionen linker Wissenschaftler und liberaler Schriftsteller betrachtet wurde. Darüber hinaus wird die Widersprüchlichkeit von Zeitungen wie FAZ und Spiegel übersehen; so die Tatsache, daß auch ein FAZ-Redakteur mittlerweile Morddrohungen von neonazistischen Gruppen erhält (vgl. FAZ, 21.6.1993).

Gegenüber dieser eher kausalen Verknüpfung von Reden und Handeln gibt es am Gegenpol Erklärungsversuche, die gelegentlich in den Ton jener Kriminalromane verfallen, die nach der Logik: ein Schuß, ein Toter, eine Waffe — aber kein Zusammenhang, verfaßt sind. Die Postmoderne habe objektiv jede Form von gesellschaftlichem Zusammenhang aufgelöst, so daß es zu vordergründig sei, von fremdenfeindlichen Stellungnahmen hier auf entsprechende Handlungen dort schließen zu wollen. Die Gewalt sei der dem objektiven Prozeß geschuldete aussichtslose Versuch, durch ethnische Homogenisierung Gesellschaftlichkeit wieder herzustellen. Diese Art der Erklärung hat ebenso wie die andere etwas für sich. Sie kann darauf hinweisen, daß es keinen strategischen und intentionalen Zusammenhang gibt. Sie kann gerade den anonymen Mechanismus rassistischer Handlungen, die endemische Verbreitung des Neorassismus unterstreichen, die ihn viel gefährlicher macht als wenn es ein Hauptquartier, eine Strategie, ein Komplott der Gewalt gäbe.

Beide Erklärungen greifen in einem entscheidenden Punkt zu kurz. In einem Fall scheint es so, als könne man zwischen neorassistischen Diskursen und Tätern kaum einen Zusammenhang feststellen. Es wird angenommen, daß nach dem Zusammenbruch von Großideologien rechtsextreme Täter durch sie gar nicht mehr motiviert werden können, also eigentlich anomisch handeln. Im anderen Fall wird ein rationalistisches Handlungsmodell unterstellt. Danach verfolgen die Akteure — bestimmt von einer politischen Idee — Ziele, die mit geeigneten Mitteln zu erreichen sind. Diese Vorstellung des Zusammenhangs von Ideologie und Handlung erscheint mir in beiden Fällen unzulänglich, denn ausgegangen wird übereinstimmend davon, daß Ideologie ein kohärentes Denkgebäude sei, das über Ziele, Zwecke und Mittel genauestens Auskunft gibt, die Handlung motiviert und sie durch irgendwie nachvollziehbare Argumente begründet — auch wenn diese Argumente als unglaubwürdiger Blödsinn gelten können. Es gibt in der rechten Ideologie beides: Intellektuelle und Aktivisten, doch ihre Anordnung, ihr Verhältnis zueinander ist anders als in linken Ideologien (diese nicht als falsches Bewußtsein verstanden!).

Tatsächlich erscheint die rechte Gewalt, an einem klaren politischen Ziel gemessen, auf den ersten Blick diffus. Es werden von den Tätern keine politischen Bekenntnisse vorgetragen oder gar elaborierte politische Begründungen vorgebracht, die den Anspruch auf Einsicht bei den anderen erheben würden; sie leugnen sogar, wie Kriminelle, die Tat. Allenfalls als trostloser Hinweis auf eine politische Ideologie findet sich das Hakenkreuz auf Mauern, Grabsteinen oder in den Sand gekritzelt. Es scheint auf den ersten Blick so, als würde es gar nicht mehr um Ideologie gehen, sondern um blinde Wut, um zielloses, feiges und hinterhältiges Ressentiment. Doch der erste Blick trügt.

Jugendsoziologische Studien weisen darauf hin, daß es eine jugendliche Praxis der Gewalt gibt, die zunächst unspezifisch zu sein scheint und sich ihre Ziele und Begründungen erst noch sucht. Doch selbst in diesem Fall, wo Ideologeme nur bruchstückhaft vorhanden sind, sind sie gleichwohl grundlegende Elemente eines Weltbildes, das einen bedrohlichen Feind bestimmt und konstruiert. Es sind Türken, die „hierher" kommen und „den Deutschen" Arbeitsplätze, Wohnungen und Frauen wegnehmen und damit, aus der Sicht rechtsextremistischer Gruppen und Täter, Regeln der Reziprozität verletzen. Gewalt erscheint als Sühne für Ungerechtigkeit. Doch diese Gewalt ist mehr, sie ist die Verdichtung einer komplexen symbolischen Kette, quasi das allgemeine Äquivalent der sozialen Kommunikation, in dem alle ihre Meinung austauschen können. Denn in ihr können sich alle die, die „deutsch" sind, darüber verständigen, daß sie eine Einheit bilden und stärker sind als die, die als „andere" Subjekte ausgegrenzt werden und sich nicht wehren dürfen. Es ist möglich, ungestraft Wut zu entfesseln. Dieser Prozeß ist ein ideologischer Prozeß. Denn es sind Bilder, Vorstellungen, Bezeichnungen notwendig, die jemanden als „Türken", als anderen und Feind kenntlich machen, der in wortloser Wut geplant ver-

nichtet wird. Diese irrationale, gefühlsmäßige Dimension ist ein strukturelles Merkmal rechtsextremer Gewalt, das in der rechten und neorassistischen Ideologie selbst einen rationalen Stellenwert erhält. Seit Carl Schmitt hält sich die intellektuelle Rechte zugute, zur Entwicklung von Mythen beizutragen, die die Bereitschaft ihres Gefolges begründen, Blut zu vergießen. Die Gewalt ist also ein Element des Konsenses zwischen den Führern und den Geführten, der komplizierten Arbeitsteilung zwischen militanten Aktivisten einer Bewegung von rechts und ihren Intellektuellen, die durch ihre intellektuelle Ausarbeitung neurechter Ideologien die Gefühle und Handlungen freisetzen, die sie dann als irrationale Ausbrüche, als Mythos feiern können. Der rechten Ideologie entspricht programmgemäß eine sehr strikte Arbeitsteilung zwischen denjenigen, die die Begriffe und die Ideologien ausarbeiten, die die Gewalt herbeidenken und -reden, der „Elite", und denjenigen, die sie praktizieren. Im Sinne dieser Arbeitsteilung läßt sich die diffuse Gewalt durchaus als Teil einer Strategie der Neuen Rechten betrachten. Die konsumistische Normalität, die passive Zustimmung zum Bonner System wird — aus der Sicht der Rechten — durchbrochen. Die Gewalt schafft ein Klima der Unsicherheit, der Bedrohung und der Hysterie. Deutsche müssen sich — wie dies in Solingen deutlich wurde — plötzlich selbst als Deutsche sehen, die, als Teil eines Kollektivs, ihrerseits nun bedroht oder im kollektiven Narzißmus kränkbar sind. Die Spirale von Gewalt und Gegengewalt droht in Gang zu kommen. Darüber hinaus strahlt diese Atmosphäre ins Ausland und erreicht dort, daß sich Verfolgte und Flüchtlinge Deutschland nicht mehr ernsthaft als Fluchtort vorstellen können.

Die Arbeitsteilung erklärt auch das prima facie erstaunliche Phänomen, daß rechtsextreme Parteien wie die „Republikaner" oder die „Deutsche Liga" sich sofort von der Mordhandlung in Solingen, daß sich neurechte Blätter wie „Nation und Europa" von dem Mordanschlag in Mölln wie auch von der Gewalt von Skins distanziert haben. Dies ist keine Taktik zur Ablenkung des Verfassungsschutzes. Denn im Sinne der eigenen intellektualistischen Haltung zum Mythos und zur elementaren Gewalt des „Volkes" nehmen die neurechten und neorassistischen Ideologen für sich in Anspruch, theoretisch erklären zu wollen, wieso es zu dieser fremdenfeindlichen Gewalt kommt. Die einzelnen Erklärungen, daß Fremdenfeindlichkeit ein genetisch bedingter Affekt jeder einheimischen Bevölkerung gegen Überfremdung sei, daß sie sich aus der überdichten Besiedlung der Bundesrepublik ergebe — solche Erklärungen können hier übergangen werden.

Bedeutsam erscheint mir, daß die Neue Rechte die Haltung des distanzierten, quasiwissenschaftlich auftretenden Beobachters und Erklärenden einnimmt, der erläutert, warum Deutsche im Affekt gegen „Überfremdung", gegen „Türken", „Zigeuner", „Neger", gegen Behinderte und Obdachlose, gegen alle sog. „Problemgruppen" aktiv werden. Es ist wie ein Stromkreis, der geschlossen wird. Auf der Basis einer rigiden Arbeitsteilung zwischen der intellektuellen Elite oben und dem angeblich seinem genetisch festgelegten Instinkt folgenden „Volk" können die neurechten Intellektuellen als verständnisvolle Sprecher des deutschen Volkes auftreten und fordern, daß ihm sein Stolz wieder gegeben und seinem Willen endlich demokratisch Genüge getan werde. So ist es möglich, daß oben und unten gleichsinnig denken, ohne sich auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Ja, die rechten und mehr noch, die konservativen Intellektuellen können sich ohne weiteres von dieser Gewalt als einer plebejischen Gewalt der Masse distanzieren und sie dennoch immer weiter im Sinne ihrer eigentlichen Ziele interpretieren: die rechten Gewalttäter verletzten zwar Sicherheit und Ordnung, doch es sei ein Affekt, der durch die Bedrohung von Sicherheit und Ordnung durch die Fremden ausgelöst werde. Gerade im Dementi der Gemeinsamkeit werden die Täter noch aufgefordert, weiterzumachen. Nachfolgetaten sind nicht oder nicht bloß das Ergebnis der medialen Berichterstattung, wie häufig vermutet wird, sondern Ergebnis dieser paradoxen Aufforderung durch Leugnung.

In diesem Punkt sehe ich den entscheidenden Unterschied zu dem Verhältnis von linken Intellektuellen und linken Aktiven. Dem Anspruch nach wollen beide die Arbeitsteilung überwinden. Linke Intellektuelle stehen ihrem eigenen Anspruch zudem vor der Aufgabe, auch die terroristischen und usurpatorischen Wirkungen ihrer eigenen Theorie in ihre Folgeüberlegungen einzubeziehen und sie unter diesem Gesichtspunkt zu revidieren.

Die Neue Rechte ist sich der beschriebenen Arbeitsteilung sehr bewußt. Sie zielt nicht auf unmittelbare Führung und Gefolgschaft, sondern eher auf ein komplexes, kulturrevolutionär verstandenes Handlungsdispositiv. Dazu gehört natürlich die Schulung von Aktivisten aus neonazistischen Zirkeln ebenso wie der Rock von rechts, also die Herausbildung von rechten Netzwerken und Szenen. Doch als wichtiger gilt ihr, zur Verbreitung neorassistischer Denkfiguren („Ayslanten", „das Boot ist voll") bis weit in die liberale Presse beizutragen und/oder verbreitete konservative Denkgewohnheiten und Ideologeme neu zu verknüpfen, also Hegemonie durch die Herausbildung eines neuen sozialen, rassistischen Konsenses zu gewinnen. Erleichtert wird ihr diese Strategie durch die unter Journalisten nach wie vor große Unwissenheit über die Ziele der Neuen Rechten, die mit ihren Argumenten viele der gutgemeinten Kommentare und Berichte leicht unterlaufen können.

Gefährlich ist der bereits über die Neue Rechte hinaus verbreitete Neorassismus also gerade deswegen, weil er keine Substanz hat, die sich beim rechtsradikalen Gegner oder im Charakter der Individuen als feste Identität ausmachen läßt. Es ist eine sehr flexible diskursive Praxis, die eher in der Verknüpfung von ideologischen Elementen als in diesen Elementen selbst besteht. Alain de Benoist, einer der Vordenker der Neuen Rechten: „Ich glaube nicht, daß es wirklich rechte und linke Ideen gibt. Ich meine, daß es eine rechte und eine linke Art gibt, sich diese Ideen zu eigen zu machen und sie zu vertreten."

Die von vielen Linken praktizierte Identifikation von Rassisten an allen Orten ist hysterisch und entspricht eher dem traditionellen Polizeiblick, der dem Delinquenten einen Charakter und eine Einstellung zuschreibt, die sich sofort erkennen lassen soll. Ein solcher Blick, der nach dem Muster der Rasterfahndung alle als Rassisten identifiziert, die nur ein verräterisches Wort verwenden, ist letztlich unpolitisch, denn es kommt nicht nur darauf an, die Dynamik und das antidemokratische Potential von Individuen und Gruppen zu kennen, sondern ebenso deren Widersprüche, die die Grundlage einer linken Politik sein sollten. Es ist demnach wichtig, deutlich zu machen, warum im Denken eines Individuums plötzlich neorassistische Ideologeme Evidenz gewinnen — doch darf das Individuum nicht darauf festgelegt werden, als sei dies seine charakterologische Substanz. Der Neorassismus ist eine Spielart von Herrschaftsunterwerfung, und auch die dieser Herrschaftsform unterworfenen Individuen tragen einen Konflikt mit der Unterwerfung aus. In der gegenwärtigen Situation sollten die Linken nicht im Stil der Tradition der Sozialfaschismustheorie jeden Multikulti-Vertreter als Rassisten polarisieren und damit durch pseudoradikale Verdächtigungen die verbreitete Hysterie noch verstärken, sondern — u.a. mit dem Mittel der Analyse — für mehr Rationalität eintreten. Daß dies keine Entschuldigung für die Täter sein kann, liegt auf der Hand. Sinn jeder solchen Analyse ist ja, weitere Attentate und Pogrome, also weitere Opfer zu verhindern — vor allem aber den Prozeß der Formierung eines rassistischen Herrschaftsblocks von oben und unten, der die rechte Gewalt möglich, weil konsensfähig macht. ●

THOMAS KUNZ

Denn sie wissen nicht, was sie tun?

Von unpolitischen EinzeltäterInnen und alkoholisierten RandaliererInnen

Am 26. Mai 1993 kam es in Bonn am Rhein zu einem Anschlag auf die Verfassung der BRD. Eine Gruppe von zeitweilig bis zu 600 Personen, vor allem aus dem „parlamentarischen" Spektrum, hatte in den frühen Morgenstunden ein ausgedientes Wasserwerk besetzt. Ein Großteil von ihnen war mit dunklen Anzügen und/oder Krawatten vermummt, zum Teil wurden auch Blusen und Röcke gesehen. Einige der TäterInnen führten Aktentaschen mit sich, vereinzelt wurden Schaulustige mit Aktenkoffern bedroht. Im Wasserwerk selber kam es zunächst nur zu verbalen Übergriffen. Aus der Menge heraus wurden ausländerfeindliche Parolen gerufen, die meisten Anwesenden kommentierten diese wiederum mit zustimmendem Johlen sowie aufmunternden Zurufen. Am Abend eskalierte die Situation, es kam zu einem „namentlichen" Angriff auf Artikel 16 des Grundgesetzes. Die Ausschreitungen endeten mit der de-facto-Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl. Ein massives Polizeiaufgebot kesselte die ChaotInnen, die sich selber als „VolksvertreterInnen" bezeichneten, noch am Tatort ein. Nach Feststellung der Personalien zogen sich die Beamten jedoch zurück.

Widersprüchlich blieb an diesem Tag vor allem das Verhalten der Polizei. Dem Anschein nach hat es Absprachen mit den RandaliererInnen gegeben, wonach diesen der Zugang zum Wasserwerk sogar unter Polizeischutz ermöglicht worden sein soll. Unstrittig ist, daß die ChaotInnen per Schiff und Hubschrauber an den Tatort gelangen konnten. Zudem behinderten PolizistInnen das beherzte Eingreifen von PassantInnen, die sich in der Nähe des Wasserwerkes aufhielten. Dies wirft einige zentrale Fragen auf. Warum griff die Polizei erst so spät ein? Haben die Sicherheitsbehörden das Phänomen des „Parlamentsterrorismus" bislang unterschätzt? Arbeiten sie gar mit den Wirrköpfen von Bonn zusammen?

Von offizieller Seite hieß es beruhigend: „Die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes ist fassungslos angesichts der verabscheuungswürdigen Tat." Dennoch, sie haben es geschafft, eine Spur des Schreckens durch die Republik zu legen. Die Bereitschaft ist ungebrochen, dumpfen Abneigungen freien Lauf zu lassen. Hier drängt sich die Frage auf, was sind das für Menschen, die solch' eine Tat begehen? Laut Aussagen der ermittelnden Behörden, handelt es sich durchweg um EinzeltäterInnen. Nach Angaben eines Polizeisprechers haben sich die Verdächtigen wohl eher zufällig in Bonn aufgehalten. Im Anschluß an eine gemeinsame Zechtour sei ihnen der Einfall gekommen, zum Wasserwerk zu ziehen, um, wie sie sagten, „den Artikel zu kippen". Als Rädelsführer wurden zwei Personen festgenommen, die bereits vor längerer Zeit durch fremdenfeindliche Äußerungen aufgefallen sind. H.U. Klose und R. Seiters (Alle Vornamen wurden aus ermittlungstaktischen Gründen anonymisiert), die unter Gleichaltrigen als „rechtslastig" bekannt sein sollen, gaben als Beweggründe für ihr Handeln lediglich an, aus „allgemeiner Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Situation auf die Idee gekommen zu sein". Beide bestritten, der rechtsextremen Szene anzugehören.

Besoffene Randalierer am Tatort (von hinten)

Zwar wurden bei fast allen Personen Parteiausweise gefunden, ein politischer Tathintergrund ist dennoch nicht zu erkennen. Von einem organisierten Gruppenzusammenhang, gar einer VerschwörerInnengruppe, kann keine Rede sein. Viel auffälliger ist, daß der größte Teil der in Betracht kommenden Personen aus zerrütteten Familienverhältnissen stammt, arbeitslos ist und ausschließlich von Spenden und Diäten lebt. Vermutlich stand die Mehrheit zur Tatzeit unter Alkoholeinfluß, was bereits für sich genommen die These vom gezielten und überlegten Vorgehen widerlegt. Zusammengefaßt kristallisiert sich somit ein gänzlich anderes Ursachenprofil heraus: „Soziale Benachteiligung, gestörte Elternhäuser, Zugehörigkeit zu bildungsfernen Schichten, Autoritätsverlust und Werteverfall" — kurzum völlige soziale Überforderung sind der Ausgangspunkt dieser Gewalt!

Gründe genug, um die linksintellektuellen Schnellschüsse neunmalkluger KritikerInnen Lügen zu strafen, die nicht müde werden, das liebgewonnene Klischee vom „politischen Tathintergrund" zu kolportieren. Denn: die Täter sind die Opfer und vice versa. Deshalb wäre es auch viel wichtiger, diesen labilen, nicht mehr ganz so jungen Menschen „das Gefühl zu geben, daß sie ernst genommen werden; wenn sie sich in einer Gemeinschaft aufgehoben wüßten, die ihnen Sicherheit und Selbstvertrauen gäbe, so daß sie sich nicht in die trügerische Geborgenheit einer Bande flüchteten."

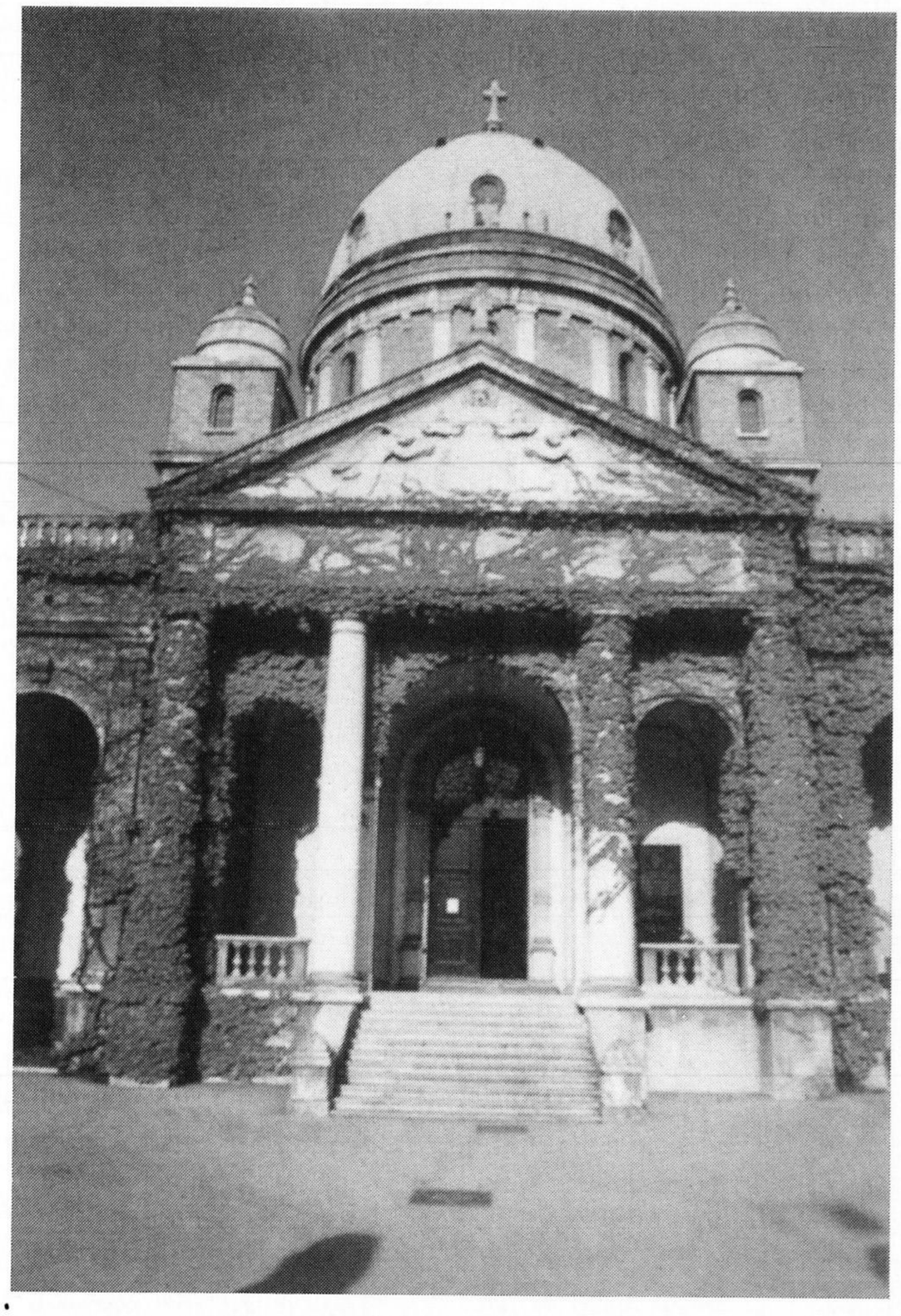
Zur Zeit werden Überlegungen angestellt, alle an der Tat Beteiligten zur Teilnahme an einem pädagogischen Reintegrationsprojekt zu verpflichten. Unter dem Motto „Wir-bauen-uns-ein-neues-Regierungsviertel" wird nämlich demnächst in Berlin ein gigantisches Selbsthilfeprojekt mit vielen Milliarden D-Mark aus Bundesmitteln umgesetzt. Unter Anleitung von erfahrenen SozialarbeiterInnen sollen hier die EinzeltäterInnen von Bonn lernen, mit ihrer „Fremdenangst" umzugehen, diese womöglich abzubauen und allen zu zeigen, daß „Rechte" auch nur Menschen sind. Oder, wie schon an anderer Stelle, in ähnlichem Zusammenhang gesagt wurde: „Wir dürfen sie nicht dadurch aufgeben, daß wir sie kriminalisieren. Wir müssen mit ihnen reden und sie ernst nehmen, ihnen Entwicklungsräume geben..., ihnen Förderungschancen einräumen und ihnen Grenzen aufzeigen. Aber ausgrenzen dürfen wir sie nicht!" ●

LUKA RADENSKI

Unser Reisetip: Reise in die Zukunft

10 Tage durchs neue Mitteleuropa

„Deutschland wird deutscher", drei Tage nach Solingen begegnet dem erstaunten Besucher aus Deutschland ein Plakat mit diesen Worten und einem angstverzerrten, von Dolchen umgebenen Gesicht darunter. Es klebt auf einer offiziellen Plakatwand in der Innenstadt von Zagreb. Es bleibt die nächsten Tage sogar hängen und ist Gegenstand einer Diskussion in der Lokalpresse. Wer hat es hingehängt? Was mag es bedeuten? „Seit ihr Deutschen völlig verrückt geworden, wollt Ihr jetzt dem Balkan nacheifern?" Ehrliche Besorgnis und Entsetzen spiegeln sich in den Gesichtern unserer Gastgeber, als sie uns auf die jüngsten rassistisch motivierten Morde in Deutschland ansprechen. Dann kehren ihre Minen zu einer uns noch wenig bekannten Gemütslage zurück. Es scheint eine Mischung aus Widerständigkeit, Trotz, Zynismus, Sarkasmus und Angst zu sein. Wohl die einzige Stimmung, die es erlaubt, sich das lebensnotwendige Lachen zu erhalten und das offene Grauen, das bereits vor den Toren Zagrebs beginnt ebenso zu sehen wie die Demütigungen von Menschen und Einschränkung ihrer elementaren Rechte, die sich auch im „demokratischen" Kroatien zutragen. „Polizist sein ist eine Frage des Charakters, nicht der Ideologie!" Und gleiches gilt, so unsere Gastgeber, für die Mehrheit der Journalisten in Kroatien und den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Faselten sie bis vor drei Jahren brav im realsozialistischen pseudosoziologischen Kauderwelsch, so denunzieren sie jetzt jeden, der nicht ständig Volk und Vaterland rühmt, sondern sich im Ansatz reflektierend um eine Analyse der Situation in EX-Jugoslawien bemüht, als ewig gestrige Kommunistensau und Jugo-Zombie.



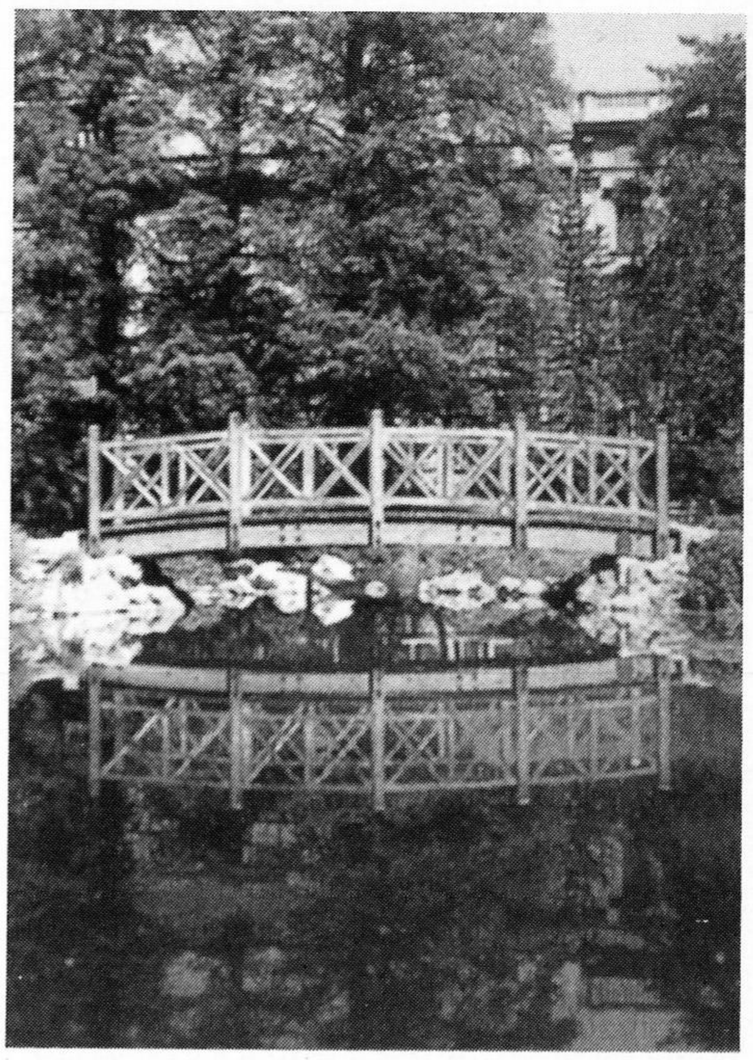
Kirche am Friedhof Mirogoj, Zagreb

Die Ähnlichkeit des jetzigen politischen Systems von Kroatien mit dem alten Jugoslawien ist enorm. Auch die Landesväter Tito und Tudjman haben sicher mehr gemeinsam als das T am Anfang. Nicht umsonst wurde Josip Broz der letzte Habsburger genannt.

Manches gerät trotz Krieg unweigerlich zur Groteske. Zum Beispiel, so erzählt man uns, sei es verpönt, von „Dalmatien" zu sprechen. Dies benutzten nur Regionalisten mit Neigung zum Seperatismus, (ähnlich dem früher in Jugoslawien gefährlichen Gebrauch des Wortes „Kroatien") echte Kroaten sprächen von Südkroatien. In einer der Hochburgen des südkroatischen Seperatismus, in Split, fand neulich ein Fußballspiel statt: Hajduk Split gegen Croatia Zagreb (früher Dynamo). Die Croatia-Fans skandierten schon zu Beginn. „Wir geben euch keinen Strom" (durch die serbische Besetzung der Kraftwerke ist Dalmatien auf Stromlieferungen aus den nördlichen Landesteilen angewiesen). Worauf die Hajduk-Fans mit „Es lebe der Genosse Tito, es lebe die Partei" antworteten. Nicht der anwesende Tudjman verhinderte eine Massenschlägerei sondern ein massives Polizeiaufgebot. In Kroatien zur Zeit wirtschaftlich zurecht zu kommen, erfordert außerordentliche Fähigkeiten oder außergewöhnliche Kontakte. Bei Löhnen, die im Durchschnitt zwischen 100 und 200 DM liegen, und Preisen, die durchaus westeuropäisches Niveau haben, dürfte eigentlich Überleben kaum möglich sein. Selbstverständlich blüht der Schwarzmarkt und die Schwarzarbeit, die Kriminalität, die Prostitution und die Deutsche Mark ebenso wie viele Formen der Subsistenzwirtschaft. Trotzdem läßt einen die Menge an teuren Autos in Zagreb sowie die vielen modisch gekleideten jungen Leute, die die Cafes und Bars der Altstadt von Zagreb füllen, erstaunen. Doch der nördliche Nachbarstaat von Bosnien und Herzegovina hat noch mehr Überraschungen zu bieten. Die geringe Anzahl von Polizisten in Zagreb zum Beispiel. Am Frankfurter Zoo stehen in der Regel mehr Uniformierte als im Zagreber Regierungsviertel.

Und die Schönheit der Stadt. Es fällt schwer, sich das vorzustellen, aber trotz Krieg und Tudjman sind die Promenaden und die Parks, die Cafes und die Oberstadt, der Friedhof Mirogoj und die kleine Zahnradbahn mitten in Zagreb nicht verfallen, ja selbst das kleine Regierungsviertel mit der Markuskirche und der Jelacicplatz (früher Platz der Republik) haben ihren Charme nicht verloren.

Angesichts der völligen Zerstörung des wundervollen Vukovar, der Barabarei in Dubrovnik und anderen Küstenstädten und dem andauernden Krieg gegen die bosnischen Städte, sprechen unsere Gastgeber viel von den noch erhaltenen Schönheiten



Botanischer Garten, Zagreb

und den für immer zerstörten einzigartigen Bauwerken in den jugoslawischen Städten. Ihre Traurigkeit und Wut sind in solchen Gesprächen beherrschend und unsere Vorstellungskraft reicht nicht aus um gänzlich nachzuvollziehen, was in ihnen vorgeht wenn sie von den letzten Besuchen bei Freunden in Sarajevo erzählen.

Die meisten Menschen auf den Zagreber Straßen wirken auf den ersten Blick als sei der Krieg tausende von Kilometern entfernt, in einem fernen Land. In dieser Hinsicht ist der Anschluß an Europa voll geglückt. Daß vierzig Kilometer weiter das von Serben und UNPROFOR besetzte Gebiet beginnt und sich daran die bosnischen Schlachtfelder anschließen, wird verdrängt. Dies ist um so erstaunlicher als natürlich ständig davon in den Nachrichten berichtet wird und jeder weiß und in den Zagreber Parks sehen kann, daß mehrere hunderttausend Flüchtlinge im Land sind. Ihnen, vor allem denen, die man als moslemische Ausländer betrachtet, geht es nicht gut in Kroatien; sie lebe, aber mehr nicht. Der Regierungssender sagt, wie der richtige Kroate die Sache sieht. „Wir sind nicht im Krieg. Krieg ist in Bosnien, damit haben wir nichts zu tun. Wir haben ein Problem mit dem Terrorismus. Ein Teil der in Kroatien lebenden serbischen Minderheit anerkennt die verfassungsgemäße Ordnung in unserem Staat nicht. Sollten die UNPROFOR-Truppen weiterhin die terroristischen Angriffe auf unsere Städte tolerieren, werden wir unsere Zustimmung zum UNO-Mandat zurückziehen und die Angelegenheit selbst bereinigen. Dies ist unser gutes Recht." Daß solche Stellungnahmen wirklich in jeder Hinsicht an der Realität vorbeigehen, weiß in Zagreb im grunde jedes Kind. Mag sein, daß die inzwischen gut gerüstete Armee Kroatiens den serbischen Truppen aus der Krajina überlegen wäre, gegen eine pan-serbische Streitmacht wäre sie wahrscheinlich so hilflos wie im Herbst 91. Die einzige Rettung für das Großkroatentum wäre ein groß angelegter kroatisch-serbischer Ausgleich. Er scheint sich dieser Tage wie erwartet in Bosnien zu vollziehen, auf Kosten der moslemischen Bevölkerung, für die im besten Falle Homelands bleiben, wie unsere Freunde resigniert feststellen.

Doch es gibt auch einige Lichtblicke. Istrien zum Beispiel. Hier sind die Straßen noch nicht nach alten Faschisten benannt und die Partisanendenkmäler stehen noch, wie wir in Pazin und Porec selbst sehen können. Es prangt nicht an jedem Haus eine Fahne und ein Staatswappen erdrückt nicht jedes Café. Die Menschen scheinen Herrn Tudjman ein gehöriges Maß an Mißtrauen entgegenzubringen. „Wo geht es hier weiter nach Umag?" lautet unsere bescheidene Frage. „Noch einige Kilometer weiter auf dieser Straße." „Ist das noch Kroatien?", fragen wir weiter. „Noch!" Der Tankwart reibt sich das Kinn. „Man weiß nur nicht, wie lange noch." Auf mein verdutztes Gesicht führt er weiter aus: „Die Slowenen erheben Anspruch auf dieses ganze Gebiet bis kurz vor Porec. Und die Italiener sind heute mit Truppen an der Grenze aufmarschiert, wollen uns Angst machen. Aber mir ist's gleich." Sein Kollege, der bislang geschwiegen hatte, bemerkt: „Jetzt holt sich jeder das seine. Vielleicht kommen auch die Österreicher wieder, wer weiß das." „Mein Problem ist," bemerkt der Erste, „daß mein Vater mir vor seinem Tod nicht gesagt hat, was wir sind. Partisanen gut, aber was für welche? Doch, wie gesagt, mir ist's egal, ich spreche slovenisch so gut wie italienisch und kroatisch. Sollen sie ihren Streit nur bloß friedlich austragen."

Aus Istrien kommen auch zwei neue, unabhängige Zeitungen: „Novi List" (Neues Blatt) aus Rijeka und der lokale Ableger aus Pula „Glas Istre" (Die Stimme Istriens). Beide sind inzwischen im ganzen Land an den meisten Kiosken zu haben. Es sind die ersten gänzlich und frei privatisierten Zeitungen und sie haben das Erbe der „Slobodna Dalmacija" (Freies Dalmatien) aus Split angetreten, die Mitarbeiter, die Inhalte und, zum Leidwesen der Regierungsblättchen, auch die Leser.

Ein anderer Teil der Redaktion der unter staatliche Kontrolle gestellten „Slobodna Dalmatija" hat ein bemerkenswert mutiges und ehrgeiziges Projekt begonnen. „FERAL TRIBUNE" heißt das Meisterwerk und ist bereits zweimal erschienen, ohne verboten zu werden. Eine Politsatire-Zeitung von nicht nur in Kroatien bislang unbekannter Qualität. Weder Papst, noch Pavelic werden verschont, alle und alles, was im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hoch und heilig, ist muß dran glauben. Eine frontale Provokation der Zensur. Das „Organ der kroatischen Anarchisten, Protestanten und Heretiker" (Untertitel) wird hoffentlich noch von sich reden machen.

Fazit: Die reliquiae reliquiarum Croatiae sind sicher eine Reise wert, solange wenigstens noch etwas steht. Unsere Freunde meinen, es brächte uns auch den Vorteil, schon mal üben zu können, sich im Dschungel des 21. Jahrhunderts zurechtzufinden. Denn, so ihre sachlich vorgetragene Prognose: Der Balkan zeige zur Zeit nicht, wie so oft behauptet, die Vergangenheit Europas, es seien vielmehr Bilder aus der Zukunft, die uns dort begegneten.

Post Scriptum vom 27.6.93: Der saxophonierende Heckenschütze wollte wohl mit dem von ihm befohlenen Mordanschlag von Bagdad genau dieses verdeutlichen: Die serbischen Truppen haben auch nicht mehr Recht, Kinder beim Spielen in Sarajevo zufällig von Raketen treffen zu lassen als Bill Clinton, irakische Kinder versehentlich im Schlaf zu ermorden. ●

Sommerschule

Das Komitee für ein Demokratisches Kroatien organisiert vom 31.8. bis 4.9.1993 die „Sommerschule für Demokratie" in Korcula.

Die Sommerschule ist geplant als ein Ort, wo Leute sich treffen und kennenlernen können, um zu diskutieren, zu lernen und gemeinsame Aktionen zu unternehmen. Sie soll einen internationalen Charakter haben, um einen Erfahrungsaustausch zwischen Leuten aus Ländern mit unterschiedlichem demokratischem Niveau zu ermöglichen. Die Schule wendet sich an alle, die aktiv partizipieren wollen an der Entwicklung offener demokratischer Gesellschaften. Als Themen sind geplant:

- Totalitarismus vs. Demokratie: Wie kann jungen Gesellschaften geholfen werden, nicht in Totalitarismus zurückzufallen?
- Eine Welt: Wie ist soziale Entwicklung ohne Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen möglich?
- Politische Aktivität ohne Grenzen — Menschenrechtsgruppen, Antikriegs- und Friedenskomitees und Frauenorganisationen
- Krieg als Katastrophe: Was führt zum Krieg? Was sind präventive Maßnahmen?

Die Unterbringung erfolgt in privaten Appartements in der Stadt Korcula zu günstigen Preisen. Finanzielle Unterstützung wird erbeten.

Kontaktadresse:
Committee For Democratic Croatia
Tratinska 27/1
Zagreb/Croatia
Tel/Fax 0038/41-569877
oder Infos über die *links*-Redaktion

BERND LADWIG / OLIVER MEIER

Grenzenlose Einsätze der Bundeswehr?

Eine Intervention der ami-Redaktion

Mit dem folgenden Beitrag möchten wir, die ami-Redaktion, in die Auseinandersetzung über deutsche Beteiligungen an militärischen Interventionen eingreifen. Dieses Thema enthält zwei Aspekte, die unseres Erachtens in der bisherigen Diskussion nicht hinreichend auseinander gehalten werden: Zum einen geht es um die grundsätzliche Frage, ob unter bestimmten Umständen selbst kriegerische Formen der Einmischung legitim und notwendig sein können, um noch größeres Unheil abzuwenden. Zum anderen handelt die Kontroverse von der Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik, die wir als offensive *Remilitarisierung* ansehen.

Einige Beiträge in der Zeitschrift *links* vom April und Mai diesen Jahres zeigten uns, daß in der *grundsätzlichen* Frage eine Verständigung zwischen den Kontrahenten kaum noch möglich ist. Gert Krell und Wolf-Dieter Narr gebürt das Verdienst, in einem von Gehäßigkeiten nicht freien Disput die Sackgassen erhellt zu haben, in die prinzipielle, von konkreten Konfliktlagen abgehobene Stellungnahmen zur Legitimität militärischer Interventionen hineinführen. Krell wendet gegen die AnhängerInnen eines „absoluten Pazifismus" ein, daß es selbst im friedenspolitischen Rahmen „zu Situationen kommen kann, in denen nicht-gewaltsame Mittel nicht mehr zur Abwehr einer konkreten militärischen Aggression ausreichen". Sein Kontrahent Narr hält daran fest, daß „kriegerische Mittel, um Kriege zu beenden, ... allemal für die Fortsetzung kriegsbezogener Politik und politikbezogenen Krieges" sorgten.

Die apodiktische Strenge, mit der der Berliner Politikwissenschaftler das Prinzip unbedingter Gewaltfreiheit verteidigt, sorgt für einen frühen Stillstand der Debatte: Entweder man *glaubt* an die Alternativlosigkeit eines konsequenten Pazifismus in schlechthin jeder Situation oder man läßt es. Auf dieser Ebene scheint eine *mit Gründen* erzielte Verständigung zwischen den VertreterInnen gegensätzlicher Prämissen nicht möglich zu sein.

Gert Krell bestreitet, daß sich aus pazifistischer Prinzipienfestigkeit in jeder geschichtlichen Situation die angemessenen Antworten auf Aggressoren und Massenmörder herleiten lassen und plädiert für Entscheidungen von Fall zu Fall. Auch wenn wir dieser eher abwägenden Haltung einiges abgewinnen können: Problematisch erscheint uns, daß Krell den Eindruck erweckt, als fände die Diskussion im abgeschlossenen Raum historischer Seminare statt. Doch jede Stellungnahme zu militärischen Einsätzen muß *heute* auf die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik Bezug nehmen. Wenn die AutorInnen dies nicht von sich aus tun, können ihre noch so skrupulösen Beiträge von den Verfechtern grenzenloser Einsätze der Bundeswehr vereinnahmt werden. Insofern läßt sich auch Krells vergleichsweise allgemein gehaltener Artikel als (moderate) Zustimmung zu einer Beteiligung der deutschen Streitkräfte an militärischen Interventionen lesen. Zwingend jedoch ist eine solche Lesart nicht.

An diesem Punkt wollen wir ansetzen: Wir möchten begründen, warum Menschen, die in der generellen Beurteilung eines radikalen („absoluten", „prinzipiellen") Pazifismus uneinig sind, dennoch gemeinsam gegen jegliche Militarisierung der Machtpolitik des eigenen Landes argumentieren können. Weil wir selber außerstande sind, eine redaktionelle Übereinstimmung in der ersten Auseinandersetzung zu erzielen (einige stimmen in dieser Frage mit sich selbst nicht überein), verzichten wir auf einen Beitrag zum Thema „Intervention an und für sich". In der Beurteilung der neuen Aufgaben der Bundeswehr jedoch sind wir uns hinreichend einig, um gegen „Friedensforscher" wie Harald Müller und die drei etablierten Institute HSFK, ISFH und FEST (1), die für deutsche Militäreinsätze unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen werben, eine friedenspolitische Frontstellung einzunehmen. Die Vorschläge dieser WissenschaftlerInnen verfehlen den Sinn von Friedensforschung.

II.

Erstmals nach 1945 sollen deutsche Soldaten weltweit an Kriegen teilnehmen dürfen: Spätestens mit dem logistischen Einsatz von Bodentruppen der Bundeswehr in Somalia ist die Grenze zu Kampfeinsätzen „out of area" de facto überschritten. Mit einer Politik des gezielten aber wohldosierten Verfassungsbruches, unter dem Vorwand humanitärer Notwendigkeiten im Dienste an Kriegsopfern, ist es der Bundesregierung gelungen, unter der Schwelle einer Grundgesetzänderung gleichsam hindurchzukriechen: Eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag bräuchte nur noch die Fakten zu ratifizieren, die die Bonner Koalition geschaffen hat, um der Bundesrepublik auch formal die machtpolitische Option internationaler Militäreinsätze zu verschaffen.

Gewiß gibt es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung noch Unterschiede: Während die Unionsparteien eine allgemeine Legitimation für Kriegseinsätze der Bundes-

wehr in jeder erdenklichen Bündniskonstellation anstreben, beschränken sich die meisten sozialdemokratischen Aspirationen einstweilen auf den Rahmen der Vereinten Nationen. (Die Halbwertzeit der Überzeugungen von SPD-PolitikerInnen ist leider nicht prognosefähig.) Doch nicht auf die ohnehin dynamischen Differenzen wollen wir uns in diesem Text konzentrieren, sondern auf deren Konvergenzpunkt: die grundsätzliche Zustimmung zu Einsätzen der Bundeswehr „out of area".

An dem Vorgang des erfolgreichen Aufscheuerns außenpolitischer Fesseln erstaunt und erschreckt uns nicht zuletzt die fast vollständige Abwesenheit einer vernehmbaren Opposition. Obwohl die interessenpolitisch wohlkalkulierte Selbstbindung der BRD in den noch frischen Erfahrungen mit großdeutscher Expansions- und Vernichtungspolitik gut und hinreichend begründet war; obwohl die BRD auch unter funktionalen Gesichtspunkten mit ihrer Rolle als mittelmächtiger Handelsstaat erfolgreich gefahren ist und nicht nur die Fußball-, sondern auch die Exportweltmeisterschaft errungen hat; obwohl sogar in der traditionell militaristisch geneigten deutschen Bevölkerung vielversprechende Ansätze zu einem „Zivilisierungsprozeß", zu einer Verinnerlichung des Verzichts auf militärische „Machtprojektion", zu verzeichnen waren, provozierte der von der politischen und militärischen Führung herbeigeführte Bruch mit dieser Nachkriegstradition keinen massenwirksamen Widerstand, keine Demonstrationen von Hunderttausenden, nicht einmal nennenswerte publizistische Proteste.

Eine Ursache dafür erblicken wir in der Bereitschaft vieler ehemaliger ParteigängerInnen der Friedensbewegung und bekannter Friedensforscher, Einsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes *im Grundsatz* zuzustimmen und sich nur in vergleichsweise nebensächlichen Fragen verfassungsrechtlicher, parlamentarisch-prozeduraler und UN-formalistischer Art oppositionell zu profilieren. Insbesondere manövrierte die Konzentration von Teilen der Friedensbewegung auf die *Verfassungsverträglichkeit* weltweiter Militäreinsätze die antimilitaristische Argumentation in eine unnötige Abhängigkeit von den Urteilen der rotgewandeten Richter in Karlsruhe und lenkte von der politischen Brisanz der Angelegenheit eher ab.

III.

Für die Bereitschaft „kritischer" Menschen, sich von der Bundesregierung die Richtung und die Perspektiven einer unheilvollen Diskussion vorgeben zu lassen, sehen wir vor allem zwei Gründe: den diskreten Charme der Vereinten Nationen (a) und das Entsetzen angesichts unfaßbarer Bürgerkriegsbrutalitäten im ehemaligen Jugoslawien und in Somalia (b). Mit beiden Motiven wollen wir uns im folgenden befassen.

(a) Die Hoffnung auf eine Durchsetzung und Stärkung von „Systemen kollektiver Sicherheit" gründet tief in der philosophischen Tradition der Aufklärung. Das derzeit einzige System dieser Art bilden die Vereinten Nationen, die bei aller Kritik häufig als Keimzelle einer besseren, rechtsförmig „befriedeten" Weltordnung angesehen werden. Unabhängig von konkreteren Zwecken halten viele Menschen, die an einer Überwindung des „Naturzustandes" in der Staatenwelt interessiert sind, eine Stärkung der UNO für ein sinnvolles Ziel, dem sich gerade die Bundesrepublik nicht verweigern dürfe.

Eine offen interessenzentrierte Begründung außenpolitischer Militarisierungsbestrebungen, wie sie die Führung der Bundeswehr in dem berühmten Stoltenberg-Papier vom Januar '92 und in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" vom November letzten Jahres gibt, stößt selbstverständlich auf die einhellige Ablehnung der Linken und Linksliberalen: Zu offensichtlich ist der partikulare Zweck. Eine universalistische Rechtfertigung der gleichen Absichten, beglaubigt durch die Charta der Vereinten Nationen, war jedoch geeignet, FriedensforscherInnen und Bürgerbewegte zu betören. Dieselbe Bundeswehr, der in dem Stoltenberg-Papier indirekt die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" als zukünftige Aufgabe anempfohlen wird, soll für das Gute und gegen das Böse in der Welt schlechterdings überall ihre Waffen gebrauchen können — und um sicherzugehen, daß die Zwecke auch wirklich gut sind, sollen einzig die Vereinten Nationen über die Legitimität solcher Einsätze befinden dürfen.

Freilich handelt es sich um kritische Freunde der Weltorganisation. Daher fehlt in kaum einem Plädoyer für eine Bundeswehr-Beteiligung an UNO-Einsätzen eine Fußnote zur Reformbedürftigkeit dieser Dachorganisation der Staatenwelt. So berechtigt dieses Anliegen für sich genommen ist: Im Zusammenhang mit der out-of-area-Debatte kommt ihm die mögliche Funktion zu, Skeptikern, die von einer unparteilichen Rolle der Vereinten Nationen in der neuen Weltordnung aus guten Gründen nicht einfachhin überzeugt sind, den Absprung ins Lager der Interventionsbefürworter zu erleichtern. Doch nicht die Vorbehalte zählen in der gegenwärtigen Diskussion, sondern allein die Haltung zu „out of area"-Einsätzen der Bundeswehr. Denn während die Reform der UNO allenfalls als *langfristiges* Projekt mit unbekannten realpolitischen Adressaten eine Rolle spielen könnte, werden die Weichen für weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr *jetzt* gestellt.

Nicht besser ist es bei näherem Hinsehen um die Einschränkung von Bundeswehr-Einsätzen auf *Blauhelme* bestellt. Blauhelme haben — teilweise zu Recht — bislang einen guten Ruf, den sich die Freunde grenzenloser Militäreinsätze zunutze machen. Sie können sich dabei auf die *Unklarheiten in der Konzeption solcher Einheiten* stützen. Weil „peace-keeping-Missionen" in der Charta der Vereinten Nationen nicht erwähnt sind, basiert ihre Ausgestaltung allein auf Gewohnheitsrecht. Deeskalierend können Blauhelme nur wirken, wenn ihr Einsatz auf einer Übereinstimmung aller beteiligten Parteien beruht und wenn die Soldaten ausschließlich zur Selbstverteidigung bewaffnet sind. Dieser restriktive Rahmen ist beispielsweise im ehemaligen Jugoslawien und in Kambodscha mehrfach überschritten worden. Die Trennlinie zwischen „friedenserhaltenden" und „friedenserzwingenden" Militäraktionen der Weltorganisation ist also nicht so klar gezogen, wie viele BefürworterInnen von Blauhelm-Einsätzen der Bundeswehr suggerieren. Die Fürsprecher einer Beteiligung der deutschen Armee auch an Kampfeinsätzen machen sich diese konzeptionelle und praktische Unschärfe zunutze. Anstatt jedoch die Grenze zwischen „peacekeeping"-Einsätzen und regelrechten Kriegen vollends einzureißen, was nicht zuletzt die sinnvollen Deeskalationsleistungen der Blauhelme zusätzlich erschweren würde, wäre es vernünftiger, deren Einsätze *im restriktivsten Sinne* in der UN-Charta zu verankern.

Selbst dann wäre jedoch eine Beteiligung von *Soldaten der Bundeswehr* an „friedenserhaltenden" UN-Missionen nicht notwendig. Dagegen sprechen unseres Erachtens zwei Gründe: Erstens stünde im Falle einer Beteiligung von Großmacht-Verbänden die deeskalierende Wirkung von Blauhelm-Einsätzen in Frage — und die Bundesrepublik ist de facto eine Großmacht, deren Soldaten

ami

Abonniert die

ami steht für antimilitarismus information. Seit 1971.

FriedensarbeiterInnen brauchen für ihr Engagement aktuelle Informationen über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich von Krieg und Frieden. Wir brauchen dringend neue AbonnentInnen und Spenden, um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Darum: Schauen Sie 'mal bei uns rein Vielleicht sind wir die Informationsquelle, die Sie brauchen.

Wir berichten monatlich über:

* Daten und Fakten zu Rüstung und Frieden
* Friedensforschung und Literatur
* Aktionen/ Debatten der Friedensbewegung

Aktuelle Themenhefte:

* Kriegsursachen
* Bundeswehr: Eine Armee rüstet um
* Militärische Interventionen
* Gibt es noch die Friedensforschung
* Nationalismus
* Die Neue Weltordnung
* Militarismus und Antimilitarismus

Themenheft: 4,50 DM (+ Porto)
Jahresabo: 40,- DM

Neu: Schnupperabo für 10,- DM! (2 Monatshefte / 1 Themenheft) Gegen Vorkasse.

antimilitarismus information
ami-Verlag, Eißholzstr. 11, 10781 Berlin, 030/2151035
(Spenden-)Konto: 32 72 66-607, Postgiroamt Frankfurt/M (BLZ 500 100 60)

NEU
im August

Katrin Fuchs
Peter von Oertzen
Ludger Volmer (Hrsg.)

Zieht die Linke in den Krieg?

Beiträge zur Debatte um Kampfeinsätze aus rot-grüner Sicht

Mit Beiträgen von:
Egon Bahr (Hamburg), Wolfgang Biermann (Bonn), Ewald Böhlke (Berlin), Katrin Fuchs (Verl), Thomas Fues (Bad Münstereifel), Conrad Gilges (Köln), Peter Glotz (Bonn), Horst Grabert (Berlin), Arthur Heinrich (Bonn), Jochen Hippler (Köln), Frank Kupper (Berlin), Helmut Lippelt (Hannover), Dieter S. Lutz (Hamburg), Wolf Dieter Narr (Berlin), Joachim Schuster (Bremen), Albert Statz (Hannover), Uwe Stehr (Bonn), Ludger Volmer (Bonn), Andreas Wehr (Berlin),Frieder O. Wolf (Berlin).

Ich bestelle direkt beim spw-Verlag, Kieler Str. 13, 51065 Köln:

. . . . Exemplare von "Zieht die Linke in den Krieg?" zum Subskriptionspreis von DM 19,00 (bis 15.9.1993) bzw. zum Buchhandelspreis von DM 25,00.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort
(bitte die ab 01.07.1993 gültige Postleitzahl angeben)

Datum, Unterschrift

aus historischen Gründen ohnehin in weiten Teilen der Welt nicht gerade als Friedensbringer begrüßt werden dürften. Zweitens halten wir es für erforderlich, perspektivisch die Umsetzung von UN-Mandaten durch Angehörige von nationalen Armeen oder Militärbündnissen auszuschließen.

Zum einen nämlich besteht bei einer Beteiligung nationaler Einheiten immer die Gefahr einer eskalationsträchtigen Vermengung staatlicher Machtpolitik mit überstaatlichen Angelegenheiten. Zum anderen halten wir es unter friedenspolitischen Gesichtspunkten für kontraproduktiv, wenn sich Armeen unter dem Deckmantel der Weltorganisation neues Ansehen und scheinbare Legitimationen für ihren Fortbestand verschaffen. Vordringlich wäre ganz im Gegenteil *die Delegitimierung jeglicher militärischer Machtpolitik von Staaten und Bündnissen*. Das ist kein Plädoyer für einen Gewaltmonopolisten UN als Ziel der Geschichte. Doch auch die unseres Erachtens notwendige Orientierung an der Perspektive einer waffenlosen Welt sollte uns nicht daran hindern, aus derzeit akuten Gefahren und Mißständen Schlußfolgerungen für Zwischenschritte zu ziehen. Während die (Negativ)Utopie eines Weltstaates bislang nur durch recht abstrakte Gedankengänge geistert, sind kriegführende Einzelstaaten und Allianzen ein aktuelles Übel, an dessen rascher Überwindung das Leben von Millionen hängt. Im Lichte dieser Überlegungen könnte der Vorschlag von Dieter Deiseroth in der Friedensbewegung vertreten werden, Blauhelme direkt der UN zu unterstellen und von militärischen Einheiten der Staaten strikt zu trennen. Nicht die Frage, ob Einzelpersonen deutscher Staatsangehörigkeit blaue Helme aufsetzen dürfen, ist entscheidend, sondern die Problematik, ob dies *Angehörige der Bundeswehr* sein dürfen.

Dies würde, nebenbei bemerkt, auch einem beliebten „Argument" gegen eine internationale „Kriegsdienstverweigerung" die ohnehin fragile Spitze abbrechen. Gemeint ist der Vorwurf der „Drückebergerei", den sich angeblich die BRD einhandeln würde, wenn sie ihre Tradition als „Zivilmacht" fortschriebe. Der Denkfehler in dieser „Befürchtung" besteht in der Übertragung eines Vorwurfes — der Feigheit oder der egoistischen Zurückhaltung auf Kosten anderer — von Einzelpersonen auf Staaten, von individuellen auf kollektive Akteure (wenn wir die dubiose Herkunft dieses Vorwurfes aus dem Einstellungsfundus der Militärs einmal außer acht lassen). Tatsächlich sind es ja im seltensten Falle dieselben Menschen, die die mutige Übernahme von „Verantwortung" einfordern und die dafür ihren Arsch ins Feuer halten würden.

(b) Im Falle des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien ist (fast) allen politischen Akteuren bewußt, daß deutsche Truppen auf dem Balkan nur unnötig polarisierend und eskalierend wirken würden. Trotzdem wird von offizieller (deutscher) Seite so getan, als ob das Wohl der Menschen in Bosnien-Herzegowina auch von der Bereitschaft Deutschlands abhinge, sich an einer möglichen Interventionstruppe im ehemaligen Jugoslawien zu beteiligen. Unabhängig davon, ob und in welcher Form eine Intervention dazu beitragen würde, das Leid der Menschen in Bosnien zu vermindern, gilt, daß die Diskussion über eine *deutsche* Beteiligung an einer internationalen Kampftruppe dort nicht nur unnötig, sondern heuchlerisch ist. Dies hat sogar der wg. Spätgeburt Begnadete zugegeben, als er deutsche Bodentruppen in Bosnien kategorisch ausschloß.

Es darf daher vermutet werden, daß die Diskussion um eine deutsche militärische Intervention in Ex-Jugoslawien, zumindest von einem bestimmenden Teil der an ihr Beteiligten, aus ganz anderen Gründen geführt wird: das Drama des Bürgerkrieges in Bosnien wird bewußt genutzt, um die öffentliche Akzeptanz für eine Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr zu schaffen. Das unendliche Leid der Bevölkerung in Bosnien, das tagtäglich live und in Farbe in die Wohnzimmer der deutschen Öffentlichkeit transportiert wird, weckt selbstverständlich das (zunächst diffuse) Bedürfnis, daß *irgendetwas* getan werden muß, um dieses Leid, wenn schon nicht zu stoppen, so doch wenigstens zu vermindern.

„Krieg dem Krieg" lautet die Antwort auf dieses Bedürfnis in der Mehrzahl der deutschen Presse, von FAZ bis taz und in einem scheinbar immer größer werdenden Teil der deutschen Friedensforschung und -bewegung. Und auch die Mehrheit der Deutschen befürwortet inzwischen eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien, allerdings nicht eine deutsche Beteiligung an ihr. Daß viele Menschen in Deutschland, trotz der Vereinfachungsstrategie der Regierung und von Teilen der veröffentlichten Meinung, diese Differenzierung noch machen, läßt hoffen — auch wenn eine Ablehnung deutscher Soldaten auf dem Balkan nicht nur friedenspolitisch motiviert sein dürfte. Trotzdem erklärt diese Stimmung in der Bevölkerung, warum Volker Rühe immer wieder eingestehen muß, daß die Deutschen noch nicht bereit seien für tote Germanenkrieger.

Noch offensichtlicher wird die perfide Taktik der Regierung, das konkrete Leid von Menschen in Kriegssituationen für eine Ausweitung des militärischen Handlungsspielraumes zu instrumentalisieren, am Beispiel des Einsatzes in Somalia. Die Bilder von verhungernden Menschen, während jugendliche Rambos mit Maschinengewehren die Straßen kontrollieren, dienten in der Weihnachtszeit schon zur Rechtfertigung der US-amerikanischen Intervention am Horn von Afrika.

Wenn auch mit ziemlicher Verspätung, wollte die Bundesregierung auf dieser Mitleidswelle mitreiten: schnell wurde an der

UN-Resolution zum Somalia-Einsatz noch ein bißchen mitgebastelt, damit sie den deutschen Wünschen auch gerecht wird, und Boutros-Ghali wurden schon im Dezember 1 500 deutsche Blauhelme zugesagt — auch ohne „verfassungsrechtliche Klarstellung". Aber alles sollte die Bundeswehr denn doch nicht machen dürfen: zu humanitär sollte es bitte schön nicht sein (eine deutsche Beteiligung am Entladen und Verteilen der Hilfsgüter im Hafen von Mogadischu wurde von Volker Rühe abgelehnt), zu militärisch auch nicht (nur in „befriedeten" Gebieten sollte der Einsatz stattfinden). Also am besten irgendetwas in der Mitte, z.B. Brunnen bohren und Brücken bauen (humanitär) und Waffen transportieren (natürlich nur zu Selbstverteidigungszwecken, aber immerhin eindeutig militärisch).

Selbst unabhängig von grundsätzlichen Einwänden ist die Mission der Bundeswehr in Somalia sinnlos. Es ginge jetzt darum, die Infrastruktur des Landes wieder aufzubauen, um die materiellen Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Eine Armee, die 40 Jahre lang trainiert hat, Brücken zu zerstören und Brunnen zu vergiften, mit diesen Aufgaben zu betreuen, ist zumindest zum jetzigen Zeitpunkt abstrus.

Im Falle Somalia wie im Fall des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, sehen wir uns mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: wir können uns zwar mit den offiziell deklarierten Zielen einer (möglichen) militärischen Intervention identifizieren, lehnen aber das Mittel des Militärs ab. Wir setzen unsere Hoffnung weiterhin auf zivile Alternativen (auch wenn diese zugegebenermaßen nicht auf allen Eskalationsstufen greifen), obwohl in der gegenwärtigen Diskussion militärische Allmachtsphantasien dominierend zu sein scheinen. Zugleich wollen wir die Frage einer *deutschen* Beteiligung an Interventionen getrennt von der *prinzipiellen* Sinnhaftigkeit eines militärischen „Engagements" diskutieren.

IV.

In der sicherheitspolitischen Diskussion der NATO-Staaten erkennen wir die verhängnisvolle Tendenz, den Begriff der „Sicherheit" auf immer mehr Gebiete auszudehnen, von wirtschaftlicher Stabilität über Drogen bis zur Umweltzerstörung. Da „Sicherheit" ein machtpolitisch konnotiertes Wort ist, legt diese Redeweise eine militärische Lösbarkeit der damit bezeichneten Probleme nahe. Dies entspricht der Absicht der Regierung Kohl, der Bundeswehr neue, teilweise attraktiv klingende und für kritische Menschen akzeptabel erscheinende Aufgaben zuzuschreiben. Doch wer die Bundeswehr selbst für den Umweltschutz zuständig erklärt, trägt zur Militarisierung von Problemfeldern bei, die alles mögliche erfordern, nur keine kriegerische Einmischung.

Wir plädieren für das gegenteilige Vorgehen. Dem Instrument Bundeswehr sprechen wir die Tauglichkeit zur Lösung realer Probleme generell ab, und die einzige Aufgabe, auf die die Bundeswehr bislang spezialisiert gewesen sein soll, die Landesverteidigung, ist mangels Bedrohung kein reales Problem. Daher sehen wir keine Veranlassung, die friedensbewegte Forderung nach einer *Bundesrepublik ohne Armee* (BoA) fallenzulassen.

Was die übrigen Krisen betrifft, so sehen wir sinnvolle Antworten nicht in einer Expansion von Begriff und Politik der Sicherheit, sondern eher in einer *Außenpolitik der Selbstbeschränkung*. Dieses von dem grünen Politiker Albert Statz entwickelte Konzept (siehe ami 10/89, Y-67) ist attraktiv, weil es die Ablehnung militärisch akzentuierter Machtpolitik einbettet in eine Kritik rücksichtslos-expansiver Politikformen im allgemeinen. Dies schließt eine kritische Überprüfung der bisherigen bundesdeutschen Rolle als Zivilmacht ein, weil die Außenpolitik der Bundesrepublik zwar ohne das Mittel der Kriegführung auskam, jedoch vor allem der flankierenden Durchsetzung einer aggressiven, einseitig exportorientierten Wirtschaftspolitik diente. Ökonomische Zwangsmittel, wie sie beispielsweise in Umschuldungsverhandlungen Verwendung finden, rufen jedoch nicht selten ebenso verheerende Folgen hervor wie militärische Methoden der Zerstörung und Vernichtung.

Eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung setzt insofern nicht bei den *Symptomen* eines unfriedlichen Weltsystems an, sondern bei den Ursachen, als sie die Abwendung auch von nichtkriegerischen Mitteln imperialistischer Expansion und Übervorteilung vorsieht. Sie erforderte nicht nur einen völligen Verzicht auf Rüstungsexporte, sondern auch die Abkehr von einer verschwenderischen Weise der Herstellung und des Verbrauchs von Gütern, die ohne die international krisenverschärfende Erzielung von komparativen Exportvorteilen und ohne die Externalisierung von „Störfaktoren" (Müll, Arbeitslosigkeit, etc.) nicht zu halten wäre. Hingegen bliebe eine Politik, die sich auf die Möglichkeit militärischer Interventionen verließe, in einem Teufelskreis befangen: Die kapitalistischen Industrienationen wären immer wieder versucht, gegen die Konsequenzen ihrer eigenen Reproduktionsweisen und außenpolitischen Durchsetzungsstrategien zu intervenieren.

Unser Plädoyer lautet also nicht: „Weil die BRD so reich ist, hat sie eine besondere Verantwortung für das Wohlergehen anderer". Umgekehrt müßte eine wirkliche Friedenspolitik die internationalen Voraussetzungen und Folgewirkungen des hier angehäuften Reichtums in Betracht ziehen. Eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung ginge gerade nicht von einer speziellen deutschen „Verantwortung" aus, mit einer Ausnahme: auf die krisenauslösenden und kriegsverursachenden Aspekte der bisherigen deutschen „Selbstbehauptung" in der globalen Konkurrenz zu verzichten. Während das Argument einer besonderen deutschen Mission selbst dann nationalistische Züge trägt, wenn es in humanitärer Absicht vorgebracht wird, bedeutete Selbstbeschränkung die Absage an das wesentliche Merkmal nationalistischer Politik: die Bereitschaft, die Interessen des „eigenen" Staates und des eigenen Landes (seiner wirtschaftlichen Einheiten oder bestimmter Teile seiner Bevölkerung) notfalls auf Kosten anderer durchzusetzen.

Das Gerede von der erhöhten „Verantwortung" des größer gewordenen Deutschlands ist entweder hohl oder manipulativ; im zweiten Falle soll es machtpolitische Ambitionen mit der Weihe moralischer Verpflichtung versehen. Von dieser Einschätzung vermag uns auch der gerne vorgeschützte „Druck des Auslandes und des UN-Generalsekretärs" nicht abzubringen. Gesetzt, dieser Druck existiert: So möchten wir alle, die damit argumentieren, an die Situationen erinnern, in denen die Bundesrepublik im Alleingang bestimmte Absichten verwirklicht hat. Daß dies, wie am jüngsten Beispiel der Anerkennungspolitik gegenüber Slowenien, Kroatien und Bosnien ersichtlich, meist mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat, muß nicht heißen, daß sich die BRD nicht zur Abwechslung einmal in sinnvoller Hinsicht „singularisieren" könnte.

Ähnlich wie Japan mit Ausnahme einiger restriktiv definierter Blauhelmkontingente den Vereinten Nationen alle direkt militärischen Beiträge versagt hat, könnte sich die Bundesrepublik zur Kriegsdienstverweigerung in der Neuen Weltordnung entschließen. Auf der Basis des völligen Verzichts auf kriegerische Partizipation an welchen Missionen auch immer wäre dann zu diskutieren, in welcher Weise sich unser Land für die Prävention und die Auflösung von Konflikten in anderen Weltgegenden einsetzen könnte. Dazu wäre mit Sicherheit mehr erforderlich als eine Aufstockung der (in ihrer heutigen Form ohnehin problematischen) Entwicklungshilfe. Wie immer es konkret zu füllen wäre: Das Konzept eines *„weltweiten Zivildienstes"* könnte den defensiv akzentuierten Ansatz der Selbstbeschränkung um ein Moment der friedensförderlichen Einmischung ergänzen. Die „Gesinnungskanone Verantwortung" (Ludi Lodovico) möchten wir dafür allerdings nicht rhetorisch in Stellung gebracht wissen: Zu groß wäre die Gefahr der Verwechslung mit einem ganz und gar nicht friedlichen Projekt. ●

(1) HSFK: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung; ISFH: Institut für Sicherheitspolitik und Friedensforschung an der Universität Hamburg; FEST: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. Diese drei Institute geben jährlich ein gemeinsames Friedensgutachten heraus. Seit zwei Jahren haben sie in diesen Bericht ein Plädoyer für Bundeswehreinsätze unter der Hoheit der Vereinten Nationen aufgenommen.

KURT HÜBNER

Strukturveränderung des Kapitalismus und Internationalisierung des Kapitals

Kürzlich wurde auf den Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen über eine in Tokio stattgefundene Konferenz transnationaler Banken berichtet, anläßlich der die *banker community* vor einer weiteren Globalisierung ihrer Geschäftstätigkeiten warnten und als Strategie diskutierten, Deglobalisierungsschritte einzuleiten. Als einer der wichtigsten Gründe für einen solchen Strategiewechsel wurde genannt, daß die vor allem während der siebziger und achtziger Jahre stattgefundene beschleunigte Globalisierung von Geld- und Kredittransaktionen zu weltwirtschaftlichen Instabilitäten beigetragen habe, die auch die privaten Banken in Mitleidenschaft gezogen hätten.

Ähnliche Überlegungen werden von der in Basel ansässigen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) angestellt, die in einer Bewertung der Globalisierungsprozesse des Finanzsektors während der achtziger Jahre zwar grundsätzlich zu einem positiven Urteil gelangt, allerdings auch auf die gravierenden Instabilitätspotentiale verweist, die aus dem hohen Globalisierungstempo resultieren. Das Globalisierungstempo des Finanzsektors während der achtziger Jahre war in der Tat enorm. Mit der im Zuge der neoliberalen Offensive vorangetriebenen Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen und der Lockerung von Niederlassungsbeschränkungen für Geldhandelskapital, die die Bankenindustrien der entwickelten kapitalistischen Länder zu einem steilen Anstieg ihrer Direktinvestitionen in Gestalt von Filialgründungen und Einkäufen in andere nationale Bankenindustrien nutzten, nahmen grenzüberschreitende Finanztransaktionen rapide zu. So hat sich beispielsweise der Anteil des Volumens grenzüberschreitender Anleihe- und Aktientransaktionen am Bruttoinlandsprodukt der USA von 2,8 vH im Jahr 1970 über 9,3 vH im Jahr 1980 auf 92,5 vH im Jahr 1990 ausgeweitet. Noch extremer stellt sich die Entwicklung in Japan dar. Dort stieg die Relation solcher Transaktionen gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt von 7,0 vH im Jahr 1980 auf 118,6 vH im Jahr 1990 an. Und auch in der Bundesrepublik verzeichneten die Geschäfte der Finanzintermediäre mit grenzüberschreitenden Anleihe- und Aktientransaktionen einen steilen Anstieg, von bescheidenen 7,5 vH am BIP im Jahr 1980 auf immerhin 57,5 vH im Jahr 1990.

Niederschlag findet dieses Wachstum in einem Anstieg der Wertschöpfung des Finanzgewerbes sowie in der Zunahme der Beschäftigung dieses Sektors gegenüber der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung. Sieht man einmal von Ausnahmen traditioneller internationaler Bankenplätze wie Großbritannien, der Schweiz oder auch Luxemburg ab, dann bewegt sich der Wertschöpfungs- wie auch der Beschäftigtenanteil des Finanzgewerbes in den entwikkelten kapitalistischen Ländern zwar noch auf dem durchschnittlichen Niveau des Agrarsektors. Während freilich dieser Sektor einer kontinuierlichen Schrumpfung ausgesetzt ist, hat der Finanzsektor durchgängig ein Wachstum zu verzeichnen. Dies gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, daß während der achtziger Jahre der private Nicht-Banken-Sektor, insbesondere die auf den globalen Märkten aktiven transnationalen Konzerne, selbst große Finanzabteilungen aufgebaut hat, in denen eine wachsende Zahl von Beschäftigten komplexe Währungs- und Zinsrisikoabsicherungsgeschäfte sowie Portfoliomanagement betreiben. Keine Frage: Das Gesicht des Kapitalismus hat neue Züge gewonnen. Die Auswirkungen dieser Strukturveränderung auf die Reproduktionsdynamik allerdings ist umstritten.

Was sich im Laufe der siebziger Jahre mit dem schnellen Wachstum von Eurodevisengeschäften, deren Volumina sich mit jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten von 20 vH von den jährlichen Umsätzen des Welthandels abkoppelten, bereits andeutete, nahm während der achtziger Jahre weiter Gestalt an. Herausgebildet hat sich während dieses Zeitraums ein *monetärer Weltmarkt*, der nur noch mittelbar mit den Weltmärkten für Waren- und für produktives Kapital (vom Weltmarkt für Arbeitskraft zu schweigen) zusammenhängt. In den — nicht ohne Bewunderung formulierten — Worten von Paul Kennedy: „Der tatsächliche physische Kontakt mit Geldnoten scheint — außer für Schwarzmarkt- und Drogenhändler — schnell redundant zu werden. Papierfluten sind durch elektronische Transaktionen rund um die Uhr ersetzt worden. Sie werden von einem Kapitalmarkt übernommen, wenn ein anderer für die Nacht schließt. Von einer bedeutenden Börse zur anderen - Tokio, Hongkong und Singapur, Frankfurt und Zürich, New York, Chicago und Toronto — läuft der Handel mit Yen-Futures oder mit General Motors-Aktien 24 Stunden am Tag und schafft einen einzigen großen Markt. Der tägliche Geldumschlag beträgt bis zu 900 *Milliarden* Dollar und geht bei weitem über die Summen hinaus, die auf internationaler Ebene für den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen aufgewandt werden. In den späten 1980ern hatten in der Tat 90 Prozent dieses Handels an den Börsen der Welt nichts mehr mit dem realen Warenfluß zu tun“.

Der Globalisierungs- und Segmentierungs-

AK 68526/99A8

prozeß bedarf freilich einer historischen Relativierung. Es ist unbestritten, daß nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Internationalisierungsschub des Kapitals erfolgte. Schematisch läßt sich diese Internationalisierung als eine Abfolge beschreiben: In den fünfziger Jahren erfolgte eine Internationalisierung des Warenkapitals, die in den sechziger Jahren ergänzt wurde durch eine Internationalisierung des produktiven Kapitals sowie des variablen Kapitals; in den siebziger und während der achtziger Jahre dominierte die Internationalisierung des zinstragenden Kapitals. Das historische Bild einer beschleunigten Globalisierung des Kapitals gewinnt ihren Einfluß insbesondere durch das schnelle Wachstum des internationalen Handels.

Eindrucksvoll sind die Daten von Maddison: Während der Welthandel zwischen 1913 und 1950 um jahresdurchschnittlich 0,5 % anstieg, betrug die Wachstumsrate im Zeitraum 1950/73 9,4 %, um dann zwischen 1973 und 1984 auf jahresdurchschnittlich 3,6 % abzusinken. In den gleichen Zeiträumen stieg das BIP in den in dieser Analyse zugrundegelegten 32 Industrieländern um jahresdurchschnittlich 1,9 bzw. 5,1 bzw. 2,1 %. D.h. 1950/73 und 1973/84 überstieg das Wachstum des Welthandels die BIP-Raten bei weitem. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich an diesem Bild grundsätzlich nichts geändert, allein die Wachstumsdifferenz ist kleiner geworden. Faßt man den Betrachtungszeitraum etwas weiter, dann wird dieses eindrucksvolle Bild allerdings etwas relativiert: Bereits zwischen 1840 und 1913 stieg der Anteil des Außenhandels zum BIP in den entwickelten Ländern steil an, um dann zwischen 1913 und 1950 steil abzufallen. Erst zu Beginn der siebziger Jahre wurde wieder der Internationalisierungsgrad von 1913 übertroffen. Die Beschleunigung des internationalen Handels nach 1950 hat mithin wesentlich den Effekt gehabt, den Internationalisierungsgrad des Warenhandels wieder auf den Stand von vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu bringen. Diese „Normalisierung" gilt es freilich zu revidieren, wenn die Entwicklung der anderen funktionellen Kapitalformen in Rechnung gestellt wird.

Tatsächlich machen die Internationalisierung des produktiven Kapitals, vor allem aber die Internationalisierung des zinstragenden Kapitals den eigentlichen Kern der Redeweise von der globalen kapitalistischen Ökonomie aus. Sowohl der Weltmarkt für Produktionsstandorte als auch der monetäre Weltmarkt sind heute quantitativ größer als zuvor in der Geschichte des Kapitalismus. Nur am Rande sei angemerkt, daß beide Formen der Internationalisierung keine prinzipiellen neuen Charakteristika der kapitalistischen Entwicklung sind. Direktinvestitionen und internationale Geld- und Kreditoperationen gehören, wie Fernand Braudel eindrucksvoll gezeigt hat, von Beginn an zum Bild des Kapitalismus. So hatte beispielsweise das Bankhaus Rothschild im Jahre 1900 Filialen in London, Paris, Wien und Frankfurt, deren Operationen transnational abgestimmt wurden. Internationale ökonomische Bewegungen waren sowohl Geburtshelfer als auch ständige Begleiter der kapitalistischen Formation.

Ließen sich sowohl die Globalisierung als auch das schiere Größenwachstum der Finanztransaktionen während der siebziger Jahre noch in erster Linie auf gravierende Veränderungen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und supranationaler Institutionen interpretieren, so ist diese Interpretationsfolie mittlerweile zu ergänzen und zu modifizieren. Zunächst zu den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. An erster Stelle zu nennen ist die Aufhebung des Fixkurssystems und der hegemonialen Leitwährungsrolle des US-Dollars im Zuge des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems zu Beginn der siebziger Jahre, die die Prozesse der Internationalisierung nachhaltig beeinflußt haben. An ihre Stelle getreten ist ein Multiwährungsstandard, dessen oligopolistische Struktur andere Formen der Internationalisierung zinstragenden Kapitals und ein hohes Maß an Instabilitäten generiert.

Die Internationalisierung des Geld- und Kreditkapitals im Rahmen eines Multiwährungsstandards unterscheidet sich von der des Gold-Dollar-Standards der Bretton Woods-Ära und auch von der des Goldstandards der Zwischenkriegszeit. Alle drei Fälle zeichnen sich durch unterschiedliche Regeln, Prinzipien und Normen aus (z.B. fixe Wechselkurse mit Interventionspflichten der Notenbanken vs. flexible Wechselkurse ohne Interventionspflichten), die man als unterschiedliche monetäre Regime fassen kann. Insbesondere die Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten eines Landes verläuft in diesen Regimes sehr unterschiedlich. Im heute in der globalen Ökonomie dominanten Flexkursregime dominieren private gegenüber öffentlichen oder supranationalen Geld- und Finanztransaktionen, und zwar sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Wurden bis zu den siebziger Jahren die Wechselkursrisiken privater Unternehmen durch die regelgebundenen Interventionen nationaler Zentralbanken minimiert und gleichsam durch den Staat übernommen, so wurde es im Rahmen des Flexkursregimes für die Unternehmen plötzlich notwendig, sich eigenständig gegen die täglichen Kursschwankungen abzusichern. Das internationalen Transaktionen immanente Wechselkursrisiko wurde mithin von den nationalen Zentralbanken auf die privaten Akteure übertragen. Eine direkte Folge dieser Risikoprivatisierung war eine enorme Ausweitung von Sekundärmärkten in Gestalt von Devisenmarkttermingeschäften, bei denen Kassa- und Termingeschäfte miteinander kombiniert werden, um sich so gegen zukünftige Wertschwankungen bereits heute feststehender Erlöse aus produktiven Operationen abzusichern.

Die privaten Ströme des monetären Weltmarktes unterliegen einer anderen Logik als die Ströme öffentlicher oder supranationaler Institutionen, nämlich der der Verwertung des Werts. Das internationale Geldhandelskapital in Gestalt der globalen Industrie von Banken und anderen Finanzintermediären bezieht seinen Gewinn aus den Geschäften der Aufnahme und des Verleihs von Geld. Gehandelt wird mit Geldkapital, das sich zum einen reflexiv auf sich selbst bezieht und zum anderen auf das industrielle Kapital bezogen ist, mit dessen Profit der Zins in einem Verhältnis von Konkurrenz und Komplement steht. Dies kann dazu führen, daß einzelne Länder oder ganze Länderblöcke vom durch das globale Geldhandelskapital gesteuerten internationalen Kapitalzufluß abgeschnitten werden — so wie etwa heute breite Bereiche in Lateinamerika, Afrika und auch Osteuropa: In all diesen Fällen, die sich durch Überschuldung und durch hohe Schuldendienstquoten auszeichnen, schätzen die privaten Banken die Risiken einer Neukreditvergabe so hoch ein, daß sie nur ausnahmsweise und dann auch nur in Verbindung mit Risikoaufschlägen (spread) bereit sind, neue Kredite zu vergeben.

Die Herausbildung des monetären Weltmarkts ist nicht allein veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auf die die privaten wie die staatlichen Akteure auf ihre Weise reagiert haben, geschuldet. Er ist, zum zweiten, genauso das Produkt des neoliberalen Politikprojekts, das seit den späten siebziger Jahren — in verschiedenen Ausprägungen — in den Zentren und den entwickelten Rändern des Weltkapitalismus in Angriff genommen wurde. Auf weltwirtschaftlicher Ebene war für dieses Projekt eine Politik der *Deregulierung* bestimmend, als deren Folge den transnational agierenden ökonomischen Einheiten ein breites Feld von *market opportunities* eröffnet wurde. *Finance engeneering* und *Finanzinnovationen* bestimmen in dieser neu geschaffenen Welt weitgehend regulierungsfreier Markttransaktionen die Entwicklung. Zinsoptionen und Zinsfutures, Währungsoptionen und Währungsfutures, Aktienindexoptionen, Zins- und Währungsswaps wurden kreiert, deren Gesamtvolumen sich von etwa 1 000 Milliarden US-Dollar im Jahr 1986 auf 6 900 Milliarden US-Dollar im Jahr 1991 ausweitete. Asset swaps, Aussie Bonds, back-up facilities, cylinder options, currency warrants, floater, margin calls und andere Kunstwörter aus der *broker world* wurden im Laufe der achtziger Jahre zu Symbolen einer aufsteigenden *Rentier-Ökonomie*, die nicht nur Keynes als abgeschrieben und überholt abgetan hatte.

Alle diese Entwicklungen wurden zweifelsohne durch die rapiden Fortschritte der

AK 685 61 93 A8

Informationstechnologie ermöglicht, die die Überwindung von Zeit und Raum gleichsam in Echtzeit ins Werk setzen. Doch stellt die Informationstechnologie nur eine notwendige Bedingung der raschen Expansion des monetären Weltmarktes dar. Die hinreichenden Bedingungen sind in der ökonomischen Kernstruktur des globalen Kapitalismus und deren Veränderung zu suchen. Drei Momente sind zu diskutieren. Zum *ersten* die Ausweitung der Verschuldung der privaten Haushalte und des privaten Unternehmenssektors. In Ländern wie Japan, den USA, Frankreich, Großbritannien und Schweden etwa nahm die Verschuldung der privaten Haushalte im Verhältnis zum verfügbaren Haushaltseinkommen während der achtziger Jahre enorm zu. In Großbritannien beispielsweise überstiegen — nicht zuletzt infolge drastischer Reallohnsenkungen, hoher struktureller Arbeitslosigkeit und einer verfehlten Eigenheimpolitik im Rahmen des populistischen Konzeptes des „Volkskapitalismus" — im Jahr 1990 die Schulden der privaten Haushalte die verfügbaren Einkommen.

In anderen Ländern wiederum ist die Überschuldung vieler privater Haushalte auf einen Überkonsumismus der neuen Mittelschichten zurückzuführen, dessen Attraktivität auch andere Sektoren der Gesellschaft erfaßte. Steile Zuwachsraten der Verschuldung weisen auch die privaten Unternehmenssektoren der entwickelten kapitalistischen Länder auf. Eine Vorrangstellung nimmt dabei der US-amerikanische Unternehmenssektor ein, dessen Zinsverpflichtungen in den achtziger Jahren höher ausfielen als die im gleichen Zeitraum ausgewiesenen Profite aus produktiven Operationen. Diese Überschuldung war zum einen einer rapiden Verschlechterung der Wettbewerbsposition infolge unterlassener Modernisierungen von Produkten und Produktionsprozessen geschuldet. Zum anderen reflektiert sie freilich die im Zuge der *Reagan-Revolution* dominant gewordenen Strategien des *speculative und Ponzi financing*, die sich unter dem Eindruck hoher Realzinsen als Fehlschlag erwiesen. In einzelnen Ländern und Sektoren — wiederum differenziert nach Größenklassen — ging allerdings der Anstieg der (Brutto-)Schuldenquote mit einer Erhöhung der Finanzinvestitionen einher. Insoweit die Realzinsen für Finanzanlagen höher als die durchschnittlichen Profitraten inklusive eines Abschlags auf Kurs- und Währungsschwankungen ausfielen, wurde es auch für das produktive Kapital zu einer attraktiven Option, einen Teil des cash flows zinsbringend anzulegen. Die Verlagerung unternehmerischer Aktivitäten von der Produktion von Waren mittels der Organisation hochproduktiver und wettbewerbsfähiger Produktionsprozesse hin zu Finanztransaktionen sollten sicherlich nicht überbewertet werden. Die Ersetzung längerfristiger Planungs- und Profithorizonte durch kurzfristige Profitorientierungen hat allerdings „ökonomische Mentalitäten" hervorgebracht und befördert, die dem klassischen Typus eines mehrwertproduzierenden Kapitalismus entgegenlaufen.

Wesentlich angefacht wurde das Kreditambiente der achtziger Jahre, *zum zweiten*, durch die nationalen Regierungen, die mit ihren traditionellen Instrumenten der steuerlichen Abschöpfungen ihren Heißhunger nach finanziellen Ressourcen nicht zu stillen vermochten. Die — im Rahmen der marxistischen Steuerstaatdebatte lange prognostizierte — Scherenbewegung von erhöhten Steuerungsanforderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat infolge zunehmender Instabilitäten des ökonomischen Prozesses und verminderter Steuerungsfähigkeit des Staates infolge fiskalischer Ressourcenverknappungen wurde in allen entwickelten kapitalistischen Ländern (und nicht nur dort) durch eine Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme auf in- wie ausländischen Märkten zu schließen versucht. Das Resultat war eine rasante Steigerung der staatlichen Schuldenquote, deren Tempo weit über der Zuwachsrate des Sozialprodukts lag. Die vieldiskutierte Zunahme der Staatsverschuldung in den USA, wo die Bruttoschulden bereits die Hälfte des Sozialprodukts ausmachen und Zinszahlungen zum zweitgrößten Posten des Budgets aufgestiegen sind, markiert nur die Spitze des Eisbergs. Die starke Inanspruchnahme der nationalen wie transnationalen Kreditmärkte trug nicht nur zu einer Verfestigung relativ hoher Zinssätze bei. Vor allem beförderte sie die Innovationsdynamik der transnationalen Bankenindustrie, die immer ausgefeiltere Leihformen entwickelte, mit denen sie Einlegern zur Finanzierung der staatlichen Kreditwünsche verleiten konnte.

Dieser internen Verschuldung aller Sektoren korrespondiert, *zum dritten*, eine Zunahme der Außenverschuldung im Zuge einer Polarisierung des internationalen Zahlungsbilanzzusammenhangs. Grundlegende Verschiebungen in den internationalen Wettbewerbspositionen bei gleichzeitiger Verdichtung der bereits hochintegrierten nationalen Märkte im Zuge einer Vertiefung der intraindustriellen Arbeitsteilung haben eine Vielzahl hoch- wie weniger entwickelter kapitalistischer Länder seit den späten siebziger Jahren in strukturelle Zahlungsbilanzdefizite hineingetrieben. Dem steht eine kleine Zahl von Ländern mit bilateral positiver Zahlungsbilanz sowie der Aufstieg Japans zu einer Ökonomie mit strukturellem Leistungsbilanzüberschuß und Nettogläubigerstatus gegenüber. Es ist daher kein Zufall, daß gerade seit Herausbildung dieser internationalen Konstellation japanische Banken zu bedeutsamen Akteuren auf der Bühne des monetären Weltmarkts wurden. Diese ungleiche Struktur erzeugt nicht nur Unsicherheiten und Risiken im internationalen Handel. Sie generiert vor allem einen extrem hohen Finanzierungsbedarf, der vom global

Nicht zuletzt die Tendenzen einer Selbstreflexivität des monetären Weltmarkts haben kritische Beobachter dazu geführt, vor eruptiven Finanzkrisen zu warnen. Vom schieren Umfang der auf dem monetären Weltmarkt bewegten Volumina oder vom häufig spekulativen Charakter der dort getätigten Operationen auf einen Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft zu schließen, wie dies etwa neudeutsche Zusammenbruchsspezialisten wie Robert Kurz unternehmen, ist allerdings verfehlt. Die von diesem Weltmarktsegment ausgehenden enormen Instabilitätspotentiale resultieren vielmehr in erster Linie aus dem Mißverhältnis von abnehmender Transparenz und steigendem Risiko der finanziellen Transaktionen. Geschäfte mit derivativen Finanzinnovationen wie beispielsweise Options- und Futures-Handel verlaufen nämlich gleichsam außerhalb der publizitätspflichtigen Bankoperationen, und unterliegen damit allein einer betriebs- und einzelwirtschaftlichen Kontroll- und Risikoabsicherungspolitik und nicht etwa — wie notwendig — einer öffentlichen Aufsichtspolitik, die die Gesamtzusammenhänge der sektoralen Aktivitäten in Rechnung zu stellen hat. Fehlkalkulationen einzelner Akteure können unter der Bedingung dieses Regulierungsdefizits und angesichts des enormen Integrationsgrades nationaler wie globaler Segmente des monetären Weltmarktes die Instabilitätspotentiale schnell in faktische Krisenprozesse überführen. Die internationalen Kurseinbrüche der Jahre 1987, 1989 und 1992 haben diese Möglichkeit angezeigt. Sie haben allerdings auch demonstriert, daß den staatlichen Akteuren eine breite Palette wirtschaftspolitischer Instrumente zur Eindämmung der Krisenprozesse zur Verfügung steht. Angesichts der allenthalben konstatierten Überakkumulation von Finanzanlagen im Zuge der beschleunigten Herausbildung des monetären Weltmarktes und der dadurch notwendig werdenden Entwertungsprozesse dürfte dieses Instrumentarium noch bitter benötigt werden. ●

Essay

JOACHIM HIRSCH

Globalisierung des Kapitals, Nationalstaat und die Krise des politischen Universalismus

Am Ende des 20. Jahrhunderts flackern die längst für erledigt gehaltenen Nationalismen wieder auf. Gewalt, Chauvinismus und Rassismus prägen die Realität der „Völkergemeinschaft" immer nachhaltiger. Scheinbar paradoxerweise befindet sich gleichzeitig der moderne Nationalstaat als relativ einheitlicher und geschlossener ökonomischer, sozialer und politischer Raum in Auflösung. Mit ihm steht der historische Zusammenhang zur Disposition, auf den sich die herrschenden Vorstellungen von Politik, Recht und Demokratie bezogen haben und in dem sie sich seit dem 18. Jahrhundert in Europa entwickeln konnten.

Kapitalismus, Nationalstaat und Demokratie

Der Begriff „Nationalstaat" bedarf vorab einer Erläuterung. Er bezieht sich auf die zentralisierten und bürokratisierten Herrschaftsapparate, die nach der Auflösung der ständisch-feudalen europäischen Gesellschaftsordnung die konzentrierte Macht („Gewaltmonopol") über ein definiertes Territorium mit den darin lebenden Menschen errungen haben. In ethnisch-kulturellem Sinne „national" waren diese Staaten höchstens dem Anspruch nach. In der Regel haben sich nicht „Nationen" einen Staat gegeben, sondern die Inhaber staatlicher Gewalt haben — mit oft gewaltsamen Methoden — „Nationalität" als herrschaftslegitimierendes und -stabilisierendes Mittel erst geschaffen. Demnach drückt der Begriff „Nationalstaat" vor allem ein Verhältnis gewaltsamer Aus- und Eingrenzung herrschaftsunterworfener Bevölkerungen aus. Was am Ursprung des Nationalstaats vor allem steht, ist nicht kulturelle Gemeinsamkeit und „Identität", sondern Macht, Gewalt und Herrschaft.

Zwischen der Entstehung des bürgerlichen Staats und der Entfaltung des Kapitalismus besteht zwar kein einfaches Verursachungsverhältnis, aber ein enger Zusammenhang. Der moderne Staat bildet den Rahmen, in dem die herrschende Form der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie erkämpft wurde. Der nach außen abgegrenzte und nach innen zentralistisch kontrollierte geographisch-soziale Raum bildete die Voraussetzung nicht nur für die Entstehung geschlossener und starker kapitalistischer Ökonomien, sondern schuf auch das Terrain, auf dem sich die Kämpfe um Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit entwickeln konnten. Dieses Verhältnis war von erheblichen Widersprüchen geprägt, was sich nicht nur am politisch immer krisenträchtigen Gegensatz von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und demokratischen Prinzipien zeigt. Grundlegende normative Orientierungen — Gleichheit aller Menschen, Rechtsförmigkeit der sozialen Beziehungen, allgemeine Freiheit und die Geltung von Menschenrechten — waren selbst in ihrer höchst unvollständigen und ungleichen Verwirklichung an die staatliche Form gebunden und finden dort bis heute ihre wesentliche Schranke. Jenseits der staatlichen Grenzen blieben sie weitgehend Anspruch, Fiktion und Projektion. Allgemeine Menschenrechte gewannen immer nur soweit Substanz, als sie zu (Staats-) Bürgerrechten wurden.

Das Verhältnis der Staaten untereinander blieb geprägt von kolonialer Abhängigkeit, unmittelbarer physischer Gewaltanwendung und Krieg. Allgegenwärtige Unterdrückung und die Herrschaft der Stärkeren konnten hier institutionell und rechtlich immer nur höchst unvollkommen eingehegt werden. Es bleibt also daran zu erinnern, daß die wie immer tatsächlich gewährleistete Geltung der dem Anspruch nach als universell deklarierten „zivilgesellschaftlichen" oder „westlichen Werte" immer auf eine kleine Zahl entwickelter und ökonomisch wie politisch beherrschender Staaten beschränkt war. Den Menschen in den abhängigen Regionen der sich herausbildenden kapitalistischen Peripherie blieben selbst diese weitgehend verwehrt. Die bestehenden „westlich"-demokratischen, über halbwegs entwickelte Menschenrechtsgarantien verfügenden Gesellschaften beruhen, gerade weil sie sich in der nationalstaatlichen Form konstituiert haben, auf diesen internationalen Ungleichheits-, Abhängigkeits- und Gewaltverhältnissen.

Globalisierung des Kapitalverhältnisses

Dieser Widerspruch gewinnt eine neue Dimension, seit deutlich wird, daß die umwälzende Dynamik des Kapitalismus die herkömmliche Form des „National"-Staats nun auch in seinen Zentren zu sprengen beginnt. Die Anzeichen dafür sind unverkennbar: Die Globalisierung des Kapitals läßt eine kleine Zahl transnationaler Konzerne zu immer bestimmenderen Akteuren des „Weltmarkts" werden; internationale Finanzgruppen haben längst entscheidenden Einfluß auf die Geld- und Währungspolitik und damit eines der wichtigsten Handlungsfelder der Staaten gewonnen; die Umweltzerstörung erreicht Dimensionen, die einzelstaatliche Regelungsmöglichkeiten längst hinter sich gelassen haben und die Internationalisierung der Kommunikations- und Verkehrsnetze macht vor nationalen Grenzen schon lange nicht mehr halt: Waren werden in weltweiter „Arbeitsteilung" hergestellt, Pophits und TV-Serien für den globalen Markt produziert und der statistisch gemessene zwischenstaatliche Handel besteht zu einem großen Teil aus unternehmensinternen Lieferungen multinationaler Konzerne. Diese Dynamik ist es vor allem, die die Landkarte in immer größerem Tempo verändert: Imperien und Staaten brechen auseinander und ihre Bestandteile versuchen zugleich, sich in neue Kooperations- und Abhängigkeitszusammenhänge einzuordnen. Osteuropa und der Balkan sind die im Moment herausragendsten Beispiele dafür.

Dies zeigt, daß der Nationalstaat keineswegs tot ist. Aber seine

Form und seine Bedeutung verändern sich rapide und deshalb ist es notwendig, die mit ihm verbundenen politischen und normativen Konzepte zu überprüfen. Was heute Demokratie, Gleichheit, Recht und die Geltung universaler Prinzipien heißen kann, bestimmt sich nach völlig anderen Bedingungen als zu der Zeit, als sie sich historisch entwickelt haben. Erstaunlich ist allerdings, wie wenig dies bislang ins öffentliche Bewußtsein gerückt ist. Jenseits aller ideologischen Differenzen haben die politischen Diskussionen gemeinsam, daß sie an der Fiktion des überkommenen Nationalstaats recht unbeirrt festhalten. Die bundesdeutsche „Zivilgesellschafts"-Debatte war dafür beispielhaft. Diese Fixierung hat ihre Entsprechung in den ebenso geläufigen wie haltlosen Spekulationen über Notwendigkeit und Möglichkeit einer politischen „Völkergemeinschaft" oder eines umfassenden „Weltstaats". Nicht nur die historische Erfahrung, sondern auch gewichtige theoretische Gründe legen die Annahme nahe, daß das Konzept eines übergreifenden Weltstaats in einem grundlegenden Gegensatz zu dem kapitalistischen Produktionsverhältnis steht, das sich derzeit rasant ausbreitet.

Was ist unter Erosion des Nationalstaats zu verstehen? Zunächst einmal haben die Strukturveränderungen des globalen Kapitalismus die wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionsspielräume aller, selbst der großen und mächtigen Staaten drastisch beschnitten. Die Liberalisierung des Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs unterwirft diese der Dynamik des Weltmarkts und den transnationalen Konzernstrategien immer unvermittelter. Dies hat entscheidend zum Scheitern des die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg prägenden keynesianisch-sozialstaatlichen Regulationsmodus beigetragen und ist eine wesentliche Ursache für den Sieg neoliberaler Doktrinen in den achtziger Jahren. Die historische Krise der Sozialdemokratie hat hier ihre entscheidende Wurzel. Was — unter dem Signum von „Thatcherismus" und „Reaganomics" — als weltweite ideologisch-politische Wende erschien, war in Wirklichkeit die Folge einer ökonomischen Dynamik, die in der Struktur des von den USA dominierten Kapitalismus der Nachkriegszeit bereits angelegt war.

Chaotische „neue Weltordnung"

Das Scheitern des sozialstaatlich-korporativen Interventionismus — beispielhaft dafür war das „Modell Deutschland" — hatte wichtige institutionelle Konsequenzen. Mit ihm zerbrach auch der auf sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit und klassenübergreifende Massenintegrationsparteien gestützte politische Regulationsmodus. Gleichzeitig erwies sich aber auch die neoliberale Politik als unfähig, die immer noch geltenden Versprechen von Prosperität und Massenwohlstand einzulösen. Inzwischen prägen fortschreitende soziale Ungleichheit und Marginalisierung die Verhältnisse auch in den kapitalistischen Zentren. Das Dilemma der „Volks"-Parteien besteht darin, unter dem Druck der Wahlkonkurrenz immer noch Versprechungen machen zu müssen, die ökonomisch-politisch gar nicht mehr realisierbar sind. Dies würde eine tiefgreifende Umwälzung der inneren sozialen Kräfteverhältnisse, der politischen Strukturen und der Formen der Weltmarktintegration voraussetzen, für die nicht einmal ein Ansatzpunkt erkennbar ist. Jenseits allfälliger Skandale und Unfähigkeiten liegt hier eine wichtige Ursache der in den entwickelten Demokratien um sich greifenden „Politikverdrossenheit".

Die Ära des „fordistischen" Nachkriegskapitalismus war auch die des Kalten Kriegs. Dies bedeutete die Aufteilung der Welt in zwei Reiche unter der Herrschaft der jeweiligen Hegemonialmacht. In der kapitalistischen Welthälfte konnten sich unter dem Schirm der USA und durch deren ökonomische und militärische Macht garantiert, relativ feste nationalstaatliche Regulationskomplexe und einigermaßen funktionsfähige internationale Kooperationszusammenhänge entwickeln. Der Zerfall beider Imperien — nicht nur der Untergang der Sowjetunion, sondern auch der Niedergang der USA — hinterließ ein internationales ökonomisches und politisches Chaos, das nun den Nährboden für die wuchernden Nationalismen bildet. Die „Balkanisierung" nicht nur des Balkans ist sehr wesentlich dieser Entwicklung geschuldet. Der Entstehung einer Vielzahl neuer Nationalstaaten entsprechen regionalistische Sonderentwicklungen und Spaltungstendenzen, deren Kraft sich nicht zuletzt aus der Unfähigkeit speist, innerhalb der vorhandenen staatlichen Grenzen relativ einheitliche ökonomische und soziale Entwicklungsbedingungen zu gewährleisten. Diese Tendenz zur Regionalisierung und Re-Nationalisierung geht einher mit Versuchen zur Schaffung übergreifender politisch-ökonomischer Einheiten (Westeuropa, Nordamerika) die als Reaktion auf die Schwächung der traditionellen Nationalstaaten zu verstehen sind. Sie aber drohen an denselben ökonomischen-sozialen Heterogenisierungstendenzen zu scheitern, die diese unterminieren.

Diese Entwicklung gilt verschärft für die kapitalistische Peripherie. Nachdem in den achtziger Jahren unter dem Druck der veränderten Weltmarktbedingungen die Versuche zur Schaffung eigenständiger, staatlich kontrollierter Entwicklungswege gescheitert sind, unterliegen die meisten Länder der „Dritten Welt" immer unmittelbarer dem Zwang der internationalisierten und politisch kaum mehr regulierten Geld- und Kapitalbewegung. Ihm gegenüber erweisen sich die auch von den inneren Verhältnissen her ohnehin schwachen und nur unzulänglich demokratisch legitimierten Regierungen als weitgehend machtlos. Eine Folge davon ist das Scheitern der Entwicklungshoffnungen für große Teile der Welt und ein immer krasseres Auseinanderklaffen der ökonomischen, sozialen und politischen Standards mit den entsprechenden — nicht zuletzt kriegerischen — Konflikten. Gleichzeitig sorgt die transnationale Kommunikations- und Medienindustrie für die Verallgemeinerung „westlicher" demokratisch-kapitalistischer Wertmaßstäbe und Konsumnormen. Das dadurch erzeugte Gemisch von Angst, Elend und Hoffnung produziert die Wanderungs- und Fluchtbewegungen, die zu einem der hervorstechendsten Merkmale der Weltgesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts zu werden scheinen.

Insgesamt bietet diese neue „Weltordnung" also ein höchst widersprüchliches Bild: Während auf der einen Seite der Weltmarkt tatsächlich universal wird, Geld und Kapital sich nahezu schrankenlos bewegen, neue Verkehrs- und Kommunikationstechniken räumliche Distanzen dahinschmelzen lassen und die internationale Medienindustrie kulturelle Besonderheiten immer stärker einebnet, fällt auf der anderen Seite der Globus politisch und sozial immer mehr auseinander. Nicht mehr eine festgefügte und geordnete „Staatengemeinschaft" prägt sein Bild, sondern sich permanent neu bildende Nationen, Stämme, Regionen, autonom operierende und miteinander konkurrierende Multis, nur noch höchst beschränkt handlungsfähige Regierungen und fluktuierende Bevölkerungsmassen auf der Flucht vor Krieg und Elend. Diese beiden so gegensätzlichen Tendenzen hängen zusammen und bedingen sich wechselseitig.

Nationalstaatliche Grenzen der Demokratie

Bürgerliche Freiheit und Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte sind in den Grenzen des Nationalstaats erkämpft worden. Hier, in seinen absolutistischen europäischen Frühformen, hat die Bourgeoisie ihre politischen Mitspracherechte und den verfassungsmäßigen Schutz vor staatlicher Willkür durchgesetzt und sich damit zugleich die Basis für die globale kapitalistische Expansion geschaffen. Grundlegend blieb dabei der Gegensatz von „Citoyen" und „Bourgeois", von formeller Freiheit und Gleichheit und Klassenlage. Die sozialen und politischen Kämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts in den entwickelten kapitalistischen Ländern zentrierten sich vor allem auf diesen Konflikt und endeten damit, die faktische Ausgrenzung der Arbeiterklasse — der „vaterlandslosen Gesellen" — aus der „Nation" aufzuheben und ihr nicht nur den formellen Citoyenstatus, sondern qua staatlicher Vorsorge auch ein Mindestmaß „bourgeoiser" materieller Sicherheiten zu garantieren. Der in den

entwickelten Metropolen Mitte des 20. Jahrhunderts sich durchsetzende „fordistische" Kapitalismus ist das Produkt dieser Kämpfe, gekennzeichnet durch eine reale Verallgemeinerung der politischen Staatsbürgerrechte — mit erheblicher Verspätung auch für Frauen —, die politische Institutionalisierung des Klassenkompromisses auf liberal-demokratischer Grundlage und eine sozialstaatliche Absicherung demokratischer Freiheiten.

Allerdings mußte dies die Errungenschaft einiger weniger, kapitalistisch entwickelter Metropolen bleiben und hatte die Unterwerfung und Ausbeutung ihrer abhängigen Peripherie zur Voraussetzung. International blieben Krieg, Raub und rohe Gewaltanwendung bestimmend. Eine demokratische „Weltgesellschaft", bestehend aus einer Reihe nach gleichen Prinzipien geordneter Nationalstaaten, blieb daher Fiktion. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen sind demokratisch wenig legitimierte und fragile Zusammenschlüsse von politisch und ökonomisch höchst unterschiedlichen Einzelstaaten unter der faktischen Herrschaft einiger Großmächte. Allerdings förderten und verallgemeinerten die nationalen Befreiungskämpfe des 20. Jahrhunderts und die im Zuge der kapitalistischen Globalisierung sich durchsetzenden politischen, kulturellen und ökonomischen Verflechtungen demokratische, soziale und menschenrechtliche Ansprüche. Der Gegensatz von einzelstaatlicher Souveränität, dem Grundprinzip der herrschenden „Völkergemeinschaft" und universellen normativen Ansprüchen trat immer deutlicher hervor und gewann nach dem Ende des Kalten Kriegs an Brisanz. Äußere Interventionen, die demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien zum Durchbruch verhelfen sollen, gerieten mehr und mehr auf die internationale Tagesordnung. Sie bleiben allerdings im Gestrüpp der machtpolitischen und ökonomischen Ungleichheiten und Abhängigkeiten gefangen, die der „Staatengemeinschaft" unter der Herrschaft des globalen Kapitalismus zugrundeliegen.

Entgesellschaftlichung der Gesellschaft

Ein Grundprinzip des Nationalstaats ist Homogenisierung und Normalisierung. In ihm setzt sich die „Normal"-Zeit, die einheitliche Sprache, die Standardisierung der Verhaltensmuster und die soziale und kulturelle Vereinheitlichung der „Citoyens" durch. Insofern produziert der „National"-Staat „nationale Identitäten", nicht umgekehrt. Dies geschieht in Abgrenzung nach außen, gegenüber dem Fremden und ist daher strukturell mit Rassismus und — gerade indem Geschlechterdifferenzen und die Unterschiede in den materiellen Lebenslagen von Männern und Frauen negiert werden — mit neuen Formen des Sexismus verknüpft. Die fordistische Regulierung und Standardisierung der Klassenverhältnisse hat diese Tendenz verstärkt, sichtbar an der für diese Phase charakteristischen Vereinheitlichung der Lebensstile, Moden, Konsumnormen und ästhetischen Prinzipien. Diese Entwicklung hat immer Revolten und Gegenreaktionen hervorgerufen. Nie konnte sie sich absolut durchsetzen, blieb aber eine bis in das späte 20. Jahrhundert bestimmende Tendenz.

Strukturell gerät dieser homogene nationalstaatliche Zusammenhang von zwei Seiten her in Auflösung: Einmal durch die als „Individualisierung" beschriebene Ausdifferenzierung der sozialen Lagen und Lebensstile, bei der sich die Wirkungen der Massenkonsumgesellschaft mit dem Zusammenbrechen übergreifender sozialer Kompromisse und den entsprechenden Spaltungs- und Ausgrenzungserscheinungen verbinden. Zum anderen wird er durch die im Zuge der Globalisierung des Kapitals sich abschwächende Regulations- und Interventionskompetenz der Nationalstaaten selbst in Frage gestellt. Das einheitliche Staats-„Volk" — faktisch schon immer eine Fiktion — zerfällt immer sichtbarer in sich gegeneinander abgrenzende, kulturell, politisch, religiös, regionalistisch oder biologisch definierende Gruppen, Stämme und Gemeinschaften. Die der nationalstaatlich-demokratischen Form zugrundeliegende Figur des „Citoyens" scheint allmählich der Vergangenheit anzugehören.

Die in den siebziger Jahren aufkommenden „neuen sozialen Bewegungen" sind auch als Ausdruck dieser Entwicklung zu begreifen. In ihnen drückt sich nicht nur die „Pluralisierung" von Lebensstilen und Werthaltungen aus, sondern zumindest in den radikaleren Anfangsphasen auch eine spezifische Form des Anti-Etatismus, der durch die veränderte Position der Nationalstaaten hervorgerufen wird. Denn je unmittelbarer staatliche Politik den Zwängen des globalen Kapitalismus unterliegt und sich den Prinzipien einer möglichst verwertungsoptimalen Sicherung nationaler Kapitalstandorte unterwirft, desto mehr laufen demokratische Entscheidungsprozesse an ökonomischen „Sachzwängen" auf und desto mehr schwindet die Integrationskraft des bestehenden politischen Institutionensystems. Der politische Charakter der neuen Bewegungen drückt dies aus: sie sind kaum noch an Klassenlagen orientiert, stärker problem- und themenbezogen und bringen bürgerlich-demokratische Prinzipien gegen das existierende parlamentarische Institutionensystem zur Geltung. Gleichzeitig blieben diese Mobilisierungs- und Protestformen aber sehr weitgehend in die bestehenden institutionellen Mechanismen und Politikformen eingebunden und konnten sie nicht grundlegend verändern. Die Folge waren Ausdifferenzierungs- und Spaltungsprozesse, die von einer politisch neutralisierenden Re-Parlamentarisierung einerseits, radikal-„autonomem" Anti-Etatismus andererseits geprägt sind. Was zwischen „Parlament" und „Ghetto" erneut auf der Strecke zu bleiben droht, ist demokratischer Universalismus.

Damit zeichnet sich das Bild einer sich „entgesellschaftlichenden" Gesellschaft ab, die in sich „autonom" verstehende Subkulturen, besitzstandswahrende Interessenklüngel, gewaltsam Ausgegrenzte sowie sich kulturell und sozial voneinander abschottende Gruppen und Gemeinschaften zerfällt und in der es immer schwerer fällt, sich auf die Grundprinzipien der gesellschaftlichen Verfassung und der dieser zugrundeliegenden Normen zu verständigen. Weil der fordistisch-sozialstaatliche Konsens, seine Klassenkompromisse, seine gesellschaftlichen Homogenisierungswirkungen und seine institutionellen Gewährleistungen im Verschwinden begriffen sind, haben sich auch die Bedingungen für die Herausbildung demokratisch-oppositioneller Bewegungen einschneidend verändert. Dies erklärt, weshalb die Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse heute ebenso verbreitet wie gespalten und disparat ist: in der Tat gibt es immer weniger Verbindungen zwischen sich radikalisierenden „Modernisierungsverlierern", Naturschützern, linken Kapitalismuskritikern oder Feministinnen. Genau in diesem Kontext konnte der neu-rechte ideologische Diskurs mit seinen radikalen politischen Ausdrucksformen seine Stoßkraft entfalten. Das höchst formale Bekenntnis zu universellen demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien kollidiert mit der Verfestigung kultureller und sozialer Differenzen, die inhaltliche Gemeinsamkeiten bezüglich der Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft immer unwahrscheinlicher werden lassen.

Rassis-, Nationalis-, Wohlstandschauvinismus

Daß die Globalisierung des kapitalistischen Weltmarkts sich mit dem Wiederaufleben rassistischer, biologistischer, ethnozentrischer und wohlfahrtschauvinistischer Strömungen verbindet und die Nationalismen umso stärker aufblühen, je schwächer und politikunfähiger das nationalstaatliche System wird, ist nur scheinbar paradox. Es sind dies die ideologischen Ausdrucksformen dafür, daß mit der Krise des Nationalstaats sich auch die Frage zuspitzt, wonach sich eigentlich die Zugehörigkeit zu einer politischen, kulturellen und ökonomischen Gemeinschaft bestimmt. Von den US-amerikanischen „communitarians" ist sie — in wenn auch höchst ideologischer Form — thematisiert worden (vgl. Fach/Ringwald in *links* 273, 1993). Das Programm der neuen Rechten bietet dafür Lösungsformeln an, die offenbar immer stärkeren Widerhall finden. Nachdem die sozial ausgleichenden und materiell vereinheitlichenden po-

litischen Regelungszusammenhänge sich sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene in Auflösung befinden, nährt der Kampf um die Zugehörigkeit zu den schrumpfenden Wohlstandsinseln sowohl auf innergesellschaftlicher als auch auf internationaler Ebene nationalistische und rassistische Orientierungen. Die Brisanz dieser Entwicklung liegt darin, daß sich interne Heterogenisierungs- und Spaltungsprozesse gerade auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen mit Wohlstandschauvinismus auf der einen, internationalen Wanderungs- und Fluchtbewegungen auf der anderen Seite zu einem immer explosiveren Gemisch verbinden (vgl. Ziebura in *links* 275,1993). Das Dilemma ist: solange es keine über demokratisch-politische Institutionen verfügende Weltgesellschaft gibt, scheint nur die abgegrenzte, ökonomisch und kulturell halbwegs stabilisierte politische Einheit — eben der nationalstaatliche Zusammenhang — das Terrain zu bieten, auf dem sich demokratische Selbstbestimmung zumindest ansatzweise entwickeln und den global herrschenden ökonomischen Mechanismen entgegenstellen kann. Und gleichzeitig ist diese politische Form strukturell mit Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt nach innen und außen verbunden.

Daraus ergibt sich der politische Konflikt, der die Opposition gegen die herrschende Asyl- und Flüchtlingspolitik zu spalten droht. Der Widerstand gegen eine Strategie, die auf den Ausbau und die nach innen wie außen repressive Abschottung der Festung (West) Europa abzielt, ist zweifellos notwendig. Die radikal dagegenstehende Forderung nach einer grundsätzlichen Öffnung der Grenzen zielt allerdings im Kern, und wenn sie ernst genommen wird, gegen die nationalstaatliche politische Verfaßtheit überhaupt. Abstrakt gesehen ist dies unter demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien durchaus richtig. Das Problem ist nur, daß sich diese Forderung trefflich mit den globalen kapitalistischen Tendenzen verbindet, die eben die politischen Formen unterhöhlen, in denen sich zumindest der vorhandene Bestand an demokratischen Verhältnissen und sozialen Garantien entwickeln und erhalten konnte. Offensichtlich ist die einfache Alternative „Öffnung" oder „Schließung" der Grenzen nicht ganz richtig gestellt.

Der sich heute tatsächlich durchsetzende Universalismus ist der des sich globalisierenden Kapitalverhältnisses, und er produziert auf der politischen und ideologischen Ebene sein direktes Gegenteil. Deshalb ist die Entkoppelung von ökonomischem Liberalismus und Demokratie, die im herrschenden Neoliberalismus ihren Ausdruck findet, die aktuell bestimmende Tendenz. Der Nationalstaat verschwindet nicht einfach, weil er mit dem kapitalistischen Produktionsverhältnis untrennbar verbunden ist und die grundlegende Form seiner politischen und sozialen Reproduktion darstellt. Aber er transformiert sich in der Weise, daß er als Basis demokratischer Selbstbestimmung immer untauglicher wird. Wenn daraus die Konsequenz gezogen wird, es sei nun entschlossen an die Errichtung eines „Weltstaates" zu gehen (so z.B. Knieper in FR v. 31.3.1993), so wird allerdings verkannt, was Kapitalismus tatsächlich heißt. Weil dieser eben nicht nur ein friedlich-marktförmiges Tausch-, sondern zuallererst ein Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis darstellt, bleibt seine politische Form strukturell von Konkurrenz und gesellschaftlicher Spaltung — insbesondere vom Mechanismus des nationalistischen, sexistischen und rassistischen Auseinanderdividierens — geprägt. Und diese findet im System der untereinander konkurrierenden Einzelstaaten ihren politisch-institutionellen Ausdruck. Wer also vom „Weltstaat" redet, sollte von der Überwindung des Kapitalismus nicht schweigen.

Demokratie jenseits des Nationalstaats

Das politische Dilemma besteht also darin, daß es immer weniger möglich ist, Demokratie und Menschenrechte in nationalstaatlichem Rahmen zu sichern und auszubauen und daß unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen doch gleichzeitig zunächst einmal kein anderes politisch-institutionelles Terrain vorhanden ist, innerhalb dessen sich der Kampf darum erfolgreich entwickeln könnte. Auch anti-etatistische und internationalistische Bewegungen kommen nicht darum herum, sich auf die faktisch bestehenden und eben einzelstaatlich ausgeprägten Herrschaftsapparaturen zu beziehen. Gleichzeitig findet jede reale Demokratisierung grundsätzlich und unter den heutigen Bedingungen immer stärker ihre Grenze an eben dieser staatlichen Form.

Es kommt deshalb darauf an, demokratische Prozesse sowohl inhaltlich wie auch prozedural, auf einzelstaatlicher wie internationaler Ebene, Schritt für Schritt vom staatlichen Institutionensystem abzulösen. Wenn dieses immer stärker den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozeßes unterworfen wird, müssen politische Kommunikations-, Kooperations- und Aktionszusammenhänge entwickelt werden, die sich der Logik der etatistisch-kapitalistischen Strukturen und Dynamiken eher widersetzen können: international operierende und selbstorganisierte politische Gruppierungen, Netzwerke und Öffentlichkeiten. Angesichts der im Staatensystem verankerten Konkurrenz-, Ausgrenzungs- und Spaltungsmechanismen ist das ein schwieriges Unterfangen. Und die gerade auch in den entwickelten Metropolen wirksamen „entgesellschaftlichenden" Tendenzen stehen der Herausbildung übergreifender Oppositionsbewegungen entgegen. Diese könnten sich immer weniger auf vorausgesetzte Gemeinsamkeiten und Interessenidentitäten beziehen, sondern bedürfen einer politischen, strukturelle soziale Lagen überschreitenden „Selbstkonstitution". Von den Zwängen des globalen Kapitalismus nicht eingeholt zu werden, bedeutet nicht zuletzt die tatsächlichen Widersprüche im Verhältnis von Kapitalismus, Nationalstaat und Demokratie zu begreifen.

Auf jeden Fall bedingen sich innerstaatliche Demokratisierung und die Vertiefung internationaler Kooperation aufs engste. Die aggressive und in letzter Instanz kriegerische Konkurrenz der Nationalstaaten war und ist der Mechanismus, mit dem repressive Verhältnisse nach innen stabilisiert werden. Auch wenn die Errichtung eines integralen „Weltstaats" unter kapitalistischen Bedingungen eine Utopie bleiben muß, ist die politische Stärkung internationaler Organisationen und Kooperationszusammenhänge durchaus möglich, sofern dabei auf autonom organisierte Politik und unabhängige Öffentlichkeit gesetzt wird.

Von den objektiven Strukturbedingungen her wird die Wirkungsweise internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen vorrangig durch einzelstaatliche Herrschaftsinteressen bestimmt. Eine institutionell garantierte demokratische Legitimation fehlt ihnen. Die reale „Völkergemeinschaft" ist in ihren institutionalisierten Formen ein konfliktorischer Verband von Herrschafts- und Unterdrückungsapparaten. Deshalb können internationale Organisationen in der Regel nur dann wirksam werden, wenn sie in Übereinstimmung mit den Interessen der Großmächte handeln. Der Umgang mit Demokratie und Menschenrechten bleibt nationalen Macht- und Interessenkalkülen untergeordnet. Die Behandlung der Volksrepublik China nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung ist ein Beispiel unter vielen. Die nationalen Interessen sind indessen selbst widersprüchlich und zugleich wirkt der Druck einer internationalen Öffentlichkeit, was zu andauernden internen Konflikten und Krisen auch auf internationaler Ebene führen muß. Auch das internationale Institutionengefüge wird mehr und mehr zum Terrain politischer Auseinandersetzungen. An den Debatten um die Rolle der UN oder der EG im jüngsten Balkan-Krieg, wo vor allem die gegensätzlichen Interessen der dominierenden Mächte eine friedliche Lösung von Anfang an verhindert haben, ist dies deutlich geworden.

Von der Existenz internationaler Institutionen allein sind daher Erfolge im Kampf um Demokratie und Menschenrechte kaum zu erwarten. Weder sie noch die einzelnen Staaten haben diesbezüglich bislang allzu viel bewirkt. Der politische Druck beispielsweise auf das südafrikanische Apartheidsregime oder verschiedene lateinamerikanische Militärdiktaturen wäre ohne die zähen Anstrengungen internationaler Solidaritätsbewegungen kaum wirksam geworden. Wenn Regierungen oder die von ihnen getragenen internationalen Organisationen überhaupt in diesem Sinne tätig werden, so in der

Regel unter dem Druck einer eigenständigen, grenzüberschreitenden politischen Öffentlichkeit und einer autonom organisierten politischen Praxis.

Die Stärkung internationaler Institutionen durch nicht staatsförmige Politik ist gleichzeitig eine wesentliche Bedingung der Möglichkeit, Menschenrechte aus ihren etatistischen Beschränkungen herauszulösen, d.h. den historischen Zusammenhang von Nationalstaat und rechtlich gesicherter „Bürgerschaft" zu überwinden. Gewährleistung und Schutz kultureller Differenzen, von regionalen und sozialen Besonderheiten sind nur möglich, wenn es gelingt, nationalstaatliche Herrschaftsverhältnisse zu durchbrechen. Wenn es um eine Neudefinition der Menschenrechte geht, die den Prinzipien einer im Unterschied freien und gleichen Gesellschaft gerecht wird, wenn „Individualisierung" und „Differenz" sich sowohl stärker ausprägen als auch verstärkt wahrgenommen und beansprucht werden, wenn politische Zugehörigkeiten nicht durch Herrschaft definiert, sondern frei gewählt sein sollen, so geht dies nicht im politischen Rahmen des Nationalstaats. Die Verbindung von innergesellschaftlichen Demokratisierungsprozessen und einer Stärkung der internationalen politischen Ebene ist notwendig, wenn die Bindung universeller Menschenrechte an die staatliche Zugehörigkeit gelockert werden soll: dadurch, daß sie auf der einen Seite verstärkt international kodifiziert und garantiert werden, zum anderen mittels einer Durchsetzung flexiblerer Modi der StaatsbürgerInnenschaft selbst (garantierte Freizügigkeit, doppelte Staatsangehörigkeit u.a.m.).

Eine Politik, die dergestalt auf eine Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität abzielt, richtet sich allerdings klar *gegen* die herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen. Sie wird also von langen und harten Auseinandersetzungen geprägt sein. Deren Ziel kann aber weder die Verbesserung des Nationalstaats noch die Errichtung eines Weltstaats sein. Was not tut, ist die sicher höchst kampf- und konfliktreiche Überwindung der historischen Gestalt des Staates überhaupt. Es gälte, in globalem Maßstab für die Durchsetzung einer politischen Form zu kämpfen, die jenseits der Dichotomie von „National"- oder „Welt"-Staat durch ganz neue und komplexere Verbindungen von regionaler und globaler, zentraler und dezentraler gesellschaftlicher und politischer Organisation gekennzeichnet sein müßte.

Der mit der „Weltordnung" des 20. Jahrhunderts und dem Nationalstaat in die Krise geratene politische Universalismus braucht eine inhaltliche Neudefinition, bei der die traditionelle, vom bürgerlich-nationalstaatlichen Rahmen geprägte Bedeutung von Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechten anders bestimmt werden muß. Die gewiß harten und schwierigen Auseinandersetzungen darüber verlangen politische Praxis- und Organisationsformen, die den nationalstaatlichen Rahmen überschreiten, und zwar sowohl was dessen institutionelles Gefüge als auch seine territoriale Begrenztheit angeht. Daß der wie immer defizitäre Bestand an demokratischen Rechten, sozialen Sicherungen und politischen Freiheiten historisch an eben diese Form des bürgerlich-kapitalistischen Staats gebunden ist, bezeichnet ein politisches Dilemma, das einfache Lösungsformeln verbietet. Verlangt ist eine Politik, die sich in und mit dem Staat zugleich gegen ihn und das von ihm getragenen internationale politische System richtet. ●

Frauenstreiktag '94

Der internationale Frauentag am 8. März wird ein **bundesweiter FrauenStreikTag** sein. Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen rufen zu vielfältigen Aktionen des Protestes und der Verweigerung auf.

Frauen sind empört über die soziale und politische Entwicklung in Deutschland und werden es nicht länger hinnehmen, daß ihre Rechte skrupellos abgebaut werden:

- Der skandalöse, scheinheilige Richterspruch von Karlsruhe zum § 218 entzieht Frauen mehr denn je das Recht auf Selbstbestimmung und entmündigt Sie: Die Pflicht zum Austragen einer Schwangerschaft wird gesetzlich festgeschrieben. Frauen müssen sich einem beispiellosen und unwürdigen Beratungsverfahren unterziehen. Gesetzliche Krankenkassen dürfen keine Abtreibung mehr bezahlen: so entsteht ein Zwei-Klassen-Recht. Vor allem für Frauen im Osten der Republik bedeutet dies ein massiver Rückschlag.
- Millionen von Frauen, vor allem auch im Osten, verlieren ihre Erwerbsarbeitsplätze.
- Millionen von Frauen trifft der Abbau der Sozialleistungen.
- MigrantInnen und Flüchtlingen wird das Grundrecht auf Asyl genommen; damit wird Fremdenhaß und Rassismus Vorschub geleistet.
- Alle Frauen sind bedroht von der zunehmenden Brutalisierung und sexuellen Gewalt in dieser Gesellschaft.

Die Initiative, ausgehend vom Streikkomitee Köln/Bonn und dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) Berlin, wird getragen von zahlreichen Gruppen und Organisationen der autonomen Frauenbewegung, von Frauen aus Kultur, Politik, Bildung und Wissenschaft, sowie aus Gewerkschaften und Kirchen. Es bilden sich schon jetzt Gruppen und Initiativen, um regional und lokal in den kommenden Monaten Aktionen zu planen und vorzubereiten.

Wir rufen alle Frauen auf, sich mit eigenen Ideen zu Aktionen und Diskussionen an dem Streik zu beteiligen: Vielfalt und Kreativität sind gefragt. Gründet überall regionale Streikkomitees/-Gruppen, entwickelt neue Streikformen, geht mit Euren Forderungen an die Öffentlichkeit.

Kontakt- und Koordinationsstellen: Das Streikkomitee Köln-Bonn, Tel. 0228/ 16 76 09 und das Berliner Büro des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV), Tel. 030/229 17 53.

Dr. med. Mabuse,
das kritische Zweimonatsmagazin für Gesundheits- und Sozialberufe,
sucht zum nächstmöglichen Termin eine/n

Redakteur/in

Unser/e zukünftige/r Kollege/in sollte journalistische Erfahrung mitbringen, aber auch bereit sein, nicht-redaktionelle Arbeiten zu übernehmen. Das Redigieren von Autorentexten setzen wir ebenso voraus wie das Verfassen von Eigenbeiträgen. Das Arbeitsgebiet erstreckt sich auch auf die Heftplanung, die redaktionelle Betreuung ständiger Rubriken und die Mitwirkung bei der Gestaltung der Zeitschrift. Kenntnisse in Gesundheits- und Sozialpolitik wären sehr von Vorteil, Interesse daran Bedingung.
Wir wünschen uns jemanden, die/der selbständiges Arbeiten gewohnt ist und mit Engagement und Ideen unsere Zeitschrift weiterentwickelt.

Unser Verlag bietet ein kritisches Sachbuchprogramm zum Thema Gesundheit & Politik an, das wir in den nächsten Jahren ausweiten wollen.
Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Verlagskauffrau/Verlagskaufmann

Sie/er sollte Kenntnisse und praktische Vorerfahrung in Finanzplanung, Verlagskalkulation, Vertrieb, Werbung und Herstellung haben; dazu das nötige Durchsetzungsvermögen und Engagement, das Gesamtprojekt (Buchverlag, Versandbuchhandlung und zwei Zeitschriften) weiter auszubauen.

Wir bieten: zwei interessante Arbeitsplätze in einem kleinen Team im Frankfurter Ökohaus.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (bei der Redakteurstelle mit Arbeitsproben) bitte an:

Mabuse-Verlag
Kasseler Straße 1 a • 6000 Frankfurt am Main 90

EVA-MARIA KRAMPE

Wider die Differenz

Claudia Pinl:
Vom kleinen zum großen Unterschied — 'Geschlechterdifferenz' und konservative Wende im Feminismus. Konkret Literatur Verlag. Hamburg 1993

Während die feministische Wissenschaft in die öffentliche Diskussion darüber eingetreten ist, ob nicht nur das sozio-kulturelle (gender), sondern auch das biologische (sex) Geschlecht ein diskursives Konstrukt sei, ist Claudia Pinls Buch „Vom kleinen zum großen Unterschied — 'Geschlechterdifferenz' und konservative Wende im Feminismus" erschienen. Während frau sich an Butlers Dekonstruktion des weiblichen Subjekts reibt, zeigt Pinl in ihrer Aufsatzsammlung, in welches politische Dilemma, wenn nicht gar Abseits, die Neu-Konstruierung des ach so weiblichen Subjekts durch die feministischen Differenztheoretikerinnen geführt hat.

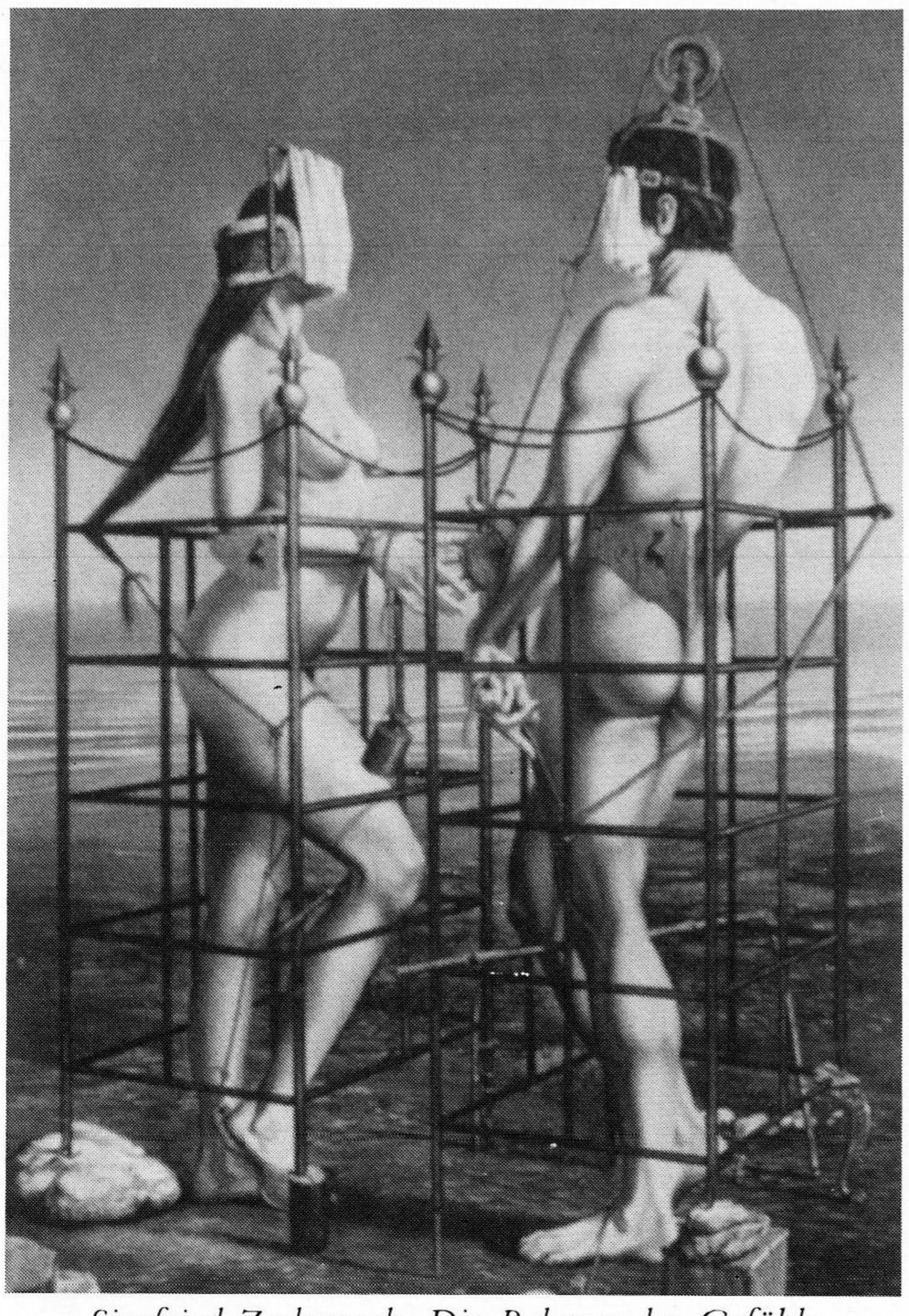
Die zentralen Argumente, die Pinl in ihrer Kritik an der Differenztheorie verfolgt, sind folgende:

1. Die Definition und positive Bestimmung des Weiblichen in der Differenztheorie ist identisch mit patriarchalen Zuschreibungen, die allein dem Interesse männlicher Herrschaft über Frauen dienen. Schon die Postulierung einer derart beschriebenen weiblichen Differenz verunmöglicht also a priori die Befreiung der Frauen, da sie weibliche Lebensformen und Biographien weiterhin als den männlichen komplementär/konvenient und das heterosexistische Modell ad infinitum festschreiben.

2. Da die Differenztheoretikerinnen in ihrer Mehrheit sich zunehmend weder verbal, noch in ihrer Analyse mit faktischen Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungsverhältnissen in den Geschlechterbeziehungen auseinandersetzen, geraten diese auch so sehr aus dem Blickfeld, daß ihre Bekämpfung als Ziel politischen Handelns völlig verschwindet.

3. Die von großen und heute kleinen Teilen der Frauen(bewegung) eingeforderte Gleichheit, wie sie in der Französischen Revolution als universelles Menschenrecht deklariert wurde, ist keineswegs, wie die Differenztheoretikerinnen glauben machen möchten, der Wunsch nach der Identifizierung mit und Angleichung an das männliche Geschlecht, die Kompensation eines weiblichen Defizits, sondern vielmehr ein Angriff auf die Privilegien und „Freiheiten" der Herrschenden.

Aus dieser Perspektive liest Claudia Pinl die Entwicklung der Differenztheorie in der BRD. Ausgehend von den hier am meisten rezipierten Theoretikerinnen Luce Irigaray und den Mailänder Begründerinnen des Affidamento (der Mutter-Tochter-Beziehung als Modell weiblicher Solidarität) durchkämmt sie die öko-, kultur- und juristisch-feministischen Debatten der letzten Jahre. Die von ihr aufgezeigten immensen theoretischen Schwächen belegt sie außerdem durch deren geradezu katastrophische politische Wirksamkeit. Gerade da, wo das hohe Lied der weiblichen Differenz in Grüne Realpolitik diffundierte, wurde deren reaktionärer Charakter besonders deutlich. Diesen Weg verfolgt sie vom Müttermanifest bis hin zur Umkehrung Grüner Frauenpolitik in Familienpolitik. Sie zeigt die Trendwende in der Abtreibungs- und Reproduktionsdebatte und beschreibt, wie die amerikanische Kaufhauskette Sears mit einem Gutachten im Sinne der Differenz die Gleichbehandlungsforderung ihrer einfachen Verkäuferinnen vor Gericht niederschlagen konnte.

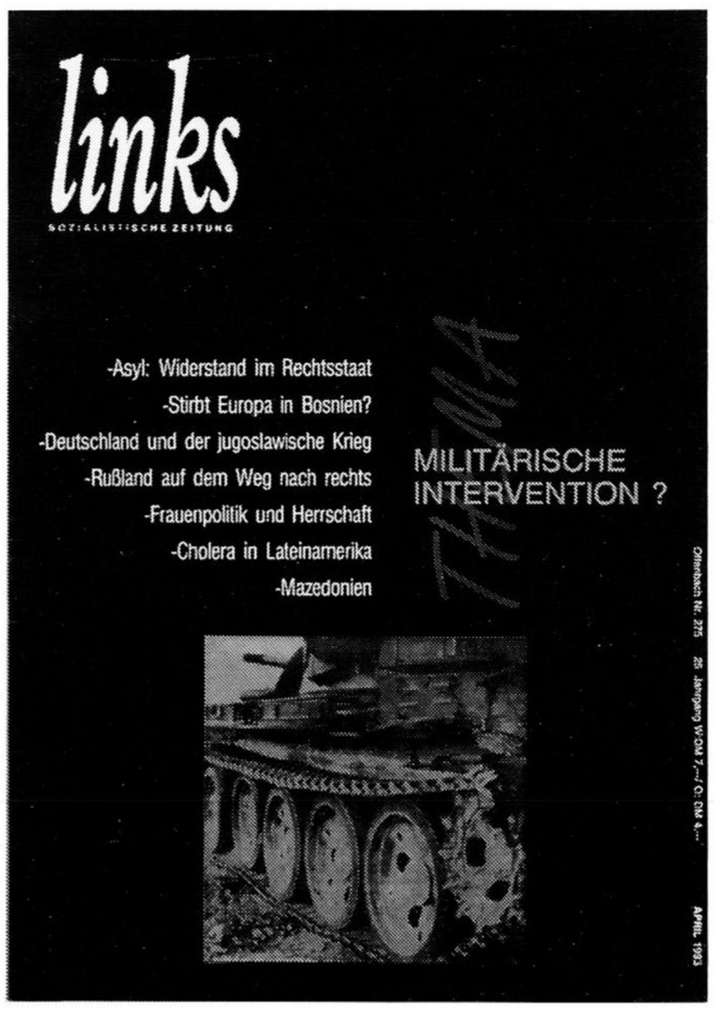


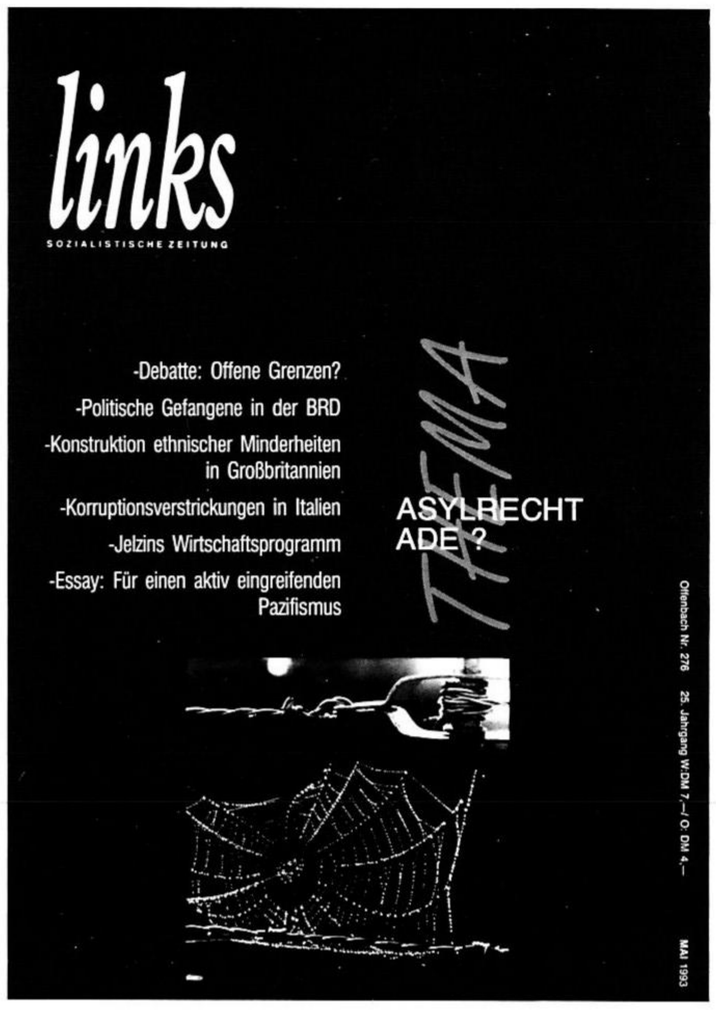
Siegfried Zademack, Die Balance der Gefühle

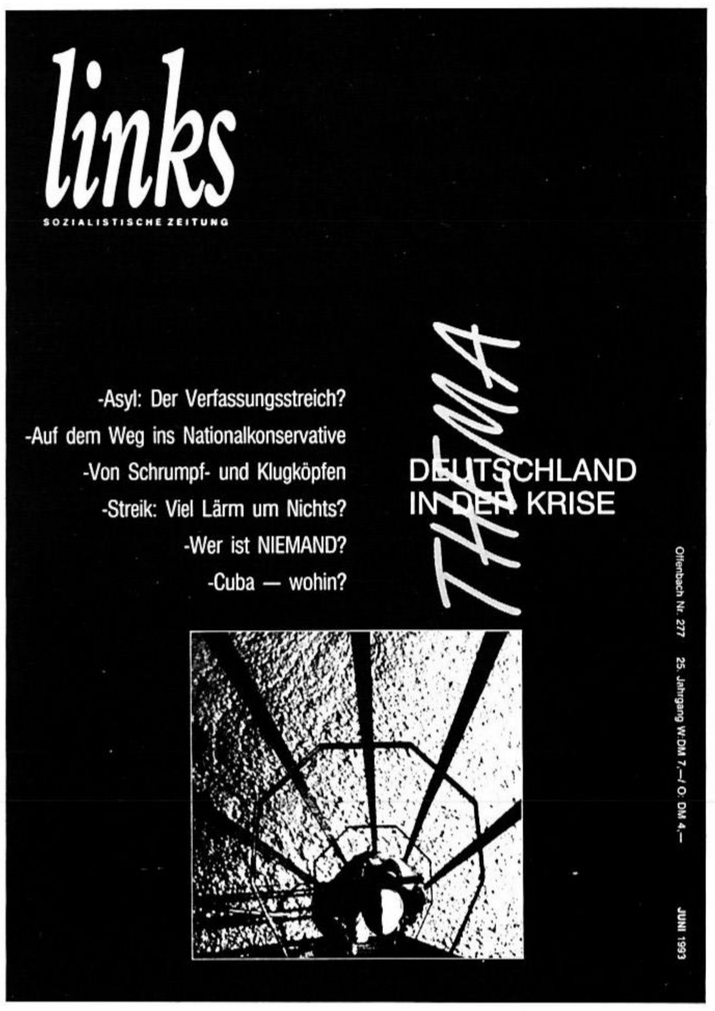
Obwohl Pinl zum gnadenlosen Rundumschlag ausgeholt hat, gehört ihre Anklage des großen Unterschieds zu den beachtenswerten und spannend zu lesenden Analysen der Sackgasse, in die die Frauen(bewegung) geraten sind (ist). Für Pinl liegt die Ursache dafür in der in der Differenztheorie üblichen Unterscheidung in das sozio-kulturell definierte und das biologische Geschlecht. Diese duale Definition des weiblichen Geschlechts führt nach Pinl nur dazu, vorgefundene Unterschiede letztlich doch als biologisch bedingte und also „natürliche" zu definieren und damit Mythen weiterleben zu lassen. Ihre harsche Kritik ist gleichzeitig darum bemüht, politische Handlungsräume für Frauen wiederzuentdecken, die aus einer vor- und festgeschriebenen weiblichen Identität mit der eigenen Unterdrückung führen könnten. Die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Debatte das „unbeschreiblich Weibliche" sowohl im poststrukturalistisch feministischen Diskurs, in dem es ja wiedergeboren wurde, wie auch vom radikal frauenpolitischen Ansatz her dekonstruiert bzw. auseinandergenommen wird, birgt immerhin die Möglichkeit, vergessene und medial weniger erfolgreiche Stränge der feministischen Diskussion wiederaufzunehmen. Ob solche Ansätze, die bereits die Setzung des dualen Geschlechterverhältnisses als Instrument patriarchaler Herrschaft kritisieren, auch eine Umkehr in der Frauenpolitik auslösen können, mag bezweifelt werden; denn die Zeiten, die sind nicht so. ●

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu Militärische Intervention der BRD?, Frauenpolitik und Herrschaft, Asylrecht ade? Konstruktion von Mehr- und Minderheiten, Deutschland in der Krise.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1993) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

Die *links* sucht:

Überregionale MitarbeiterInnen

Damit die *links* noch mehr Verbreitung findet, suchen wir Leute, die für die Zeitung Werbung machen.

Es sollen:
Buch- und Zeitschriftenläden kontaktiert werden, die die *links* in ihr Sortiment aufnehmen ● Plakate und Werbefaltblätter in Unis, Fach- und Hochschulen, Buchhandlungen und Kneipen aufgehängt bzw. ausgelegt werden ● Büchertische organisiert werden.

Wer Lust dazu hat, melde sich bitte beim
Sozialistischen Büro, Postfach 102062,
63020 Offenbach.